Plenarprotokoll 15 / **76**
25. 09. 2013

Landtag von Baden-Württemberg

76. Sitzung **15. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 25. September 2013 • Kunstgebäude

Beginn: 9:01 Uhr Schluss: 13:14 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 4585

1. Aktuelle Debatte – **Frau Bauers Missgriff und Herrn Kretschmanns Rückpfiff – wie geht es weiter mit den Musikhochschulen?** – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP 4586

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP 4586
Abg. Dr. Dietrich Birk CDU 4588, 4596
Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE . . . 4589, 4597
Abg. Claus Schmiedel SPD 4592, 4598, 4607
Ministerin Theresia Bauer 4593
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 4596, 4602
Ministerpräsident Winfried Kretschmann 4599
Abg. Peter Hauk CDU 4600
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 4604

2. Aktuelle Debatte – **Neue Landschaftserhaltungsverbände im Land – Erfolg für Naturschutz und Landwirtschaft** – beantragt von der Fraktion GRÜNE 4609

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE 4609, 4613
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU. 4610, 4615
Abg. Alfred Winkler SPD 4611
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. 4612
Minister Alexander Bonde 4612

3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in Baden-Württemberg** – Drucksache 15/4019 4616

Beschluss 4616

4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juni 2013 – **Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: Juni 2013)** – Drucksachen 15/3692, 15/4041. 4616

Abg. Klaus Herrmann CDU. 4616
Abg. Muhterem Aras GRÜNE. 4617
Abg. Klaus Maier SPD. 4618
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. 4619
Minister Dr. Nils Schmid 4620

Beschluss 4622

5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – **Bericht über aktuelle europapolitische Themen –** Drucksachen 15/3703, 15/3748 4622

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. 4622
Abg. Josef Frey GRÜNE 4623
Abg. Rita Haller-Haid SPD 4624
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP 4625
Minister Peter Friedrich 4626

Beschluss 4629

Nächste Sitzung 4629

Protokoll

über die 76. Sitzung vom 25. September 2013

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die 76. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Sie ist zugleich die erste Sitzung des Landtags im Kuppelsaal des Kunstgebäudes, unserem Interimsplenarsaal.

Unter unseren Gästen, die wir zu der heutigen Sitzung eingeladen haben, gilt mein besonderer Gruß den ehemaligen Landtagspräsidenten Peter Straub und Erich Schneider sowie dem ehemaligen stellvertretenden Präsidenten Dr. Alfred Geisel und der ehemaligen stellvertretenden Präsidentin Christa Vossschulte.

Mein Gruß gilt außerdem – das ist mir ein besonderes Anliegen – unseren Nachbarn, den Vertretern des Württembergischen Kunstvereins und des Stuttgarter Künstlerbunds. Ich möchte an dieser Stelle auf die gute und konstruktive Form der Zusammenarbeit mit dem Württembergischen Kunstverein und dem Stuttgarter Künstlerbund bei der Vorbereitung dieser Räumlichkeiten hinweisen. Ich bedanke mich ausdrücklich für dieses gute Miteinander.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich begrüße die Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft sowie der Vermögens- und Hochbauverwaltung, die Architekten vom Büro Harder/Stumpfl und die Fachplaner, die gemeinsam mit großem Engagement dazu beigetragen haben, dass wir heute in diesem, wie ich meine, gelungenen Ambiente unsere erste Plenarsitzung während der Generalsanierung des Landtagsgebäudes durchführen können.

Es war keine leichte Aufgabe – vielleicht haben wir alle zusammen sie in der ersten Beurteilung auch etwas unterschätzt –, diesen bisher als Ausstellungsraum genutzten Saal in so kurzer Zeit in einen Plenarsaal mit – ohne zu übertreiben – guten akustischen Bedingungen umzubauen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Bitte?)

Es ist mir ein Anliegen, all den Kolleginnen und Kollegen der Hochbauverwaltung, der Liegenschaftsverwaltung, die hier in den letzten Wochen und Monaten, wie ich meine, gute Arbeit geleistet haben, an dieser Stelle von Herzen zu danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich schließe die Landtagsverwaltung sowie die Kolleginnen und Kollegen der Landtagsfraktionen ausdrücklich in diesen Dank ein. Ich schließe auch die an den Arbeiten im Königin-Olga-Bau beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochbauverwaltung, der planenden Büros und der ausführenden Firmen sowie des Gebäudeeigentümers, der Württembergischen Lebensversicherung, ein.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Verständnis, dass trotz der intensiven Bemühungen von allen Seiten das Kunstgebäude und der Kuppelsaal keine perfekten Arbeitsbedingungen bieten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Besser als da drüben!)

Aufgrund der im Vergleich zum bisherigen Landtagsgebäude geringeren räumlichen Kapazitäten ist es leider unvermeidbar, dass Abgeordnete und Fraktionen, Regierung, Presse und Verwaltung Abstriche machen müssen. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass mit der Interimsunterbringung eine für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung unseres Landtagsgebäudes befriedigende Lösung gefunden wurde, insbesondere auch mit Blick darauf, dass wir hier nicht vor jeder Sitzung auf- und nach jeder Sitzung abbauen müssen, sondern ständige Gäste sein können.

In diesem neuen Domizil muss sich alles erst einspielen. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie etwas Geduld und Nachsicht haben, falls anfangs eventuell noch nicht alles reibungslos funktioniert.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich noch Folgendes bekannt zu geben:

Urlaub für heute habe ich Herrn Kollegen Hollenbach und Herrn Kollegen Rau erteilt.

Krankgemeldet ist Frau Kollegin Mielich.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. August 2013 – Entwurf einer Rechtsverordnung zur Änderung der Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums – Drucksache 15/3981

   Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

(Präsident Guido Wolf)

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. September 2013 – Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling – Perspektiven des Förderwesens in Baden-Württemberg“ – Drucksache 15/4004

   Überweisung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2013, Az.: 2 BvF 1/13 – Normenkontrollverfahren gegen Vorschriften des Maßstäbegesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte – Frau Bauers Missgriff und Herrn Kretschmanns Rückpfiff – wie geht es weiter mit den Musikhochschulen? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Auf welcher Schule waren denn die, die diesen Antrag gestellt haben? – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung darf ich darum bitten, die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen.

Das Wort erteile ich für die Fraktion der FDP/DVP dem Kollegen Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Bauer, zunächst einmal gilt Ihnen mein Dank. Ich danke Ihnen, dass jetzt viele wissen, wie wertvoll und unersetzlich Musikhochschulen in unserem Land sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Ich habe die Musikhochschule in Trossingen – sie liegt in meinem Wahlkreis – wie die meisten anderen Menschen in der Region bisher auch als eine wichtige Bildungseinrichtung gekannt. Sie ist aber mehr. Wenn irgendwo Musik ertönt, wenn gesungen wird, wenn Musikunterricht abgehalten wird, steckt Trossingen drin – oder natürlich eine der anderen Musikhochschulen.

Ich stelle fest, dass Sie als Hochschulministerin nicht nur Trossingen, sondern auch Mannheim den Ton abdrehen wollen. Sie wollen aus den fünf Musikhochschulen 4 Millionen € als Sparbeitrag herausholen und pfuschen deshalb an einer baden-württembergischen Kulturerfolgsgeschichte herum. Sie gehen wie bei einer Springprozession vier Schritte vor und zwei Schritte zurück. Sie nehmen 4 Millionen € weg, streichen dabei 500 Studienplätze in Mannheim und Trossingen – von insgesamt 2 500 Studienplätzen im Land – und benutzen die Musikhochschulen im Land als Verschiebebahnhof von verschiedenen musischen Angeboten. Dies kann schnell einmal 2 Millionen € kosten, und fertig ist die Musikhochschulreform.

Sie, Frau Ministerin, haben dem Land eine Milchmädchenrechnung vorgelegt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Hm!)

Nicht nur an den betroffenen Hochschulen ist dies schnell bemerkt worden; damit werden Sie vielleicht gerechnet haben. Womit Sie aber nicht gerechnet haben, ist der Aufruhr, den Sie im ganzen Land verursacht haben. Der Ministerpräsident musste die Reißleine ziehen. Ihrem Missgriff folgte der Rückpfiff.

Sollten Sie nicht vielmehr anerkennen, dass es selbst dem Landesrechnungshof in keinem Punkt gelungen ist, bei den fünf Musikhochschulen mangelnde Effizienz in der Lehre oder beim Haushalten zu finden?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Rechnungshof hat deshalb ausdrücklich empfohlen, keine grundsätzliche Strukturveränderung am System der fünf im Bundesvergleich relativ kleinen und dezentral aufgestellten Musikhochschulen vorzunehmen.

Auf den Rasenmäher wollte die Ministerin beim Kürzen verzichten. Nun steht sie da wie ein Zauberlehrling, der nach der Gebrauchsanweisung für eine Musikhochschulreform suchen muss, nachdem einiges durcheinandergeraten ist.

Der von Grün-Rot angekündigte Ruf des Gehörtwerdens stieß bei Ihnen ebenfalls auf taube Ohren. Von einer echten Einbindung der betroffenen Hochschulen, der Studierenden, der Musikvereine und -verbände, des gesamten Umfelds, wie es nötig wäre, fehlt bislang jede Spur.

Immerhin: Die Ministerin scheint in Bezug auf ihren Missgriff nach dem Rückpfiff durch den Ministerpräsidenten die Signale aus dem Land, von der Großstadt bis in den ländlichen Raum, gehört zu haben.

(Abg. Walter Heiler SPD: Hm!)

Alles andere wäre aber auch erstaunlich gewesen. Denn alles, was Sie bisher erreicht haben, ist ein Gegeneinander der Musikhochschulen. Das ist in der Geschichte von Baden-Württemberg so noch nicht vorgekommen. Hierfür tragen Sie von Grün-Rot die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie jetzt weitermachen, Frau Ministerin, haben Sie an den fünf Musikhochschulen eine Friedenspflicht zu erfüllen.

(Leopold Grimm)

Deshalb deute ich Ihre Ankündigung in der vergangenen Woche im Wissenschaftsausschuss als ein „Zurück auf Los“.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Holen Sie nach, was Sie bisher versäumt haben. Nehmen Sie die Betroffenen von Anfang an dazu. Sie haben erklärt, es sei nichts in Stein gemeißelt. Sorgen Sie dafür, dass miteinander konstruktiv und nicht übereinander negativ geredet wird. Bis jetzt ist leider nicht erkennbar, dass bei Ihnen ein Umdenken stattgefunden hat.

Sie haben sich dem Antrag der FDP/DVP verweigert, alle fünf Standorte als vollwertige Musikhochschulen mit dem Angebot einer klassischen Musikausbildung zu erhalten. Das wäre aber dringend notwendig, um zerstörtes Vertrauen wiederherzustellen.

Hochschulpolitik ist nicht allein eine Frage des Geldes. Ist nicht gerade die Musikhochschule Trossingen als Strukturmaßnahme für die Fläche ein Glücksfall? Eine aktuell durchgeführte Erhebung der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände zeigt auf, von welchem Wert die Trossinger Musikhochschule ist. Darin geht es um die Versorgung der Orchester mit kompetenten Musikern. Über 109 baden-württembergische Amateurorchester und Musikvereine haben auf eine entsprechende Anfrage geantwortet. 64 % der Vereine haben einen Dirigenten oder stellvertretenden Dirigenten, der in Trossingen studiert hat. Bei 58 % der Vereine unterrichten Trossinger Studenten. Ca. 38 % der Vereine gaben an, dass mindestens ein aktives oder ehemaliges Mitglied in Trossingen studiere bzw. studiert habe. Wenn es die Musikhochschule Trossingen nicht schon gäbe, müssten Sie sie jetzt erfinden, Frau Ministerin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist auch vollkommen unverständlich, dass in Trossingen und Mannheim nach den Plänen des Ministeriums ausgerechnet die klassische Ausbildung gekippt werden soll. Gegen Profilierung ist nichts einzuwenden.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Aha!)

Im Gegenteil: Sie macht häufig das Besondere einer Hochschule aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Aber Profile ersetzen nicht das Basisangebot, das aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion an den fünf Standorten erhalten bleiben muss. Profile wachsen am besten von unten, an den einzelnen Hochschulen, entsprechend den ortsspezifischen Gegebenheiten.

Es wird jetzt höchste Zeit, die Reform der Musikhochschullandschaft anzugehen und ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Von den betroffenen Musikhochschulen ist schon zu hören, dass Anträge auf Fördermittel oder Berufungen auf Eis gelegt sind, weil durch die missglückte Debatte keine Planungssicherheit mehr besteht. Diesen Zustand gilt es umgehend abzuschaffen.

Staatssekretär Walter hat in der Sitzung des Wissenschaftsausschusses in der letzten Woche betont, es gelte der Grundsatz „Das Bessere ist der Feind des Guten“. Deshalb schlägt die FDP/DVP-Fraktion auf Basis der Empfehlung des Rechnungshofs vor, das für alle fünf Hochschulen ermittelte Einsparpotenzial noch einmal eingehend auf seine Realisierbarkeit zu prüfen und Globalbudgets einzuführen.

Aus liberaler Sicht könnte die Hochschulfinanzierung konsequent auf das Prinzip „Geld folgt Student“ umgestellt werden. Mit einem solchen Studiengutscheinmodell wären die Musikhochschulen dann auch Pioniere. In Verbindung mit allgemeinen Studiengebühren in den grundständigen Studiengängen, nachlaufend und sozial verträglich gestaltet, und der konsequenten Erhebung von Studiengebühren in den weiterbildenden Studiengängen wäre damit eine tragfähige Finanzierungsgrundlage geschaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Burger CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Bravo!)

Dies würde die gerade diskutierten, wie auch immer gearteten und rechtlich wie politisch höchst problematischen Quoten für ausländische Studierende überflüssig machen. Es würde gleiches Recht für alle Bewerber gelten, was für die Internationalität unserer Musikhochschulen wie für die Gewinnung talentierter Musikerinnen und Musiker gleichermaßen wichtig ist.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis, der allemal mit dem Gerücht aufräumt, nur große Hochschulen würden Großes leisten. Gerade hat eine Trossinger Studentin als Fagottistin den zweiten Preis beim ARD-Musikwettbewerb gewonnen. Gemeinsam mit ihrer Partnerin am Klavier – auch aus Trossingen – hat sie zudem den Preis für die beste Interpretation der Auftragskomposition des ARD-Musikwettbewerbs erspielt.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut!)

Das ist der weltweit bedeutendste Klassikwettbewerb, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von den Grünen: Das haben Sie vorher gar nicht gewusst!)

Zum Schluss möchte ich dem Ministerpräsidenten danken, dass er seine Ministerin zurückgepfiffen hat. Ich nehme einmal an, er hat die Bedeutung der Musikhochschulen für das ganze Land erkannt. Diese Regierung hat bei ihrem Amtsantritt eine wahre Goldgräberstimmung zu verbreiten versucht. Als die verkorkste Musikhochschuldebatte aber eher eine Totengräberstimmung hervorrief, grätschte der Ministerpräsident dazwischen.

Nutzen Sie die dadurch entstandene Atempause, und nehmen Sie von dem unausgewogenen und höchst schädlichen Schnellschuss Abstand. Sichern Sie den fünf Musikhochschulen zu, dass sie als vollwertige und vollständige Musikhochschulen erhalten bleiben. Prüfen Sie zusammen mit allen fünf Musikhochschulen und ihren Studierenden, den Musikvereinen und -verbänden sowie den Institutionen Vorschläge wie den von der FDP/DVP-Fraktion, der auf den Empfehlungen des Rechnungshofs basiert. Sonst werden Sie zu Recht als Totengräber der Musikhochschulen in die Geschichte des Landes eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Birk.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wer?)

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungshof hat die Musikhochschulen des Landes Baden-Württemberg umfassend geprüft und im Sommer dieses Jahres einen Bericht vorgelegt. Es gibt zwei Kernempfehlungen dieser Beratenden Äußerung, nämlich eine Einsparung von knapp 5 Millionen € und eine Reduzierung der Zahl der Studienplätze an unseren Musikhochschulen um 500, was immerhin 20 % der derzeit vorhandenen 2 500 Studienplätze ausmacht.

Der Bericht wurde von der Wissenschaftsministerin aufgegriffen. Sie hat daraufhin übereilt ein inhaltlich falsches und handwerklich schlechtes Konzept vorgelegt, das wir seitens der CDU-Landtagsfraktion im Interesse der Musikhochschulen in Baden-Württemberg, aber auch im Interesse des Kulturlands und Hochschullands Baden-Württemberg nicht mittragen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Frau Ministerin, dieses Konzept ist inhaltlich unausgegoren, es bürdet insbesondere den Standorten Mannheim und Trossingen Sonderlasten auf, und es wird den Ansprüchen an eine gute Ausbildung der Musikerinnen und Musiker im Land Baden-Württemberg hinten und vorn nicht gerecht.

Was wir Ihnen besonders ankreiden, ist – da wundert es mich ohnehin, wie Sie vorgehen –: Erstens haben Sie Ihren Koalitionspartner nicht eingebunden, und zweitens sind auch die Musikhochschulen in diesen Prozess überhaupt nicht hinreichend eingebunden gewesen. So zu tun, als ob dieses Konzept mit den Betroffenen abgesprochen gewesen wäre, ist schlichtweg falsch und stimmt nicht mit der Realität überein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb fordern wir Sie dringend auf: Nehmen Sie dieses Konzept zurück. Sie haben mit diesem Konzept dem Standort Baden-Württemberg erheblichen Schaden zugefügt.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig! – Jawohl!)

Das Kulturland Baden-Württemberg leidet unter einer solchen Politik.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie bei diesem Thema so fortfahren, wird Ihnen das auf die Füße fallen. Ich sage das auch aufgrund der Erfahrungen der Vorgängerregierung aus dem Kulturgüterstreit mit dem Haus Baden. Wir waren bereit, den Fehler anzuerkennen.

Es war höchste Zeit, dass Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Ministerin gestoppt haben. Jetzt ist es allerhöchste Zeit, hier vorn zu sagen – auch nach der Bundestagswahl –, dass dieser Prozess völlig neu aufgerollt wird, und zwar ohne entsprechende Vorbedingungen an unsere Musikhochschulen und unter Einbindung aller Beteiligten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage für meine Fraktion, dass wir dazu bereit sind, und bitte Sie herzlich, dieses Angebot anzunehmen.

Ich erinnere daran, dass wir in diesem Hohen Haus die Kunstkonzeption fraktionsübergreifend gemeinsam verabschiedet haben. Die Kollegin Heberer und der Kollege Walter waren damals als kunstpolitische Sprecher ihrer Fraktionen in die Erarbeitung dieser Konzeption eng eingebunden. Nehmen Sie deshalb für die weitere Entwicklung der Musikhochschulen das zum Maßstab, was auch in der Kunstkonzeption des Landes steht – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

> *Durch das hohe Kreativpotenzial und die Tatsache, dass sich jeder Studierende ausprobieren muss, um seine künstlerischen Möglichkeiten auszuloten, strahlen die Hochschulen und Akademien über ihren Standort hinaus weit in die jeweilige Region aus. Als Theater-, Konzert- und Ausstellungsveranstalter sind sie wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft Baden-Württembergs.*

Zweites Zitat:

> *Dazu ist eine noch weiter gehende Profilierung der verschiedenen Hochschulstandorte, die auch künftig Bestand haben sollen, nötig. Erklärtes Ziel der Musikhochschulen ist es, durch eine verstärkte Profilbildung neue inhaltliche Verbundstrukturen und Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen, ohne die Ausbildungsbasis jedes Standortes zu schmälern.*

Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, wenn Sie diesen Anspruch, den wir hier fraktionsübergreifend gemeinsam getragen haben, ernst nehmen, dann können Sie es nicht zulassen, dass die Musikhochschulstruktur in Baden-Württemberg durch Sie zerschlagen wird. Wir richten die klare Aufforderung an Sie, dafür zu sorgen, dass die Musikhochschulen als Vollhochschulen Bestand haben und damit auch einen ganz wesentlichen Beitrag zur Ausbildung von jungen Musikerinnen und Musikern in Baden-Württemberg leisten. Daran werden wir Sie messen – auch bezüglich Ihrer Politik des Gehörtwerdens.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann möchte ich noch hinzufügen: Es ist einigermaßen nicht nachvollziehbar und schwierig,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Einigermaßen nicht nachvollziehbar“?)

wenn über die Köpfe der Betroffenen hinweg so etwas entschieden wird, wenn man sieht, wie stark unsere Musikhochschullandschaft in die Kulturlandschaft des Landes eingebettet ist – nehmen wir die Musikschulen, die Laienmusik, die Jazzszene, die Klassikszene, die Tanz- und Theaterszene.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben die Kirchenmusik vergessen!)

(Dr. Dietrich Birk)

Wir fordern Sie auf – – Auch Sie, Herr Kollege Schmiedel, sind eingeladen, mitzumachen. Sie haben bei diesem Thema ja bislang etwas besser reagiert, auch etwas sorgfältiger abgewogen.

Ich habe auch Respekt vor dem, was die Kollegin Heberer in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses gesagt hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir werden Ihre Fraktion an den Worten Ihrer Ausschussvorsitzenden messen. Sie hat nämlich gesagt, dass eine Anhörung auf der Grundlage stattfinden soll, dass alle Musikhochschulen Vollhochschulen bleiben sollen.

(Zustimmung der Abg. Helen Heberer SPD)

Frau Kollegin Heberer, wir unterstützen diese Position ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb, lieber Herr Kollege Schmiedel: Von der Kulturpolitik verstehen Sie nicht so viel, aber das, was Sie verstehen,

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

ist, dass nicht gegen die Musikhochschulen und gegen einzelne Regionen des Landes Politik – schon gar nicht Kulturpolitik – gemacht werden kann. Zweitens haben Sie natürlich erkannt, dass dieses Thema für die SPD eine Profilierungschance ist in Zeiten, in denen die Stimmung in der Koalition ohnehin mehr als fragwürdig und atmosphärisch höchst schwierig ist.

Wir sind gespannt, wie Grün-Rot hier zu einem gemeinsamen Konzept zurückfinden wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fordern einen Neustart, einen ergebnisoffenen Strategie- und Entwicklungsprozess unter transparenter Einbindung aller Beteiligten. Dabei ist der erste Schritt eine gemeinsame Anhörung, der zweite Schritt die Einbindung von Experten und der dritte Schritt eine Moderation, die die bisherige Kommunikationslosigkeit und die schweren kommunikativen Verwerfungen zwischen den Musikhochschulen beendet.

Frau Ministerin, dazu können Sie eigentlich gar keinen Beitrag mehr leisten, nachdem die Kommunikation zwischen den Musikhochschulen untereinander und zwischen den Musikhochschulen und dem Ministerium mittlerweile so schwierig geworden ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Verbrannte Erde!)

Deshalb spricht auch vieles dafür, Herr Ministerpräsident, in dieser Situation einen externen Moderator mit Autorität, mit Kompetenz

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ist das eine Bewerbung?)

einzusetzen, der diese Aufgabe in der Zukunft wahrnehmen kann.

Meine Damen und Herren, es ist auch kein Zeichen von Stärke dieser Koalition – wir stehen vor schwierigen Verhandlungen über den Solidarpakt 2014 ff. –, wenn diese Regierung exemplarisch die Musikhochschulen heraussucht, dort durch eine Strukturentwicklung ein Exempel statuiert, gleichzeitig bislang aber nicht den finanziellen Rahmen zur Verfügung stellen kann, innerhalb dessen die Hochschulen in Baden-Württemberg in den nächsten fünf bis zehn Jahren weiterentwickelt werden können. Da wird das Pferd von hinten aufgezäumt, und deshalb wird dieses Projekt so, wie es derzeit angelegt ist, scheitern.

Um weiteren Schaden abzuwenden, können wir Sie nur dringend bitten, dieses Konzept wirklich voll zurückzuholen, neues Vertrauen bei den Musikhochschulen zu gewinnen, durch Moderation, durch Dialogfähigkeit neue Vorschläge gemeinsam zu entwickeln. Binden Sie uns dabei ein, binden Sie die Musikhochschulen dabei ein. Dann werden wir auch gemeinsam eine Zukunftsfähigkeit für unsere Musikhochschulen im Land Baden-Württemberg erreichen. Dazu fordern wir Sie nachdrücklich auf. Bitte nehmen Sie die Vorschläge auf. Jetzt sind Sie am Zug, Herr Ministerpräsident, und wir erwarten von Ihnen dazu entsprechende Vorschläge.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! „Wie geht es weiter mit den Musikhochschulen im Land?“, fragt die Fraktion der FDP/DVP. Das ist eine Frage, die schon vor Jahren gestellt wurde und die immer wieder gestellt werden muss. Deswegen ist es gut, dass wir heute hierüber sprechen können. Damit man das gut diskutieren kann, macht es Sinn, auch noch einmal ein Stück weit zurückzuschauen, nämlich in das Jahr 2000, als die damalige Regierung bei allen Musikhochschulstandorten einfach einmal um 15 % gekürzt hat mit der Ansage, 500 Studienplätze abzubauen.

(Zurufe von den Grünen: Aha! – Zurufe der Abg. Dieter Hillebrand und Dr. Reinhard Löffler CDU)

Damals hatte das an den verschiedenen Orten massive Auswirkungen unterschiedlichster Art, weil die Standorte diese Kürzung unterschiedlich umgesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Situation heute – aufgrund dieser damals ziemlich radikalen Rasenmähermethode – ist, dass wir dort im Bereich der Sachmittel und Investitionen katastrophale Unterfinanzierungen haben. Das betrifft den technischen Bereich, das betrifft Instrumente und andere Dinge. Ich denke, das wird niemand hier infrage stellen. Da haben wir ein echtes Problem.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wir haben ganz andere echte Probleme!)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Noch viel problematischer ist die Situation im Bereich des Personals. Bei den Lehrbeauftragten haben wir eine Situation, die so eigentlich nicht mehr tragbar ist. Insofern: Wir haben da einen großen Handlungsbedarf, der seine Ursache in Ihren Entscheidungen aus dem Jahr 2000 hat.

(Widerspruch bei der CDU)

Deswegen müssen wir dringend etwas tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Musikhochschulen haben historisch genau aus diesem Grund für mehr Studienplätze weniger Geld. Das ist ein schweres Erbe von Ihnen, das wir antreten.

(Lachen bei der CDU)

– Ein schweres Erbe von Ihnen, das wir antreten. – Sie haben im Straßenbau Versprechungen gemacht und nichts finanziert,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Sie haben in allen Bereichen in der Finanzpolitik ein Desaster angerichtet. Jetzt sehen wir: Auch hier haben wir eine Unterfinanzierung in einem für uns alle sehr wichtigen Bereich. Das heißt, da müssen wir etwas tun. Da wird kein Exempel statuiert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Thema! – Unruhe bei der CDU)

– Hören Sie doch bitte einmal zu! Bleiben Sie ganz ruhig. Ich versuche ja, Ihnen das ganz vorsichtig beizubringen, damit Sie das auch verstehen.

Wichtig ist: Wir müssen da etwas tun. Es besteht Handlungsbedarf. Wer jetzt so tut, als ob da kein Problem vorläge, verschließt die Augen.

Wie sieht es aus? Es wurde schon gesagt: Es liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch. Wir haben einen Vorschlag des Rechnungshofs, wir haben einen Vorschlag der Ministerin, des Ministeriums, der mit den Experten und mit den Musikhochschulen besprochen wurde, auch wenn ihn nicht alle mittragen – das wissen wir jetzt auch –, und es gibt aus den Standorten verschiedene Rückmeldungen in unterschiedlicher Detailliertheit. Insofern ist uns allen die Ausgangslage für die weitere Diskussion klar.

Wichtig ist, dass wir im Auge behalten, was das Ziel der ganzen Debatte sein muss. Ein Ziel muss sein, dass wir unsere Musikhochschulen überall im Land gut und zukunftsfähig aufstellen, damit sie langfristig mit knapper werdenden Ressourcen, mit denen wir uns in allen Bereichen auseinandersetzen müssen, umgehen können. Es ist ganz wichtig, das bei allen Alternativen, allen Aspekten, die da eingebracht werden, auf jeden Fall zu berücksichtigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Zweite ist, dass wir das Thema Qualität im Auge behalten müssen; Sie haben Beispiele genannt. Es ist ganz wichtig, dass wir es zu einer der Kernfragen machen: Sind die Instrumente und die Wege, die wir vorschlagen, geeignet, den unterschiedlichen Berufsbildern im künstlerischen, aber auch im pädagogischen Bereich, auf die hin an den Musikhochschulen ausgebildet wird, in der Qualität gerecht zu werden, wie wir sie in der Zukunft brauchen? Wenn wir das zum gemeinsamen Ziel erklären, können wir diese Diskussion sicherlich gut führen.

Wir sind jetzt in der Phase des Dialogs. Für mich ist das nicht überraschend. Ich habe überhaupt nicht verstanden – auch nicht im Ausschuss –, warum das Thema so hochgekocht wurde.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Scheinheilig!)

Bisher haben bei jedem Gesetzgebungsverfahren die verschiedenen Seiten selbstverständlich Vorschläge eingebracht. Danach gab es eine Dialogphase. Wir haben in der Fraktion immer viele Anhörungen durchgeführt, wir haben viele Fachgespräche geführt. Das werden wir auch jetzt tun. Wir befinden uns in der Phase des Dialogs.

Die Vorschläge werden von allen geprüft. Es tut auch Ihnen gut, auch die Vorschläge zu prüfen, die von anderer Seite eingebracht werden. Neue Argumente müssen gesammelt werden. Neue Perspektiven müssen eingebracht werden. Alle neuen Ideen können in das Verfahren einfließen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir, die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD, haben uns schon sehr früh darauf geeinigt, eine gemeinsame Anhörung mit allen Beteiligten auf der Basis der vielen Vorschläge, die jetzt vorliegen, durchzuführen. Diese Anhörung findet am 16. Oktober 2013 statt. Darüber hinaus haben wir in der letzten Woche im Wissenschaftsausschuss beschlossen, dass wir im Anschluss daran dort eine umfassende Anhörung über die bis dahin vorliegenden Vorschläge durchführen werden. Das ist ein großer Schritt und viel mehr Einbindung als damals.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Randbedingungen wurden angesprochen. Welche Randbedingungen müssen festgelegt werden, bevor dieser Prozess beginnt? Für uns, die Fraktion GRÜNE, steht fest, dass wir einen Qualitätsanspruch an das Konzept haben müssen. Wir wollen alle fünf Musikhochschulstandorte erhalten. Wir möchten ein relevantes Einsparziel erreichen. Bisher steht hierfür eine Größenordnung von 4 bis 5 Millionen € im Raum. Wir möchten – das ist mir sehr wichtig – auch die Rolle der Lehrbeauftragten aufwerten. Wir möchten, dass die Lehrbeauftragten in Zukunft besser dastehen als heute. Mit den bestehenden Arbeitsbedingungen können wir uns nicht anfreunden. Sie haben diese über Jahre toleriert und nichts daran geändert. Deswegen ist mir wichtig, dass wir hier eine Lösung finden; das muss im Konzept auch aufgegriffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Abschließend – das ist sehr wichtig – müssen wir die regionalen Besonderheiten und Mehrbedarfe, die in diesem Bereich vielleicht entstehen, berücksichtigen. Wir müssen darüber nachdenken: Was bedeuten die Änderungen eigentlich im Elementarbereich? Was bedeuten die Veränderungen im Bereich der Bildungspolitik, z. B. bezüglich der frühkindlichen För-

derung? Auch hier übernehmen die Musikhochschulen in der Zukunft wahrscheinlich eine Rolle.

Wenn man das an dieser Stelle zusammenfasst, Herr Grimm, lässt sich feststellen, dass hier niemand zurückgepfiffen wurde.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir, die Fraktion, stützen die Rahmenbedingungen. Jetzt beginnt der Prozess des Dialogs. Die verschiedenen Perspektiven werden eingebracht. Deswegen ist es ganz wichtig – das sage ich insbesondere in Richtung der Fraktion der CDU –, dass wir offen diskutieren. Wir müssen vereinbaren, dass wir die Ergebnisse des Prozesses nicht vorher festlegen und dass wir sachlich diskutieren.

(Zuruf: Das ist doch selbstverständlich!)

– In diesem Sommer war das nicht selbstverständlich. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das wir im Ausschuss erlebt haben.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Herr Wolf, der Landtagspräsident, und andere aus seiner Fraktion nehmen an Demonstrationen teil. Das dürfen sie.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Thomas Blenke und Sabine Kurtz CDU)

– Jeder Abgeordnete darf machen, was er will. – Er vertritt die Position der Musikhochschulen Trossingen und Mannheim. Das ist völlig legitim. Aber dann darf man nicht so tun, als ob man bereits alle Positionen berücksichtigt habe. Auf meine Rückfrage im Ausschuss an Herrn Wolf, ob er auch einmal in Freiburg war und die Position der Gegenseite angehört hat, hat er gesagt: „Da muss ich noch hinfahren."

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er war überall dort, wo er eingeladen war! – Unruhe)

Was ist denn das für eine Art von Meinungsbildung? Seien Sie vorsichtig. Sie werfen mit Steinen, und Sie sitzen selbst im Glashaus.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Sie sitzen im Glashaus!)

An die Spielregeln, die Sie für andere aufstellen, sollten Sie sich zumindest selbst halten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei Ihnen sind schon Scherben im Glashaus!)

Seien Sie sachlich, das heißt ergebnisoffen, so, wie wir es in dem Prozess, den wir vereinbart haben, auch sein werden, und legen Sie Ihre Position bitte nicht vorher fest. Reisen Sie nicht durch das Land und sagen dann: „Ach Gott! Jetzt müssen wir auch einmal mit Vertretern der anderen Seite reden." So funktioniert das nicht.

Ich stelle fest: Wir haben Weiterentwicklungsbedarf. Wir haben eine Gesamtverantwortung für alle Musikhochschulstandorte und die gesamte Kulturlandschaft in Baden-Württemberg. Das muss in die Entscheidung einfließen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich habe Ihnen schon gesagt, warum ich sehr bezweifle, dass Sie im bisherigen Prozess eine ganzheitliche Betrachtungsweise eingenommen haben.

Ich will noch ganz kurz darauf eingehen, welche zwei Konfliktlinien bestehen und in diesem Diskussionsprozess beachtet werden müssen. Auf der einen Seite haben wir ein Gesamtinteresse daran, die Musikhochschulen im gesamten Land zukunftsfähig aufzustellen und damit eine Versorgung mit qualitativ hochwertig ausgebildeten Menschen zu gewährleisten. Auf der anderen Seite haben wir es – ich sage es einmal so – mit den Interessen aus einer spezifischen Standortsicht zu tun. Diesen Konflikt müssen wir in diesem Prozess irgendwie lösen. Das ist völlig klar. Hier bestehen gegenläufige Tendenzen.

Es ist wichtig, dass wir den Leuten ernsthaft sagen: Diesen Prozess – unabhängig davon, wie er ausgeht – wird man hinterher spüren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jemandem, der sagt, das Ergebnis, das wir später beschließen werden, merke niemand, würde ich nicht glauben. Deswegen sollten wir ehrlich sein: Der Prozess ist schwierig. Es bestehen gegenläufige Tendenzen. Es ist wichtig, dass wir den Prozess zusammen gut moderieren und für alle, für das ganze Land, zu einem guten Ergebnis gelangen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zur zweiten Konfliktlinie: Wir brauchen eine hoch qualifizierte Ausbildung. Die Frage ist: Muss die ganze Breite an Ausbildungsfächern angeboten werden, um dies zu gewährleisten? Oder kann man dies über Profile an den Standorten, in denen in bestimmten Bereichen nicht mehr die ganze Breite an Angeboten vorhanden ist, garantieren? Auch darüber müssen wir diskutieren. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Es ist ganz wichtig, dass wir dies in dieser Debatte in den Mittelpunkt stellen.

Einen Punkt haben Sie und insbesondere Herr Dr. Birk in der ganzen Debatte außen vor gelassen. Haben Sie auch einmal über die Popakademie in Mannheim nachgedacht? Ich höre von Ihnen überhaupt keinen Lösungsansatz, wie wir mit dieser sehr guten Einrichtung mit deutschlandweiter Ausstrahlung umgehen sollen. Das ist bisher in keinem Ihrer Konzepte vorgekommen. Wir stehen hier in der Verantwortung. Ab 2018 ist die Finanzierung nicht mehr „sauber". So haben Sie das damals beschlossen. Damit müssen wir leben.

Dieser Punkt ist ein Bestandteil des Konzepts der Ministerin. Es ist ganz wichtig: Wenn wir über die Musikhochschulen und ihre weitere Ausprägung reden, muss auch darüber geredet werden, wie wir mit der Popakademie umgehen. Sie ist ein wichtiger und relevanter Bestandteil der Musik- und Kulturlandschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir müssen im kommenden Verfahren alle Fragen und Aspekte zusammentragen. Ich bitte darum, dass wir an dieser Stelle fachlich keine Vorfestlegungen treffen, sondern nur die Rahmenbedingungen anerkennen, die notwendig sind, und auf dieser Grundlage diskutieren.

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Ich hoffe, dass mit dem Ende des Bundestagswahlkampfs hier endlich Sachlichkeit einzieht. An den Wortmeldungen heute Morgen konnte man schon erkennen: Herr Grimm hat einen ganz anderen Ton angeschlagen, als wir ihn in den letzten Wochen von der FDP gehört haben.

Wir, die Abgeordneten im Landtag, müssen der Gesamtverantwortung für die Musikhochschulen im ganzen Land gerecht werden – nicht nur der Verantwortung für die Musikhochschule im jeweils eigenen Wahlkreis. Nur dann gewinnt das Kulturland Baden-Württemberg. Deswegen lautet mein Appell an Sie: Beteiligen Sie sich an dem von uns angestoßenen, umfassenden Verfahren des Dialogs.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Claus Schmiedel.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wegen „kein Kulturexperte“! – Unruhe)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der harten Attacke des Kollegen Birk muss ich natürlich parieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Getroffene Hunde! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Unruhe)

Zwischen 2007 und 2012 wurden 82 Auszeichnungen im Hochschulwettbewerb der deutschen Musikhochschulen vergeben. 36 davon, das heißt 43,9 %, gingen an baden-württembergische Musikhochschulen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das ist einer der schlagenden Beweise dafür, dass unsere Musikhochschulen eine hohe Qualität aufweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das soll auch so bleiben!)

Herr Kollege Birk, um eines vorwegzunehmen: Ihr Kommentar war wieder ein Rückfall in alte Überheblichkeit nach dem Motto „Von Kunst verstehen Sie nichts!“. Die Klarinette im Musikverein habe ich geblasen, nicht Sie.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein ehemaliger Dirigent der Stadtkapelle – Musikverein Marbach –, Herr Deppert, war Professor an der Musikhochschule in Stuttgart. Allein daran sieht man, dass die Musikhochschulen nicht nur für sich genommen wichtige Einrichtungen sind, sondern dass ihr Wert weit ins Land hinausreicht und sie wertvolle Beiträge leisten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Ich weiß nicht, ob Frau Nahles jemals eine Musikhochschule in Baden-Württemberg besucht hat.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eher nicht!)

Das würde ich – nicht wissend – in Abrede stellen.

In der Umgebung der Musikhochschule Trossingen gibt es 400 hochkarätige Konzerte pro Jahr. Dies wäre ohne die Qualität der Musikhochschule Trossingen gar nicht möglich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das soll auch so bleiben!)

In der Kurpfalz gibt es 100 000 Musik treibende Bürgerinnen und Bürger, deren Rückgrat die Musikhochschule Mannheim bildet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das stelle ich vorweg, damit es jeder sieht. Da sind wir uns weitgehend einig. Deshalb muss man nicht mit Verbalattacken arbeiten, sondern sollte eher den Blick nach vorn richten und schauen, wo wir eine gemeinsame Basis haben.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Eine gemeinsame Basis haben wir in der Kunstkonzeption, zu der wir nach wie vor stehen. Sie ist ein gutes Werk. Wenn wir jetzt in die Diskussions- und Anhörungsphase mit den Musikhochschulen gehen – übrigens wollen wir natürlich nicht nur Rektoren, sondern auch Studierende, Hochschulräte, die Partner der Musikhochschulen, die Abnehmer, Vereine, Kirchenmusik, Jugendmusikschulen mit einbeziehen –, müssen wir einen Weg finden, wie wir zwei Dinge zusammenbringen: Einerseits gilt, was bisher in den Gesprächen mit uns von den Musikhochschulen akzeptiert war, nämlich dass auch sie einen Einsparbeitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten, und gleichzeitig wollen wir andererseits die hohe Qualität erhalten und weiterentwickeln.

Herr Kollege Grimm, wir können uns schnell verständigen. Sie sprachen von Basisangeboten. Ich schlage vor, dass man sich auch hinsichtlich der Terminologie verständigt. Da bietet sich das Referenzgutachten für die bayerischen Musikhochschulen an, das Kernbereiche, Kernfächer identifiziert. Wenn wir uns darauf verständigen, dass wir anstreben, dass diese Kernbereiche, diese Kernfächer in allen Musikhochschulen angeboten werden, die Profilbildung über die Profilfächer erfolgt und das weiter ausdifferenziert wird, und man schaut, wie man Kooperationen eingehen und Synergien nutzen kann, dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Wenn man Kernfächer und Profilfächer ins Verhältnis setzt, dann reden wir vom Verhältnis 1 : 5. Es gibt also jede Menge Profilbildung. Die Frage ist, ob die Ausprägungen, auch im klassischen Bereich, richtig gewichtet sind. Wir wissen, dass wir zu viele Pianisten für den Musikmarkt ausbilden. Wir wissen aber auch, dass Gitarre das am meisten nachgefragte Fach in den Jugendmusikschulen ist und wir in ganz Baden-Württemberg nur zwei Professoren für Gitarre haben. Also muss man auch darüber reden, wie die Fächer zu gewichten sind. Dann, finde ich, kommen wir ein ganzes Stück weiter.

Schön an dieser Debatte – bei aller Leidenschaft und Aggression, die jetzt am Abklingen ist, worüber wir froh sind, denn es hilft ja nichts, parteipolitisch herumzustreiten; die Hoch-

schulen und die Regionen erwarten, dass wir nach vorn blicken und lösungsorientiert miteinander diskutieren – ist, dass die Wertigkeit von Kunst und Kultur ungemein zugenommen hat. Wenn jetzt nicht nur der engere Kreis der Kulturschaffenden, sondern auch Vertreter der Wirtschaft und politische Vertreter aus den Regionen über die Bedeutung von Kunst und Kultur sprechen und sagen: „Das wollen wir weiterentwickeln“, dann ist die Tür für die Kultur und die Bedeutung von Kultur ganz weit offen. Das wollen wir für einen Blick und einen Schritt nach vorn nutzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das haben wir jetzt noch nicht verstanden! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das können wir gern gemeinsam tun. Die Basis – die Kunstkonzeption – ist vorhanden. Ich erkenne auch, dass es bei den Vorstellungen eine weitgehende Übereinstimmung gibt. Für uns gilt die Einsparsumme in Höhe von 4 Millionen €, die der Rechnungshof in den Raum gestellt hat. Ich sehe da auch bei Ihnen Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Wenn wir uns mit den Akteuren vor Ort auf den Weg machen, das weiterzuentwickeln, dann bin ich sicher, dass wir zu einer ganz guten Lösung kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Minister Dr. Nils Schmid und Minister Andreas Stoch verlassen den Plenarsaal.)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Bauer.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die zwei wichtigsten Leute der SPD gehen raus! Wenn das kein Zeichen ist!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke der FDP/DVP für die Gelegenheit, heute zu dem Thema, das uns in den Sommerwochen intensiv beschäftigt hat, Stellung zu nehmen und zu erläutern, welche Hintergründe und Überlegungen es vonseiten des Wissenschafts- und Kunstministeriums gibt, die Musikhochschulen in unserem Land weiterzuentwickeln.

Wir haben in Baden-Württemberg eine starke Musikhochschullandschaft. Baden-Württemberg hat fünf von insgesamt 24 Musikhochschulen bundesweit und ist damit das Land mit den meisten Musikhochschulen. Wir haben in unserem Land eine weitere Besonderheit: Wir haben eine sehr dezentrale Musikhochschullandschaft; wir haben über das Land verteilt fünf verschiedene Musikhochschulen, die aber vergleichsweise klein sind. Wenn man sich das im bundesweiten Vergleich anschaut, dann sieht man: Unsere größte Musikhochschule – die in Stuttgart – liegt auf Position 12, die kleinste in Trossingen auf Position 21 – heute schon.

Wir haben drittens – darauf bin ich sehr stolz – einen Konsens, dass uns die Musikhochschulen viel wert sind. Wir geben viel Geld aus, um die Musikhochschulen und ihre Exzellenz abzusichern. In unserem Haushalt zahlen wir über Globalbudgets derzeit knapp 44 Millionen € an die Musikhochschulen oder – der Rechnungshof hat es in seiner Beratenden Äußerung geschrieben – im Durchschnitt pro Bachelorstudienplatz 76 000 €. So viel Geld kostet sonst annähernd nur ein Medizinstudienplatz im Land.

Ich freue mich darüber, dass es einen Konsens gibt, dass uns unsere Musikhochschulen so viel wert sind. Unsere Aufgabe ist es, diese Qualität zu erhalten und sie im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die wir haben, weiterzuentwickeln. Diese Aufgabe ist eine Daueraufgabe, der sich diese Landesregierung stellt und der sich offensichtlich auch frühere Landesregierungen schon zu stellen versucht haben.

Deswegen möchte ich heute auch ein wenig den Blick zurückwerfen, bevor wir miteinander den Blick nach vorn werfen können. Seit Sonntag ist die Wahl vorbei. Es tut der Musikhochschuldebatte gut, dass wir taktische Motive nun beiseitelassen können und uns in der Diskussion wirklich um den Kern der Auseinandersetzung kümmern können. Es lohnt sich, diese Auseinandersetzung zu führen. Sie ist – da bin ich mir sicher – alles andere als einfach. Denn es geht darum, sehr unterschiedliche Ziele zueinanderzubringen, die nicht einfach zueinanderzubringen sind. Es geht darum, hochschulpolitisch Exzellenz zu bewahren, die Qualität in den Vordergrund zu stellen. Es geht gleichzeitig darum, die kulturpolitische Einbettung, die regionale Einbettung zu berücksichtigen. Drittens geht es darum, die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen zu respektieren. In diesem Spannungsverhältnis müssen gute und tragfähige Lösungen hervorgebracht werden.

Ich freue mich über die Bereitschaft, die Diskussion in den nächsten Monaten sachlich und mit konstruktiven Vorschlägen zu führen. Ich versichere Ihnen: Als Kunstministerin kämpfe ich mit aller Leidenschaft und mit aller Kraft dafür, dass Kunst und Kultur in diesem Land den höchsten Stellenwert haben. Ich weiß, dass mit Kunst und Kultur die Stärke dieses Landes erhalten bleibt, die Kraft, Neues zu denken, die Fähigkeit, sich zu orientieren, die Fähigkeit, sich als Gesellschaft zu regenerieren, neue Wege zu gehen, sich auf Traditionen zu besinnen. All das ist eine Kraft, aus der auch die Innovationsfähigkeit Baden-Württembergs schöpft.

(Zuruf von der CDU: Sonntagsrede!)

Deswegen werde ich alles dafür tun, dass Kunst und Kultur in diesem Land einen hohen Stellenwert behalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich weiß sehr genau und hoffe sehr, dass Ihnen klar ist: Der Kunst- und Kulturhaushalt macht 1 % des Landeshaushalts aus. Mit Einsparungen in diesem Bereich bringen wir also natürlich nicht die Masse zusammen, die eingespart werden muss, um unseren Haushalt zu konsolidieren. Im Kunst- und Kulturhaushalt geht es relativ gesehen um kleine Summen. Dennoch – lassen Sie mich das betonen –, auch wenn ich anerkenne und alles dafür tue, dass wir Kunst und Kultur sehr sorgfältig betrachten, bin ich auch davon überzeugt: Wir können die Haushaltskonsolidierung nicht bewerkstelligen, wenn wir komplette Bereiche herausdefinieren und nicht darüber nachdenken, was diese Bereiche beitragen können.

Ich bin mir sicher, dass wir die gemeinsame Aufgabe, der künftigen Generation Spielräume zu überlassen, eigene Schwerpunkte zu setzen und zu handeln, nur bewältigen können, wenn wir alle miteinander in allen Bereichen darüber nach-

(Ministerin Theresia Bauer)

denken, was jeder Bereich – so wichtig er auch sein mag – zur Haushaltskonsolidierung beitragen kann. Dieser Aufgabe stelle ich mich – mit allem Respekt und bei aller Würdigung der besonderen Bedeutung von Kunst und Kultur.

Ich bin froh, dass sich die Musikhochschulen bereit erklärt haben, an diesem Vorhaben konstruktiv mitzuwirken, dass sie daran mitarbeiten, im eigenen Bereich ebenfalls sinnvolle und begründete Potenziale zu eruieren, die hierzu beitragen können, ohne die Qualität der Musikhochschulen zu gefährden. Ich bin dankbar, dass sich die Musikhochschulen bereit erklärt haben, diesen Weg mit uns zu gehen, und ich bitte Sie alle, ebenfalls diesen Weg mit der Landesregierung zu gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal einen kurzen Blick zurückwerfen. Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr hat es bereits angedeutet: Auch die alte Landesregierung war bereits mit dem Thema befasst. Die alte Landesregierung hat damals, in den Neunzigerjahren, eine Kulturstrukturkommission einberufen. Diese Kulturstrukturkommission hatte die Aufgabe, Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Musikhochschullandschaft zu erarbeiten. Ende der Neunzigerjahre sind dabei drei Varianten diskutiert worden: erstens die Aufhebung einer Musikhochschule im Land, zweitens die Herabstufung von zwei Musikhochschulen zu Außenstellen und drittens der Erhalt aller Standorte bei Reduzierung der Gesamtstudierendenzahl um 20 %.

Das waren die Alternativen, die in den Neunzigerjahren zur Diskussion standen. Die Landesregierung hat sich damals für die letzte Variante entschieden; sie hat die Studierendenzahlen zurückgefahren und entsprechend den Landeszuschuss eingeschmolzen und gedeckelt. Im Jahr 2000 wurden die Studierendenzahlen an allen Standorten um 15 % reduziert, und die Landeszuschüsse wurden ebenfalls reduziert.

Was ist seither passiert? Inzwischen sind fast 15 Jahre ins Land gegangen, und in dieser Zeit sind die Studierendenzahlen sukzessive wieder gestiegen. Es gab bei den Studierendenzahlen ein Wachstum um insgesamt 13 %; die Musikhochschule Mannheim beispielsweise ist in diesem Zeitraum sogar um 25 % gewachsen. Nicht gewachsen sind aber die Landeszuschüsse und somit die Globalbudgets. In den letzten Jahren ist also die Schere zwischen den Studierendenzahlen, die in die Höhe gegangen sind, und der finanziellen Ausstattung der Musikhochschulen auseinandergegangen.

Wir haben dieses Problem geerbt. Unsere Musikhochschulen leben Tag für Tag mit dieser Problematik. Ausdruck dieser Problematik sind – Kollege Schmidt-Eisenlohr hat darauf hingewiesen – fehlende investive Spielräume, die Schwierigkeit, etwa Instrumente neu zu beschaffen, die Zunahme der Zahl der Lehrbeauftragten, weil die personelle Ausstattung mit anderen Methoden nicht mehr finanzierbar ist.

Unsere Musikhochschulen haben mich seit dem Tag, seit dem ich im Amt bin, gebeten, mich diesem Problem zu stellen, dieser Finanzierungsproblematik, die die Qualität der Musikhochschulen gefährdet. Sie haben mich von Anfang an darum gebeten, sie hinsichtlich der Prüfung durch den Rechnungshof nicht alleinzulassen. Als ich mein Ministeramt angetreten habe, war der Rechnungshof bereits dabei, die Musikhochschulen zu prüfen. Die Musikhochschulen haben mich gebeten, nicht zuzulassen, dass derselbe Schnitt, der im Jahr 2000 vollzogen wurde – nämlich überall zu senken und die Ausstattung überall mehr oder weniger gleichmäßig nach unten zu fahren –, nochmals vollzogen werde, da andernfalls die Qualität der Musikhochschulen im Land nicht gehalten werden könne.

Dies war der Hintergrund dafür, dass wir im Ministerium einen entsprechenden Prozess in die Wege geleitet haben. Der Rechnungshof beschreibt in seiner Beratenden Äußerung den Prozess der letzten zehn, 15 Jahre als „ungesteuerten Wachstumsprozess“, und er rekurriert darin immer wieder auf die Situation im Jahr 2000, auf die Zeit, in der das Kabinett zum vorerst letzten Mal einen Beschluss zum Thema „Studienplätze und Kapazitäten in den Musikhochschulen“ gefasst hat, den Beschluss, die Studierendenzahlen auf einen Stand abzusenken, der im Vergleich zu heute, wie gesagt, niedriger war.

Auch damals, zur Zeit der Kulturstrukturkommission – ich denke, einige von Ihnen waren damals schon im Landtag und kennen diese Debatte sehr gut –, wurde im Land bereits über Bedarfe diskutiert. Im künstlerischen Bereich über Bedarfe zu reden, ist außerordentlich heikel und sensibel. Wenn es um Kunst geht, ist es schwer, Bedarfe zu bemessen. Es gibt nur wenige Möglichkeiten, Vergleiche anzustellen; ein Vergleichsmaßstab kann beispielsweise die Zahl von Orchesterstellen sein. Für Künstler, für angehende Künstler, bzw. immer, wenn es um Kunst geht, ist es eine gewisse Zumutung, wenn man in Kategorien wie Absolventen oder Märkten spricht.

Aber auch damals hat man die Diskussion bereits geführt. Es war damals richtig, diese Diskussion zu führen, und es ist auch heute notwendig, dass wir eine solche Diskussion führen.

Bei allen Disparitäten, bei allem Streit um die richtige Perspektive habe ich, wenn ich die Diskussion der letzten Wochen betrachte, den Eindruck, dass wir in einem Punkt Konsens haben. Wir haben Konsens darin, dass die Bedarfe im Bereich der elementaren Musikpädagogik wachsen. Wir brauchen mehr Ressourcen, um im Bereich der frühkindlichen Bildung musikalische Kompetenz zu fördern. In den Grundschulen, in den – hoffentlich wachsenden – Ganztagsschulen brauchen wir die Kompetenz, um die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen auszubauen. Wir brauchen solche Kompetenz übrigens auch in der Arbeit mit älteren Menschen. Auch dort geht es um elementare Musikpädagogik.

Wir haben keinerlei Anzeichen dafür, dass die Menschen, die Musik auf Lehramt studieren, an den Notwendigkeiten vorbei ausgebildet werden. Auch dort sinken die Bedarfe nicht, sondern wir werden mindestens mit den Bedarfen zu rechnen haben, wie sie heute bestehen; vielleicht sogar mit mehr. Wir sehen keine Signale dafür, dass wir unsere Anstrengungen im Bereich der Musikschulen zurückfahren sollten.

Was den pädagogischen Bereich betrifft, so wissen wir alle miteinander, dass wir es in Zukunft eher mit wachsenden Bedarfen zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nun stellt sich die Frage: Wie sieht es im künstlerischen Bereich aus? Ich bitte Sie, diese Diskussion unaufgeregt und mit der nötigen Ernsthaftigkeit und Sensibilität anzugehen. Denn

(Ministerin Theresia Bauer)

wir reden über Künstler, und wir reden darüber, welche Größe für einen Standort erforderlich ist, um Exzellenz hervorzubringen. Es geht hier um eine harte Konkurrenz in einem Markt, der immer enger wird, was Orchesterstellen betrifft. Wenn wir unsere Musikhochschulen in Baden-Württemberg unterstützen wollen, können wir dies nur, indem wir Exzellenz zum Vorzeichen machen. Wenn es um die künstlerische Ausbildung geht, ist es notwendig, Exzellenz zu fördern und nicht den Durchschnitt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Also nicht den Durchschnittsklarinettenspieler!)

Ich fühle mich daher in der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ sehr heimisch; denn diese Konzeption beschreibt diese Spannung in der Tat sehr zutreffend. Wir orientieren uns an Qualität und an Exzellenz; wir wissen, dass im Bereich der Musikpädagogik wachsende Bedarfe bestehen und eine hohe Anforderung wahrzunehmen ist. Und – auch das kommt in der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ bereits zum Ausdruck – die Weiterentwicklung muss auf der Basis von Profilbildung und Schwerpunktentwicklung sowie auf der Basis von Verbundstrukturen erfolgen. Denn wir können nicht an allen Standorten alles vorhalten und dabei auch noch Geld sparen. Eine solche Vorgehensweise würde zwangsläufig zulasten der Qualität gehen. Deshalb haben wir diese schwierige Diskussion miteinander zu führen.

Ich werde jetzt nicht auf die Einzelheiten der Konzeption eingehen, die in unserem Haus erarbeitet wurde. Diese Konzeption wurde vielfach diskutiert; sie wurde aber nicht überall angemessen gewürdigt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber gern noch einmal den Prozess erläutern, der zu diesem Vorschlag geführt hat, und dabei an Sie appellieren, sich – gern auch streitbar, aber doch mit Respekt – mit dieser Konzeption auseinanderzusetzen.

Ich habe es bereits erwähnt: Ich habe, als ich mein Ministeramt angetreten habe, gleich zu Beginn mit den Musikhochschulen gesprochen, und diese haben mich gebeten, einen Prozess zu initiieren, der sie dabei unterstützt, eine alternative Konzeption zum Rasenmäherprinzip des Rechnungshofs zu entwickeln. Wir haben diesen Prozess in einer Dienstbesprechung mit allen Rektoren, die im Februar dieses Jahres stattfand, in die Wege geleitet. Wir haben dabei mit allen Rektoren der Musikhochschulen verabredet, dass wir uns bestimmten Fragen zuwenden. Wir haben die Fragenkomplexe miteinander – mit allen Musikhochschulen – verabredet, und wir haben gemeinsam mit allen Musikhochschulrektoren verabredet, welche Experten wir zu einer solchen Beratung einladen.

Im Einvernehmen mit allen fünf Musikhochschulen haben wir diese Experten berufen, und wir haben im Juni einen dreitägigen Workshop zur Beratung dieser Fragen durchgeführt. Alle fünf Musikhochschulen waren beteiligt. Wir haben Rektoren, Prorektoren, Kanzler und Hochschulratsvorsitzende dazu eingeladen. Von den insgesamt 20 eingeladenen Persönlichkeiten waren – zusätzlich zu den Experten – 17 anwesend, sodass wir drei Tage lang in einer Runde von knapp 30 Personen diskutiert haben. Das ist eine Größe, die es erlaubt, intensiv miteinander zu reden.

Das geschah zugegebenermaßen in einem geschützten Raum; ich bin überzeugt, dass man solche Fragen in einem solchen geschützten Raum besprechen muss. Man kann nicht alles auf dem Marktplatz austragen. Das gilt gerade dann, wenn es um Fragen geht wie: Was geben wir her? Was lassen wir bleiben? Was übertragen wir an einen anderen Standort? Sie werden sicherlich alle nachvollziehen können, dass man solche Fragen sinnvollerweise nicht basisdemokratisch und auch nicht auf dem Marktplatz diskutieren kann.

Über drei Tage hinweg haben wir diese Fragen diskutiert. Am Ende stand kein Konsens. Deswegen haben wir einen weiteren Workshop-Tag eingelegt, und zwar im Juli dieses Jahres. Bei dieser Tagung haben drei der fünf Musikhochschulen ein Eckpunktepapier mit Vorschlägen vorgelegt; die zwei anderen Musikhochschulen konnten sich damit nicht einverstanden erklären. Dieses Papier und diese Vorschläge sind beraten worden, und am Ende sind diese Vorschläge von drei der fünf Musikhochschulen und von allen Experten unterstützt worden.

Die alternative Positionierung der zwei anderen Musikhochschulen ist von den Experten nicht mitgetragen worden. Das heißt nicht, dass deren Position nicht legitim wäre und dass wir nicht darüber nachdenken werden. Aber ich möchte Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen: Wir haben zugegebenermaßen einen internen Dialog geführt. Wir haben diesen internen Dialog mit einer bundesweit renommierten Expertise geführt, die wir gemeinsam berufen haben, und wir haben daraus einen Vorschlag entwickelt, den ich unmittelbar der Öffentlichkeit vorgestellt und zur Diskussion gestellt habe. Es war kein Gesetzentwurf, es war kein Kabinettsbeschluss, es war kein Zuwendungsbescheid, sondern eine Konzeption, die streitbar ist.

Ich habe alles Verständnis der Welt dafür, dass die Regierungsfraktionen sagen: Wir waren nicht am Tisch, wir haben das nicht mitdiskutiert, wir haben unsere eigene Meinung dazu. Das ist völlig in Ordnung, das ist kein Problem, und das gehört sich so. Aber was wäre denn die Alternative dazu? Ohne Vorschlag, ohne Positionierung einen Diskussionsprozess beginnen? Das kann nur schiefgehen.

Deswegen bitte ich Sie ernsthaft darum, bei aller Kritik, die Sie haben mögen, zu respektieren, dass diese Konzeption mit der Unterstützung von drei unserer fünf Musikhochschulen und mit allen Experten, die am Tisch waren, erarbeitet wurde. Sie ist es zumindest wert, ernsthaft diskutiert zu werden und – wenn Sie sie nicht teilen – durch alternative Vorschläge, durch bessere Vorschläge weiterentwickelt zu werden. Falls Sie meinen, mich mit einer Kritik an einem „völlig unsinnigen und unausgegorenen Vorschlag“ zu treffen, muss ich Ihnen sagen: Ich halte das gut aus, aber die Kritik trifft immer auch drei Musikhochschulen dieses Landes und sämtliche Experten, die mit am Tisch waren.

Daher bitte ich Sie um den nötigen Respekt und die Ernsthaftigkeit bei der Auseinandersetzung mit dieser Frage. Der Dialog hat begonnen. Ich werde bei der Anhörung, die die Regierungsfraktionen veranstalten, aufmerksam zuhören. Ich freue mich über die Beiträge, ich freue mich über konstruktive Vorschläge. Ich habe die Rektoren Anfang Oktober zum Gespräch eingeladen; auch in unseren Reihen wird das Gespräch weitergehen. Ich möchte aber betonen: Bislang habe ich viel

(Ministerin Theresia Bauer)

Kritik, auch harsche Kritik gehört. Ich habe auch den Vorschlag des Rechnungshofs gehört, den ich nicht teile, denn ich halte ihn für qualitätsgefährdend.

Ich habe bislang keinen anderen Vorschlag gehört, und ich würde mich darüber freuen, wenn in der weiteren Debatte konstruktive alternative Ideen hervorgebracht werden. Ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass es solche geben mag. Ich freue mich aber darüber, dass wir endlich in die Phase kommen, nicht nur zu sagen: „So nicht!“, sondern Vorschläge zur Beantwortung der Frage „Wie denn?“ einzubringen. Ich freue mich auf den Dialog, ich werde ihm offen gegenübertreten und bitte Sie darum, diesen im Interesse unserer Musikhochschullandschaft konstruktiv und ergebnisorientiert zu begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmidt-Eisenlohr, Sie haben davon gesprochen, die Ministerin sei nicht vom Ministerpräsidenten zurückgepfiffen worden. Sie haben recht: Das war kein Pfiff, sondern das war schon ein Posaunenstoß, mit dem die Ministerin zurückgepfiffen wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Deswegen würde ich mir schon wünschen, Herr Ministerpräsident, dass wir, wenn Sie schon die Ministerin zurückposaunieren, dann von Ihnen auch hören, welche Vorstellungen Sie über die Zukunft der Musikhochschulen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist unbestritten: Sie müssen den Haushalt konsolidieren. Es ist unbestritten: Wenn man den Haushalt konsolidieren muss, kann man das nicht machen, ohne dass es irgendjemand merkt.

(Zuruf von der SPD: Große Erkenntnis!)

Insofern muss man natürlich auch in diesen Bereichen konstruktive Gespräche führen; ohne Zweifel.

Frau Bauer, Sie sprachen heute von einem gemeinsamen Weg aller Beteiligten. Den Ministerpräsidenten haben Sie offensichtlich nicht mitgenommen, auch den Kultusminister haben Sie nicht mitgenommen, Sie haben auch die Regierungsfraktionen nicht mitgenommen, Sie haben auch den Rechnungshof nicht mitgenommen – es ist gut, dass Sie das deutlich gesagt haben; es wurde nämlich in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, es handle sich um den Vorschlag des Rechnungshofs; das war nicht der Fall; es waren Ihre eigenen Experten –, und Sie haben zwar drei der fünf Musikhochschulen mitgenommen, aber die zwei anderen nicht. Sie haben darauf hingewiesen, dass Trossingen nur auf Platz 21 stehe, nach dem Motto: Mit den Kleinen kann man’s ja machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Anschließend sind Sie sowohl hinsichtlich Mannheim als auch hinsichtlich Trossingen nicht einen Millimeter von Ihrer Position abgewichen, Frau Ministerin Bauer. Sie haben sich vor einigen Monaten als Wissenschaftsministerin des Jahres feiern lassen. Ich sage Ihnen: In Mannheim und in Trossingen hält Sie niemand für die Ministerin des Jahres.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Frage ist: Wie geht es jetzt weiter? Der Weg, zu sagen: „Ich sichere mir eine Mehrheit,“ – Sie haben es ja heute schön beschrieben – „drei Musikhochschulen hole ich ins Boot, die locke ich, die ködere ich, indem ich sage, euch passiert nichts, wenn ihr mitmacht“, und die zwei anderen sind die Dummen, ist offensichtlich gescheitert. Da kann man dann auch nicht mit Mehrheiten argumentieren, Frau Bauer, sondern da muss eine Regierung, die die Politik des Gehörtwerdens auf ihr Panier geschrieben hat, schon mit allen in den Dialog eintreten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Rülke, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben den Posaunenstoß gehört. Sie haben einen Dialog angeboten; das muss aber ein Dialog sein, bei dem Mannheim und Trossingen mit einbezogen werden. Auch im zuständigen Ausschuss muss Konsens herrschen; doch – es wurde schon erwähnt – beispielsweise die Ausschussvorsitzende ist mit Ihnen nicht im Konsens. Wenn Sie dann zu einem vernünftigen Weg kommen, der die Interessen von allen fünf und nicht nur von drei Musikhochschulen berücksichtigt, dann wird sicherlich auch die Opposition in diesem Haus in dieser Hinsicht konsensfähig sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal Respekt, Herr Kollege Schmiedel, dass Sie Klarinette spielen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Vorspielen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

dass Sie sich mit der Thematik befasst haben und dass Sie aufgezeigt haben, worum es eigentlich geht. Deshalb sage ich ganz offen: Wir können uns vorstellen, an Ihrer Seite Verbündete in diesem Prozess zu sein; denn – Sie haben es auf den Punkt gebracht – wir brauchen Kernfächer und Profilfächer.

Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, führt jedoch dazu, dass wir an einigen Standorten, nämlich in Trossingen und in Mannheim, die Kernfächer amputieren – mit dem Problem, dass diese Musikhochschulen, insbesondere der kleine Standort Trossingen, auf Dauer erhebliche Probleme haben werden. Frau Ministerin, seien Sie doch so ehrlich, und sagen Sie: Eine fünfte Musikhochschule in Baden-Württemberg hat keinen Platz, deshalb wird sie vom Markt genommen. Aber diesen

Mut haben Sie nicht. Deshalb muss man Ihnen das schon zum Vorwurf machen.

Sie waren heute vorsichtiger. Sie sind mit stolzgeschwellter Brust in die Diskussion gegangen und haben gesagt: „Das ist mein Konzept, so habe ich mich positioniert, das wird jetzt auch umgesetzt – im Zweifel auch ohne den Landtag, weil wir den dazu gar nicht benötigen; das ist eine reine Exekutivaufgabe.“ Seien Sie vorsichtig mit solch sensiblen Debatten! Ihre Aufgabe als Wissenschaftsministerin ist es, nicht nur auf die Experten zu hören, nicht nur die drei großen Musikhochschulen ins Boot zu holen, sondern sich der Mühe zu unterziehen, der Breite und Vielfalt der Musikhochschullandschaft in Baden-Württemberg, die von fünf Standorten geprägt wird, eben auch Rechnung zu tragen und dafür als Ministerin einen Beitrag zu leisten. Deshalb hätten Sie hier deutlich stärker moderieren und praktikable Vorschläge vorlegen müssen

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und jetzt nicht im Nachhinein so tun dürfen, als ob das Ganze nur ein paar Vorschläge wären, die man in die Diskussion gebracht hat. Nein, Sie haben dieses Konzept auf den Weg gebracht, es war Ihr Konzept, und Sie müssen jetzt erkennen, dass Sie damit scheitern. Deshalb kann ich mich dem Kollegen Rülke nur anschließen: Es kann einem angst und bange werden um die Strukturdiskussion der Hochschullandschaft Baden-Württembergs in den nächsten Jahren, wenn Sie auf diese Art und Weise auch in die weitere Diskussion mit anderen Hochschulstandorten gehen.

Deshalb kann ich Ihnen nur empfehlen: Ziehen Sie dieses Konzept zurück, und lassen Sie noch einmal einen ergebnisoffenen Dialog zu – im Übrigen nicht von vornherein mit der Vorbelastung, dass 500 Studienplätze eingespart werden müssen und dass es einen Einsparbeitrag von 5 Millionen € geben muss. Das ist der falsche Ansatz.

Wir sind uns darüber im Klaren – wir sind auch im Zuge einer Haushaltskonsolidierung dazu bereit –, dass die Musikhochschulen des Landes Baden-Württemberg sich dieser Diskussion stellen müssen, aber nicht um den Preis, dass es an die Arbeitsfähigkeit, dass es an die Profilbildung und die Qualität unserer Musikhochschulen geht. Das kam in den Äußerungen des Kollegen Schmiedel und der Frau Kollegin Heberer im Ausschuss klar zum Ausdruck. Diese Linie vermissen wir bislang bei den Grünen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das habe ich Ihnen doch gerade erklärt!)

Jetzt möchte ich abschließend doch einmal Folgendes sagen: Zu unterstellen, dass dieses Thema von uns zu Wahlkampfzwecken missbraucht würde, ist geradezu bösartig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen: Unsere Position wird sich auch nach dem Wahlkampf nicht ändern. Wir werden für alle fünf Standorte kämpfen. Aber wir werden insbesondere ganz genau darauf schauen, welche Vorschläge Sie für Mannheim und für Trossingen in den nächsten Monaten ausarbeiten wollen, weil es der CDU-Fraktion ein Anliegen ist, in der gesamten Fläche des Landes, sowohl in der Spitze als auch in der Breite unserer Musiklandschaft, nicht an Qualität zu verlieren. Das wäre ein erheblicher Imageverlust, ein erheblicher Verlust für das Land Baden-Württemberg, ein Land, das sich immer auf die Fahnen schreibt – auch mit der Kunstkonzeption –, dass wir die Kreativszene in Baden-Württemberg fördern wollen, dass wir die Kreativszene benötigen, um auch als Wirtschafts- und Forschungsstandort stark zu sein – und dann kommen solche Vorschläge aus Ihrem Haus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie das bitte nicht unter der Kategorie Wahlkampf laufen. Machen Sie sich vielmehr einmal die Mühe, in sich zu gehen; legen Sie ein Konzept vor, das tragfähig für alle Standorte ist. Dann ist auch unsere Fraktion bereit, sich im Rahmen der weiteren Diskussion entsprechend einzubringen. Daran werden wir Sie in der weiteren Diskussion messen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Eigentlich wollte ich in der zweiten Runde nicht noch einmal sprechen, weil wir, dachte ich, bis dato eigentlich eine sehr gute Debatte gehabt haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es gibt keinen Zwang!)

Aber, Herr Birk, jetzt sagen Sie zur Ministerin, die den Prozess vorhin noch einmal genau analysiert hat und gezeigt hat, wie es abgelaufen ist: „Reden Sie doch bitte mit allen!“ Ich habe Ihnen vorhin gezeigt, wie das lauteste Sprachrohr Ihrer Fraktion, Herr Wolf, durch die Lande gereist ist und eine Position für Trossingen und Mannheim eingenommen hat. Das heißt, die Einzigen, die nicht mit allen gesprochen haben, sind Sie und nicht die Ministerin.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Hören Sie also endlich einmal damit auf, das immer wieder zu kolportieren. Machen Sie doch endlich einmal einen Strich darunter. Der Wahlkampf ist vorbei, und jetzt können wieder alle mit allen reden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie kennen unseren Terminkalender nicht!)

Akzeptieren Sie, Herr Birk, dass die Ministerin alle eingeladen hat. Sie hat auch zugestanden, dass nicht alle dem Konzept zugestimmt haben. Akzeptieren Sie, dass Standorte dieser Meinung sind, dass es Experten gibt, die sagen: „Ja, das ist gut“, und setzen Sie sich doch einmal mit den Leuten auseinander. Sagen Sie nicht zur Ministerin: „Machen Sie sich die Mühe, und reden Sie mit allen“, da sie es doch schon getan hat – im Gegensatz zu Ihnen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Das, was Sie hier sagen, ist doch ein Witz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Messen Sie sich an den Maßstäben, die Sie an andere anlegen, doch bitte auch einmal selbst. Das würde der Debatte wirklich guttun. Hören Sie damit auf, dauernd Sachen zu sagen, die so nicht stimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Claus Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein Land der Flächenstärke. Darauf sind wir stolz. Das hat auch damit zu tun, dass wir in der Fläche des Landes Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben. Diese haben eine ungeheuer positive Ausstrahlung auf die Wirtschaft in ihrer Umgebung. Es gibt kleine Hochschulen wie z. B. Furtwangen, die aber exzellent sind und äußerst positiv wirken.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wer hat es gemacht?)

So sehen wir es auch bei den Musikhochschulen. Diese wirken ungemein positiv in der Fläche des Landes, und deshalb sind wir das Musikland Nummer 1 und wollen es bleiben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Dr. Birk, Sie fordern mit einer Leidenschaft und Vehemenz Dinge ein, die längst auf dem Weg sind. Das erinnert mich – um noch einmal auf die Klarinette zu sprechen zu kommen –

(Abg. Georg Wacker CDU: Haben Sie sie im Koffer?)

an ein Stück, das gerade an die Holzbläser enorme Anforderungen stellt. Wenn ich Sie so anschaue, fällt mir das Stück „Orpheus in der Unterwelt“ ein.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wir sind auf dem Weg. Dieser Weg ist eigentlich schon vorskizziert. Wir haben durch das Referenzgutachten in Bayern eine gute Basis, um zu sagen: Was gehört denn zum Kernbestandteil einer Musikhochschule, die wir an allen Standorten erhalten wollen? Man kann über einzelne Themen reden und darüber sprechen, ob man etwas herausnehmen kann oder etwas modifizieren kann. Dann reden wir über die Profilbildung. Ganz klar.

Ich bin der Ministerin sehr dankbar, dass sie die Elementarpädagogik, die Elementarmusikausbildung angesprochen hat. In diesem Bereich haben wir nämlich viel zu wenig Output, zu wenig Menschen interessieren sich dafür. Da gibt es Nachholbedarf.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Man muss jetzt einmal genau hinschauen, wo der Aufwuchs entstanden ist. Wir haben ihn durch das Programm „Hochschule 2012“ selbst induziert. Dieses Programm hat sich auch an die Musikhochschulen gerichtet: Baut Studiengänge auf, die die Wirtschaft nachfragt. Deshalb ist Musikdesign ein ausbaufähiger Studiengang; denn er wird von der Wirtschaft enorm nachgefragt.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Er erfordert auch keinen sehr großen Aufwand an Einzelunterricht. Mit all dem beschäftigen wir uns in aller Ruhe und mit einem offenen Blick. Wir haben das klare Ziel, Musikland Nummer 1 zu bleiben. Dazu brauchen wir die Musikhochschulen in der Fläche des Landes mit ihrer breiten Kompetenz, mit ihrer breiten Kernkompetenz. Dann reden wir über Profilbildung, und dann reden wir über neue Herausforderungen für die Gesellschaft und das Land Baden-Württemberg.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie am Ende alle zustimmen und wir uns einig sind – Sie sollen ja nicht nur zustimmen, sondern auch mitwirken –, dann haben sich die ganzen Diskussionen und der Prozess gelohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Nachfrage des Kollegen Grimm?

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Kollege Schmiedel, dass Sie meine Zwischenfrage noch zulassen.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Abschlussfrage.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Meine Frage lautet: Teilen Sie die Meinung der Ministerin, dass man für 28 € Stundenlohn keinen qualitativ guten Musikunterricht machen kann?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich kenne jetzt nur Ihre Aussage. Ich weiß nicht, was – –

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Das war die Aussage der Frau Ministerin bei einem Besuch in Trossingen, bei dem sie gemeint hat, dass die Lehrkräfte zu wenig verdienten und wir schauen müssten, dass wir höhere Löhne zahlten, und dass 28 € pro Stunde, die momentan in Trossingen gezahlt würden, zu wenig seien. Teilen Sie diese Meinung?

(Abg. Peter Hauk CDU: Hat die SPD ein Mindestlohnkonzept?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich will das einmal so aufnehmen, wie ich es aufnehmen kann; ich war nicht dabei und kenne den Kontext nicht.

Das eine ist – darauf hat Kollege Schmidt-Eisenlohr zu Recht hingewiesen – die soziale Dimension. Da muss man fragen: Sind 28 € eine angemessene Entlohnung für einen qualitativ hochwertigen Unterricht? Diese Frage muss man stellen. Ich will es einmal so sagen: Die Tätigkeit als Musiker ist in hohem Maße eine freie, selbstständige Tätigkeit. Nur das Schielen auf feste Plätze in fester Anstellung ist mir zu wenig. Mein Vater beispielsweise war Zeit seines Lebens freier Musiklehrer und hat vier Kinder durchs Leben gebracht, und das ohne feste Anstellung und in Konkurrenz zu den Musikschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wenn man als Maßstab nimmt, ob man zu viel ausbildet, muss man einmal in die Arbeitslosenstatistik schauen. Dann findet man, dass im Bereich der Musiker eine Arbeitslosenquote von 3 % vorliegt. Diese Arbeitslosenquote liegt unter dem Durchschnitt. Das deutet nicht gerade darauf hin, dass es zu viele Musiker gibt. Trotzdem muss man dieses Thema in den Be-

reichen, in denen wir Arbeitgeber sind, ernst nehmen. Gute Arbeit ist für uns ein wichtiger Punkt. Man muss fragen, ob man die soziale Situation der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen verbessern kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grün-rote Landesregierung macht Reformen unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung. Das ist sozusagen der Grundbass in der ganzen Reformdebatte. Wenn man das machen muss – wir müssen es machen –, kann man nicht erwarten, dass alles, was man vorschlägt, auf Zustimmung stößt. Die Kritiken, die wir hören, lassen allerdings einfach sehr oft außer Acht, dass wir diese Rahmenbedingungen beachten müssen. Wir müssen die Haushaltskonsolidierungsaspekte beachten. Daran führt kein Weg vorbei. Das gilt für alle Bereiche.

Zweitens: Wir müssen es aber auch so machen – das sind wir diesem Land schuldig –, dass wir Qualität, Exzellenz erhalten. Denn davon lebt dieses Land. Das ist seine Stärke. Das heißt, wir können bei Reformprozessen nicht immer nur mehr oder weniger vom Gleichen machen – das geht unter Qualitätsaspekten nicht –, sondern wir müssen für Qualität und für Exzellenz sorgen. Das ist eine Verpflichtung diesem Land gegenüber. Das wissen wir z. B. aus der Wirtschaft. Dieses Denken hat dieses Land stark gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Drittens: Wir machen es unter Bedingungen einer Politik des Gehörtwerdens.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– So ist es.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Bürger hat Sie gehört! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das ist natürlich für beide Seiten gewöhnungsbedürftig. Dabei werden völlig neue Sachen gemacht, die in der Politik bisher nicht üblich waren. Ich erwarte nicht, dass in zwei Jahren das rund laufen kann, was die Schweizer seit 150 Jahren eingeübt umsetzen; das kann nicht sein. Deswegen muss man einfach mit Stress rechnen.

Zur Frage nach Frau Ministerin Bauer: Ich pfeife keine Ministerinnen und Minister zurück, auch nicht mit der Posaune – obwohl ich in zwei Stadtkapellen Posaune gespielt habe.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn es einen Fehler in meinem Leben gibt, um den ich sicher weiß, dann ist es die Tatsache, dass ich dies aufgegeben habe. Das war ein schwerer Fehler, aber den kann ich jetzt nicht mehr korrigieren; in meinem Alter bringt der Ansatz es nicht mehr so richtig. Deswegen operiere ich auch nicht mit Posaunentönen.

Frau Ministerin Bauer ist dafür bekannt, fachlich fundierte, strukturierte, wohl durchdachte und sachlich ausgewogene Vorschläge zu machen. Das hat sie in ihrer Rede hier wieder bewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Weil sie das macht, ist sie von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Ministerin des Jahres gekürt worden. Das hat darin seinen Grund.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Kennen Sie auch die Note?)

Ich war über die Grundlinien dieses Konzepts informiert. Wir freuen uns innerhalb dieser Grundlinien auf bessere Vorschläge, wenn sie denn kommen. Sie müssen allerdings diese Grundlinien beachten. Diese heißen: Wir stehen zu der geplanten Profil- und Schwerpunktbildung der Hochschulen. Wir stehen zu dem Einsparbedarf von 4 bis 5 Millionen € – ob über den Abbau von Studienplätzen und andere geeignete Maßnahmen, wird die weitere Diskussion zeigen –, und wir halten eine Diskussion über die kulturgesellschaftliche Bedeutung der Musikhochschulen in der Region für erforderlich. Das sind die Beschlüsse der Regierungsfraktionen. Diese Eckpunkte gelten allerdings.

Der Vorschlag des Rechnungshofs war quantitativ sehr wohl gut begründet und durchdacht, aber er hat dem nicht Rechnung getragen, was wir brauchen, nämlich Qualitätssicherung. Deswegen geht es hier nicht einfach mit dem Rasenmäher, wie in vielen anderen Bereichen auch nicht. Das ist die Grundlage der Reformpolitik, wie wir sie machen und an der wir festhalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Frau Ministerin Bauer sagte, wie und mit wem sie es umgesetzt hat und wie es zustande gekommen ist. Was sie dargelegt hat, war ein Vorschlag; es war kein Kabinettsbeschluss. Es war ein Vorschlag ihres Hauses, der nun im Raum steht. Darüber gab es große und geballte Aufregung im Land, wobei ich zugeben muss, dass mich das etwas überrascht hat. Ich kann Ihnen den Grund für meine Überraschung mitteilen: Frau Ministerin Bauer macht nämlich genau das nicht, wozu Sie sie offensichtlich noch ermutigen wollen, nämlich vorzuschlagen, einen Hochschulstandort zu schließen, Herr Dr. Birk. Es wurde behauptet, sie sei dafür nicht mutig genug gewesen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ehrlich, nicht mutig!)

Gerade das aber hat sie vermieden, nämlich einen Standort in unserer Musiklandschaft zu schließen. Vielmehr hat sie ganz ernsthaft einen Vorschlag gemacht, um trotz dieser Einsparauflagen, die es nun einmal gibt, die Qualität dieser Hochschulen im ganzen Land zu erhalten.

Dieser strukturierte Vorschlag liegt auf dem Tisch. Das ist typisch für die Politik des Gehörtwerdens: Man macht strukturierte Vorschläge, an denen man sich wirklich abarbeiten kann. Wenn unstrukturierte Debatten geführt werden, führt das nur zu wilden Diskussionen, in denen alles und jedes zerredet wird; so jedenfalls kämen wir nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, deswegen stehen wir nun am Beginn des Diskussionsprozesses auf der Grundlage dieses Vorschlags. Wenn Sie – unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, die die Koalitionsfraktionen genannt haben – bessere Vorschläge vorbringen, werden wir sie gern aufnehmen, auch wenn sie von Ihnen kommen, Herr Dr. Birk. Damit haben wir überhaupt keine Probleme. Aber Sie müssen sie erst bringen. Es genügt nicht, sich nur den örtlichen Protesten anzuschließen.

Klar, das ist ein Prozess; dass jede Hochschule für sich kämpft, das ist völlig legitim.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dafür gibt es Beispiele aus der Vergangenheit!)

Aber wir müssen das Ganze zu einem Gesamtkonzept zusammenbinden. Man kann sich nicht nur an einen örtlichen Protest anhängen, sondern man muss es auch zu einem Gesamtkonzept zusammenfügen. Bitte machen Sie Vorschläge für ein solches Gesamtkonzept, dann kommen wir nach einer zugegebenermaßen großen Aufregung auch in einen guten Prozess, an dessen Schluss – davon können wir ausgehen – ein Vorschlag steht, der es moderiert und besser macht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Regieren Sie oder wir?)

Dass wir da überhaupt nicht stur sind und der Prozess schon eingeleitet ist, hat Stuttgart gezeigt. Wir lassen uns überzeugen, auch wenn es dabei Schwachpunkte gibt, die wir so nicht gesehen haben; das ist gar nicht verwunderlich. Die von der Ministerin berufenen Experten waren vor allem externe Experten. Das ist zunächst einmal ganz vernünftig, damit sie sozusagen die Struktur außerhalb der einzelnen Standortinteressen betrachten können, die natürlich jeder hat.

Dann kommt der zweite Schritt – deswegen ist es richtig, dass darüber nicht einfach nur Fachleute entscheiden –: Die Politik und die örtlichen Interessen kommen hinzu. Das ist alles völlig normal und richtig. Dann wird der Vorschlag in der richtigen Weise abmoderiert sowie in entsprechender Weise qualifiziert und sicher auch geändert, wie es in einem Punkt bereits erfolgt ist.

Dies alles sehen wir vielleicht nicht unbedingt entspannt, aber doch einigermaßen gelassen; denn wir sind sicher, dass es zwar eine durchaus ungewohnte Methode ist, aber ich bin davon überzeugt, dass sie am Ende ein gutes Ergebnis bringen wird. Die Fraktionen und auch der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst führen dazu Anhörungen durch. Sie werden sehen: Alle werden sich an diesem Konzept abarbeiten, weil eine Struktur besteht, über die man debattieren und die man in die eine oder andere Richtung ändern kann. Das ist ein guter Aufschlag gewesen. Wenn man aber nur Steine ins Wasser wirft, die lediglich Wellen schlagen und die bewirken, dass es ein bisschen spritzt, dann ist alles wieder vorbei, wenn sich die Wellen gelegt haben.

Der Vorschlag ist wohlstrukturiert. Bringen Sie bitte besser strukturierte Vorschläge unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen ein; wir warten darauf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung haben infolge des Umstands, dass der Herr Ministerpräsident in der Debatte das Wort ergriffen hat, jetzt in der weiteren Runde die Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit zur Aussprache.

Das Wort erteile ich zunächst Herrn Kollegen Hauk für die CDU-Fraktion.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich hat der Ministerpräsident seit Sonntag noch nichts gelernt, sonst hätte er nicht so gesprochen. Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen nur sagen: Si tacuisses. Wenn Sie jetzt geschwiegen hätten, wären Sie vielleicht ein kluger Mann geblieben.

Ich zitiere aus der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“:

Landesregierung schickt Vorzeige-Bauer aufs Altenteil.

So lautet die Überschrift. Die Ministerin ist damit nicht gemeint, um das klar zu sagen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber ich finde, die Überschrift ist ein Stück weit passend.

Die Debatte um die Frage der Musikhochschulen hatte mehrere Dimensionen. Sie haben selbst einige angesprochen, Herr Ministerpräsident, z. B. die Politik des Gehörtwerdens. Diese von Ihnen propagierte Politik hat am vergangenen Sonntag einen klaren Dämpfer erfahren. Überall dort, wo Sie sie propagieren, sind die Grünen massiv eingebrochen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt nirgendwo ein Vorzeigeprojekt, bei dem all dies zugetroffen hätte, was Sie verbal immer propagieren, nirgendwo, weder im Nordschwarzwald noch in Stuttgart, Trossingen oder Mannheim. Egal, wohin man schaut, nirgendwo haben Sie die Menschen beteiligt, sondern Sie haben kühl von oben herab regiert. Das ist die Wahrheit – von Gehörtwerden keine Spur.

Die weitere Dimension betrifft nicht nur das Kernthema Musikhochschulen, sondern auch die Frage: Wie geht die Landesregierung mit dem Thema „Kunst und Kultur“ um? Das ist die erste Nagelprobe.

Die Vorschläge mit der Haushaltskonsolidierung zu begründen ist ja richtig. Natürlich muss der Haushalt konsolidiert werden. Aber warum ist denn die Dringlichkeit der Konsolidierung so groß?

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Doch nur deshalb, weil Sie in den letzten Jahren geaast haben, weil Sie Milliarden zusätzlich ausgegeben haben und diesen Haushalt in ein hoffnungsloses Abseits in Deutschland geführt haben. Auch das ist wahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Und das weiterhin tun werden! – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Das einstige Vorzeigeland Baden-Württemberg hat gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen die rote Laterne, was die Frage der Neuverschuldung in diesem Jahr angeht. Das ist Fakt.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Dies haben Sie und hat nicht die Vorgängerregierung zu verantworten. Es ist einfach zu billig, ständig – Sie, Herr Schmidt-Eisenlohr, haben das auch getan – mit Altlasten zu argumentieren.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit zweieinhalb Jahren tragen Sie die Verantwortung. Seit zweieinhalb Jahren haben Sie für Struktur und auch für die Struktur des Haushalts zu sorgen. Sie haben dafür zu sorgen, dass Kunst und Kultur die Qualität und die Exzellenz behalten, von der Sie zu Recht gesprochen haben. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie aber treten hier an das Rednerpult und sagen: „Jetzt soll aber die Opposition einmal Vorschläge machen.“ Ja, wer regiert denn? Wer verfügt denn über den Verwaltungsapparat?

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wer ist denn tief im Detail drin?

(Zurufe von der SPD: Sie nicht!)

Das sind doch nicht wir. Das sind Sie. Sie sind doch diejenigen, denen vom Volk die Verantwortung aufgetragen wurde, diese Regierung zu führen. Wir erwarten schlichtweg Führung und nicht nur das Zurücklehnen und die Aussage: „Jetzt bringt einmal Vorschläge.“

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen klar: Wir werden uns an einem Dialog natürlich beteiligen. Aber Sie haben in der Vergangenheit doch gar nicht dazu aufgerufen.

Es war doch seltsam: Eine Woche, nachdem die Beratende Äußerung des Rechnungshofs vorgelegen hatte – natürlich wird sie begleitet –, kam die Ministerin mit ganz neuen Vorschlägen. Da war von Dialog überhaupt nichts zu spüren.

Die Auftritte in Mannheim – vor der Haustür der Ministerin, 12 km von Heidelberg entfernt, spät genug, erst im September – wie in Trossingen waren nicht geeignet, Dialogprozesse zu gestalten. Da kam doch jemand mit dem Aktenordner unter dem Arm und hat gesagt: „So ist es, und ich bin nicht bereit, über diese Frage zu verhandeln.“

Dann kamen Sie, Herr Ministerpräsident, der die Situation – das gestehe ich Ihnen zu – erkannt hat. Sie haben – diese Debatte hat viele verschiedene Facetten, aber das ist auch eine Frage des Stils, des Umgangs in dieser Regierung – im Prinzip öffentlich die Bremse reingehauen und Ihrer Ministerin nicht einmal die Chance gegeben, selbst den Rückzug anzutreten. Auch das ist Fakt.

Warum haben Sie, Herr Ministerpräsident, das getan? Eines war doch klar: Es ging im Kern ja nicht mehr um die Musikhochschulen; um die geht es. Vielmehr geht es im Kern um die Frage: Wie gehen Sie mit Kunst und Kultur um? Es ging im Kern darum, dass Sie gespürt haben, dass Ihnen in Stuttgart, in Trossingen und in Mannheim die Kunstszene, in der Sie ein hohes Potenzial Ihres Wählerklientels vermuten, unwiederbringlich wegbricht. Das war doch der Grund. Deshalb haben Sie öffentlich die Bremse reingehauen, haben Ihre Ministerin öffentlich desavouiert, und jetzt stellen Sie das Ganze so dar, als wäre alles nicht so problematisch gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kunst und Kultur haben einen anderen Umgang verdient. Ich freue mich ja, wenn Sie von einem Dialogprozess sprechen. Aber führen Sie ihn doch endlich!

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Laden Sie einmal die Beteiligten ein! Wir beteiligen uns genauso gern.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber Konzeptionen vorzulegen, auszuarbeiten, das sollte man im Dialog und nicht vor dem Dialog machen. Letzteres haben Sie getan. Das ist genau Ihr Stil. Sie gehen im Nordschwarzwald genauso rein. Da sprechen Sie wohl mit den Menschen, aber Sie erarbeiten im Dialog nichts.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie erarbeiten nichts, sondern Sie geben vor: „So wird es.“ Das ist doch Fakt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist das, was wir kritisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, am vergangenen Sonntag haben, glaube ich, auch die Wähler gespürt, dass dieses Vorzeigeland Baden-Württemberg für Grün und Rot eben gar kein Vorzeigeland ist. Es ist eben nicht so, dass man Honig daraus saugen könnte, wenn hier ein grüner Ministerpräsident regiert. Es gibt nirgendwo ein Vorbild. Es sind hohle Phrasen, die Sie den Menschen verkünden, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die weitere Dimension ist: Auch die parteipolitische Austarierung innerhalb Ihrer Koalition haben Sie nicht gespürt. Sie haben nicht gespürt: Wenn Sie in Mannheim strukturell eingreifen – unabgestimmt mit Ihrem Koalitionspartner –, dann gehen Sie an das Herz der SPD. Das ist wahr. Das haben Sie nicht gespürt – ein taktisches, politisches Versagen. Sie haben nicht gespürt, dass Sie, wenn Sie an Trossingen gehen, nicht nur die dortige Musikhochschule auf den Prüfstand stellen – nicht nur die Laienmusik –, sondern dass das auch ein klarer Angriff und ein Signal gegen den ländlichen Raum ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Peter Hauk)

Das haben Sie nicht gespürt. Sie haben es nicht nur nicht gespürt, sondern Sie haben dafür auch kein Herz.

Das spiegelt sich ein Stück weit in den Wahlergebnissen vom vergangenen Sonntag wider.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Das war auch eine Bestätigung hierfür. Das war eine Bundestagswahl. Darüber sind wir uns völlig einig.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber wenn dieses Land aus Ihrer Sicht einen Vorbildcharakter hätte, dann hätte sich das für Sie positiv auswirken müssen und sich nicht negativ auswirken dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es war aber kein positiver Faktor dabei.

Ich freue mich darüber, dass so viele Bekenntnisse über die musikalische Erziehung und das musikalische Können kommen. Ich könnte dem von mir selbst noch etwas hinzufügen. Ich lasse das aber bleiben.

Aber eines ist doch auch klar, nämlich die Tatsache – das haben Sie erkannt, aber Sie haben bisher nicht danach gehandelt –, dass von den Musikhochschulen eine Breite in diese Gesellschaft ausgeht. Es geht eben nicht nur um die Frage der Ausbildung und der Bildung. Vielmehr geht es um das Ausstrahlen in unsere Gesellschaft, in die Vereine. Es geht darum, dass die Laienmusik dadurch beflügelt wird und wir heute eine Situation haben, bei der die Laienmusik eine Qualität und eine Exzellenz aufweist wie kaum ein anderer Zweig im Laienbereich. Auch das ist eine Grundlage im Kulturland Baden-Württemberg.

Es bedarf der Spitzenkultur, aber es bedarf auch einer klaren Breitenkultur. Auch die Musikhochschulen sind mit dafür verantwortlich, dass das so war und so ist. Wir fordern Sie auf, dass das so bleibt.

Sie haben noch die Frage der Bildung mit einbezogen. Musikhochschulen ohne Kernfächer sind amputiert. Sie werden auch uninteressant – sowohl für Studenten als auch für Hochschullehrer. Deshalb braucht man die Breite einer Vollmusikhochschule und anschließend die Profilbildung. Da kann man ja über Fächerbereiche reden. Aber die Breite muss unumstößlich, zweifelsohne gegeben sein.

Deshalb kommen wir zurück auf den Ansatzpunkt Ihrer Rede, auf das, was Sie als Erstes gesagt haben: Sanierung und Haushaltskonsolidierung müssten im Vordergrund stehen. Nein, im Vordergrund müssen die Qualität und die Exzellenz von Baden-Württemberg stehen. Daran muss man die Haushaltspolitik ausrichten. Man darf aber nicht auf die roten Zahlen schauen, die man selbst produziert hat, und anschließend – –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Quatsch!)

– Natürlich. Sie haben doch mittlerweile 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als vor zwei Jahren.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

– Sorry. Sie, Herr Schmidt-Eisenlohr, haben gesagt: 2,5 Milliarden € strukturelle Verschuldung.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Mit 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als vor zwei Jahren müsste die strukturelle Verschuldung eigentlich schon längst weg sein. Das ist doch wahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir hätten Geld im Überfluss und müssten jetzt nicht an kleinen Baustellen herumdoktern, um zu Sparkonzepten und Sanierungserfolgen zu kommen. Sie haben doch selbst in den letzten zwei Jahren die Chance nicht genutzt, dieses Land zu sanieren. Sie haben die Gunst der Stunde nicht erkannt, dass man mit steigenden Steuereinnahmen in der Frage der Sanierung des Haushalts auch strukturell manches abfedern kann. Das ist doch wahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren:

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sie verwechseln netto mit brutto!)

Kehren Sie auf den Weg eines echten Dialogs zurück. Sprechen Sie nicht immer von Gehörtwerden – das ist ein Begriff, den allmählich schon niemand mehr hören kann –, sondern tun Sie es einfach. Sprechen Sie mit den Menschen, treten Sie in den Dialog, erarbeiten Sie iterativ Lösungen, und kommen Sie nicht mit Lösungen von oben herunter. Dann wird es besser.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es hat sich gelohnt, dass meine Fraktion diese Debatte beantragt hat. Immerhin hat der Ministerpräsident das Wort ergriffen und seine Positionierung dargelegt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine stolze Leistung der Opposition!)

Herr Kollege Schmiedel, wir haben am heutigen Tag auch erfahren, dass der Ministerpräsident Posaunenspieler ist und Sie Klarinettenspieler sind. Mancher im Land hätte es umgekehrt vermutet. Aber es ist jetzt so.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und Sie? Blockflöte?)

Meine Vermutung vorhin war auch zutreffend, es handle sich nicht um einen Pfiff, sondern offensichtlich um einen Posaunenstoß, der – wie Kollege Hauk ausgeführt hat – dazu geführt hat, dass die letzte einigermaßen intakte Ministerin in

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ihrem Kabinett, Herr Ministerpräsident, jetzt auch ins Regierungslazarett eingezogen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie sprachen davon, dass Qualität und Exzellenz bei den Musikhochschulen in diesem Land erhalten werden müssten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Da sind wir mit Ihnen einer Meinung. Ich glaube, dies muss das Ziel dieser Debatte sein. Dies muss auch das Ziel aller Reformbemühungen hinsichtlich der Musikhochschulen sein. Wenn dies aber das Ziel ist, Herr Ministerpräsident und Frau Ministerin Bauer, dann kann man den Weg so nicht gehen. Sie müssen vielmehr Ihre Politik des Gehörtwerdens, die Sie heute an diesem Rednerpult wieder beschworen haben, ganz anders aufziehen, meine Damen und Herren. Dann dürfen Sie nicht, wie so oft in diesem Land – ob das der Nationalpark oder ob das die Haushaltspolitik ist –, mit irgendwelchen vorgefertigten Konzepten aus dem Hinterzimmer an die Öffentlichkeit treten und die Politik des Gehörtwerdens so verstehen: „Wir beschallen die Betroffenen; wenn sie das Konzept akzeptieren, dann ist die Politik des Gehörtwerdens gelungen, und wenn sie es nicht akzeptieren, machen wir es trotzdem.“ Das ist doch das, was Sie unter Politik des Gehörtwerdens verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Sie haben uns als Opposition aufgefordert, Vorschläge zu machen. Wir fragen Sie, warum Sie uns erst jetzt darum bitten.

Ministerin Bauer legte ein vorgefertigtes Konzept vor. Sie hat dieses vorgefertigte Konzept – ich habe es vorhin beschrieben – von drei Hochschulen, die ungerupft bleiben sollten, absegnen lassen, weil sie sich davon eine Mehrheit erhofft hatte. Die beiden Hochschulen, die gerupft werden sollen, wurden überstimmt. Sie haben Pech gehabt. Dann wurde das Konzept veröffentlicht. Sie haben das Konzept in Mannheim und Trossingen vorgestellt. Dort stießen Sie auf wütende Proteste. Schließlich hat der Ministerpräsident in Mannheim – übrigens im Wahlkampf – das Ganze wieder eingesammelt.

Frau Ministerin, vorhin haben Sie gesagt, Sie seien froh, dass der Wahlkampf vorbei sei, sodass taktische Erwägungen keine Rolle mehr spielten. Diese Analyse fällt natürlich voll auf den Ministerpräsidenten zurück.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Er hat in Mannheim dieses Konzept natürlich aus taktischen Gründen wieder eingesammelt. Nachdem Sie vor die Wand gefahren sind, verlangen Sie plötzlich von der Opposition, Vorschläge zu unterbreiten.

Wenn Sie wirklich eine Politik des Dialogs, eine Politik des Gehörtwerdens in diesem Land fahren wollten, dann müssten Sie umgekehrt vorgehen: Sie müssten am Anfang um Vorschläge der Betroffenen, um Vorschläge der Opposition bitten, und dann könnte man darüber reden, jedoch nicht erst, wenn das eigene Konzept gescheitert ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie erklären, die Opposition müsse Vorschläge machen. Die Opposition im Landtag von Baden-Württemberg macht doch unentwegt Vorschläge. Wir haben schon über ein Dutzend Gesetzesvorschläge, Gesetzesinitiativen, vorgelegt. Diese werden von Ihnen und Ihrer Regierungskoalition immer abgelehnt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Warum?)

– Warum, Frau Sitzmann? Weil Sie immer ein Haar in der Suppe finden und weil es natürlich das Spiel im Parlament zwischen Opposition und Regierung ist, dass die Regierung nicht zugeben will, dass die Opposition etwas Vernünftiges vorgelegt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schön wäre es!)

Das sage ich gar nicht vorwurfsvoll.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Ich will ausdrücklich bekennen: Früher war es nicht anders.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Ah!)

Nur: Dieser moralische Impetus, mit dem Sie antreten, die Politik des Gehörtwerdens und die Behauptung gegenüber der Bevölkerung, Sie seien ganz anders,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sind wir auch!)

ist einfach Heuchelei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dann ist die Diskussion um die Musikhochschulen das allerbeste Beispiel, dass diese Politik des Gehörtwerdens eben nur eine Maske ist, hinter der sich ganz eindeutig das alte Gesicht des Durchregierens verbirgt, meine Damen und Herren. Das ist eigentlich das, was Ihre Regierung macht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Claus Schmiedel SPD)

Sie haben wieder einmal die Haushaltssituation beklagt und gesagt: „Wir müssen den Haushalt konsolidieren.“ Ich habe vorhin schon gesagt: Das ist völlig richtig. Woran liegt das aber, meine Damen und Herren? Herr Kollege Hauk hat es Ihnen schon vorgerechnet: Sie haben 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, als Baden-Württemberg zu Ihrem Regierungsantritt hatte.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie geben aber 5,5 Milliarden € mehr aus und jammern dann über die Haushaltssituation, klagen über Erblasten und wiederholen ständig, es sei immer noch die Schuld der alten Landesregierung, dass Sie mit Ihrem Haushalt nicht klarkämen, meine Damen und Herren. Wer inzwischen die Ausgaben um

mehr als 15 % – um 5 % im Durchschnitt in jedem Haushaltsjahr – steigert, der braucht sich doch nicht zu wundern, dass das Geld nicht reicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie müssen deshalb Sparvorschläge des Rechnungshofs aufgreifen. Der Rechnungshof möchte – das ist auch unsere Position – an fünf relativ kleinen, dezentralen Musikhochschulen festhalten. Ich weiß nicht, ob Sie den Kollegen Birk richtig interpretiert haben – ich glaube, eher nicht. Für meine Fraktion ist jedenfalls klar: Wir wollen keinen Standort schließen. Wir glauben, dass diese fünf dezentralen Musikhochschulen die richtige Struktur für das Land Baden-Württemberg sind. Alle Redner haben von den Erfolgen im Land, von den Preisen, die erzielt werden, gesprochen, davon, dass Dutzende von Musikvereinen Dirigenten haben, die in Trossingen ausgebildet wurden. Das ist doch eine Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Eine solche Hochschule darf man nicht kaputt machen. Das müsste doch auch Ihnen klar sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir verstehen auch nicht, warum an den beiden Hochschulen ausgerechnet die klassische Musikausbildung gekippt werden soll. Die klassische Ausbildung ist nach wie vor eine zentrale Grundlage für das Musikland Baden-Württemberg. Es wurde schon mehrfach angesprochen, dass Trossingen offensichtlich deshalb bei Ihrer Regierungskoalition und bei der Ministerin Bauer so ein schlechtes Standing hat, weil Trossingen im ländlichen Raum liegt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach was! Wir stehen für Trossingen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir kennen die Äußerungen über Schwarzwaldtäler, die gern zuwachsen dürfen. Selbstverständlich kann man sich auch die Wahlergebnisse im ländlichen Raum anschauen. Das haben wir schon bei der Polizeireform gesehen, die auch diktatorisch durchregiert wird.

(Zurufe von der SPD)

Auch das richtet sich gegen den ländlichen Raum, und es wird deutlich, dass dort, wo weniger SPD und Grüne gewählt werden, plattgemacht wird und dort, wo mehr SPD und Grüne gewählt werden, belohnt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So gehen Sie vor. Trossingen ist ein klassisches Beispiel dafür.

Ich sage noch einmal, Frau Bauer: Das Angebot, in den Dialog einzutreten, hätten Sie früher machen können; das hätten Sie am Anfang machen können. Sowohl in Trossingen als auch in Mannheim haben Sie eine Politik des Überhörtwerdens betrieben. Den Dialog können Sie mit der Opposition gern haben. Wir fragen uns jedoch, warum Sie nicht gleich diese Politik machen, sondern erst, nachdem Sie einen Totalschaden erlitten haben.

Herr Ministerpräsident, noch einmal herzlichen Dank, dass Sie hier Stellung bezogen haben. Inhaltlich haben wir von Ihnen jedoch nichts gehört. Ich hoffe sehr, dass sich der Regierungschef, nachdem er seine Ministerin „zurückposauniert“ hat, auch inhaltlich an diesem Prozess beteiligt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rülke, an Ihren Ausführungen merkt man, dass gerade Sie als Mitglied einer ehemaligen Regierungsfraktion mit der Politik des Dialogs, der Politik der Beteiligung und der Politik des Gehörtwerdens wirklich keine Erfahrungen haben; denn sonst könnten Sie nicht solche Behauptungen in den Raum stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann nur sagen: Wer behauptet, die Polizeireform sei diktatorisch verordnet worden – ich sehe Innenminister Gall an –, der weiß nicht, wie viele Veranstaltungen es gegeben hat, in denen darüber diskutiert wurde, der weiß nicht, dass die Polizeistrukturreform mit Experten der Polizei erarbeitet worden ist, der weiß nicht, dass wir ein intensives Interessenbekundungsverfahren mit Tausenden von Beschäftigten hatten,

(Zuruf von der CDU: Witz komm raus!)

durch das so gut wie alle Konfliktfälle gelöst werden konnten und am Ende fast alle Wünsche vonseiten der Beschäftigten befriedigt werden konnten, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alle sind begeistert! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Am Sonntag haben alle Danke schön gesagt! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Von diesen Prozessen, von diesen Wegen und davon, wie man zum Erfolg kommt, haben wir sehr viel Ahnung; Sie aber haben keine, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann Ihnen weitere Beispiele für die Politik des Gehörtwerdens nennen. Ein weiteres Beispiel ist der Nationalpark; Sie haben es angesprochen. Nennen Sie mir einmal ein Projekt der ehemaligen, CDU-geführten Landesregierung,

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Biosphärengebiet!)

bei dem Sie so viele Veranstaltungen gemacht haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Alibi!)

bei dem Sie die Bürgerschaft so intensiv einbezogen haben, wie Minister Bonde das beim Nationalpark getan hat. Sie werden keines finden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie werden nicht einmal in der Summe all Ihrer Regierungsjahre

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

auf die Zahl von über 150 Veranstaltungen kommen, die offen mit der Bürgerschaft zu einem Thema durchgeführt wurden. Da bin ich mir hundertprozentig sicher.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Art und Weise, wie Sie früher mit der Bürgerschaft oder auch dem Parlament umgegangen sind, war nämlich die: Sie haben ein Konzept, einen Gesetzentwurf oder was auch immer auf den Tisch gelegt und dann eine Anhörungsphase gemacht. Was gesagt wurde, hat Sie aber nicht interessiert. Der Gesetzentwurf ist so beschlossen worden, wie Sie ihn auch eingebracht haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haben wir Demonstrationen gehabt?)

Das ist das Gegenteil von dem, was wir heute tun. Insofern: Unser Weg ist der richtige, und unser Weg ist erfolgreich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Birk?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein. Ich gestatte im Moment keine Zwischenfrage. Das können wir gern machen, wenn ich mit meinen Ausführungen fertig bin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Danach!)

Ich komme noch einmal zum Thema Nationalpark. Man hat eben nicht nur solche Dialogphasen durchgeführt, sondern diese schlagen sich auch tatsächlich im Ergebnis nieder. Denn die Gebietskulisse wurde angepasst. Minister Bonde ist den Befürchtungen der Holz- und Sägewerksbetriebe entgegengekommen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich glaube das bis jetzt noch nicht! – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Und die anderen?)

damit diese das Holz, das sie im Nationalparkgebiet nicht mehr schlagen können, auf anderen Flächen im Staatsforst gewinnen können. Zudem sind sie im Nationalparkrat mit eingebunden – und nicht nur das, sie können sogar selbst den Vorsitz übernehmen. Daran sehen Sie: Wenn wir eine Politik des Gehörtwerdens bei einzelnen Projekten beginnen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann habt ihr Demonstrationen!)

dann machen wir sie intensiv, und am Ende stehen gute Ergebnisse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich nenne noch weitere Stichpunkte, z. B. aus dem Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst die endlich erfolgte Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dazu hat es einen intensiven Dialog,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Studiengebühren!)

eine intensive Beteiligung über das Internet gegeben. Die Plattform ist von Tausenden angenommen und genutzt worden. Viele der Vorschläge, die da gemacht worden sind, sind dann auch in das Gesetz eingeflossen. So geht Politik des Gehörtwerdens, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Und nicht nur das; dies geht sogar in Zeiten der Haushaltskonsolidierung. Sie haben jetzt wieder krudes Zeug vorgerechnet, Herr Hauk. Da muss man noch einmal ein paar Sachen sortieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was?)

Als wir an die Regierung gekommen sind, haben wir eine strukturelle Deckungslücke von 2,5 Milliarden € vorgefunden. In jedem Jahr waren die fixen Ausgaben um 2,5 Milliarden € höher als die Einnahmen. Wir haben es in nicht einmal zweieinhalb Jahren geschafft,

(Abg. Peter Hauk CDU: Hoffnungsloses Durcheinander!)

diese Lücke von 2,5 Milliarden €, die es jährlich über viele, viele Jahre gegeben hat,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Stand heute um 1 Milliarde € zu reduzieren. Das ist eine Leistung, sage ich Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Peter Hauk CDU: Diese Milchmädchenrechnung kann nur von Ihnen stammen!)

Das haben Sie in all den Jahren nicht hinbekommen, Herr Kollege Hauk. Was Sie hinbekommen haben, waren Schuldenberge, Sanierungsstaus, Reformstaus.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein erfolgreiches Land!)

Heute müssen alle für das, was Sie nicht gemacht haben, die Suppe auslöffeln. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das beste Beispiel dafür ist, dass wir für Ihre Schulden, für den CDU-Schuldenberg, in jedem Jahr 2 Milliarden € Zinsen zahlen. 2 Milliarden € Zinsen!

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Dieses Geld könnten wir dringend für andere Gestaltungsaufgaben gebrauchen,

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

(Edith Sitzmann)

allein, wir müssen es für Kredite aufwenden, weil Sie uns über 40 Milliarden € Schulden hinterlassen haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und Qualität und Exzellenz! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Pensionen! 70 Milliarden €! Grässlich! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Zusammen mit den verdeckten Schulden summiert sich das auf insgesamt 130 Milliarden €. Diese Summe beinhaltet Pensionsverpflichtungen, Sanierungsstaus. Wir finanzieren heute die Konjunkturprogramme der Jahre 2009 und 2010. Sie müssen heute von dieser Landesregierung finanziert werden.

(Staatssekretär Ingo Rust zur CDU: So ist es! Ihre Programme! Auf Pump!)

Sie haben sie auf Pump finanziert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben es in zweieinhalb Jahren geschafft, diese Lücke von 2,5 Milliarden € um 1 Milliarde € zu reduzieren. Das ist ein Erfolg. Wir sind da auf einem guten Weg; aber nicht nur das: Wir haben in diesen zweieinhalb Jahren keinen Euro neue Schulden gemacht – im Gegensatz zu Ihnen –, keinen Euro zusätzliche Schulden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ah, jetzt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Leistung!)

Auch das sollten Sie einmal anerkennen bei der Hinterlassenschaft, die wir vorgefunden haben:

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

kein Euro neue Schulden von dieser grün-roten Landesregierung bis heute.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum lassen Sie sich dann einfach einmal 3,3 Milliarden € Kreditaufnahme vom Landtag bewilligen? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie sollten einmal die Realitäten zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren.

Jetzt haben Sie wieder gesagt, wir hätten so viele sprudelnde Steuereinnahmen und würden es nicht schaffen, zu konsolidieren. Ich habe gerade gesagt: Wir schaffen es, zu konsolidieren. Wir haben wichtige Schritte getan.

Ich muss Ihnen aber auch noch einmal sagen, warum bei Steuermehreinnahmen unter dem Strich häufig nicht so viel übrig bleibt, wie auch wir es gern hätten. Der Großteil davon fließt in den Länderfinanzausgleich, in den kommunalen Finanzausgleich

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ändert doch den Finanzausgleich! – Abg. Peter Hauk CDU: Dann ändert doch was! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat ihn denn beschlossen? – Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Wie soll denn das gehen?)

und in steigende Personalkosten, Herr Kollege Hauk. Selbstverständlich wird der Länderfinanzausgleich – er gilt bis 2019 –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

geändert werden müssen. Darüber sind wir uns in diesem Haus auch einig. Aber im Moment ist es eben so, wie ich es beschrieben habe. Das bedeutet z. B., dass wir

(Abg. Peter Hauk CDU: Ihr tut doch nichts!)

1,4 Milliarden € mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen mussten. Die Kommunen haben 1,1 Milliarden € mehr bekommen. Ich sage Ihnen: Das tut uns auch nicht leid.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

Wir finden es richtig; wir sind davon überzeugt, dass wir starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen brauchen; das ist korrekt.

(Staatssekretär Ingo Rust: Sehr richtig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Selbstverständlich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Rülke wollte das nicht!)

Aber insofern ist es einfach eine falsche Behauptung; Sie tun so, als hätten wir eine große Kasse, aus der wir einfach schöpfen könnten. Die Mittel, die zusätzlich kommen, gehen vielmehr einfach für festgelegte, nicht veränderbare Ausgaben hinaus. Alles andere, was Sie hier erzählen, sind Märchen, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommen wir noch einmal zum Thema Musikhochschulen. Ich will hier noch einmal ganz klar betonen, wie man vorgeht, wenn man eine Politik des Gehörtwerdens macht: Da macht es keinen Sinn – ich sage Ihnen das, weil Sie ja keine Erfahrungen in diesem Bereich haben –,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

sich hinzustellen und zu sagen: „Musikhochschulen, wir haben da ein Problem. Jetzt machen Sie alle einmal Vorschläge.“ Vielmehr macht man einen Vorschlag, und diesen stellt man zur Diskussion. Das ist der normale Weg.

Ich finde, die Ministerin hat sehr vorausschauend gehandelt. Sie hat nämlich nicht gewartet, bis der Bericht des Rechnungshofs im Juli vorgelegt wurde, sondern sie hat die Appelle der Musikhochschulen ernst genommen. Alle, die vielleicht schon länger mit Musikhochschulen zu tun haben – etwa Kollege Birk als ehemaliger Staatssekretär für Kunst und Kultur –, wissen, dass diese schon 2010, 2011 hoch nervös waren, weil sie wussten, dass es eine Prüfung des Landesrechnungshofs gibt, und weil sie davon ausgehen mussten, dass nach der vorherigen Prüfung auch diesmal die Ansage wieder lauten würde, dass sie sparen müssen.

Sie haben also darum gebeten, dass der Prozess aufgenommen wird, bevor der Rechnungshofbericht auf dem Tisch liegt. Dem ist die Ministerin nachgekommen. Sie ist dem in einer, wie ich finde, guten Art und Weise nachgekommen, nämlich unter Einbeziehung der Rektoren, Hochschulratsvorsitzenden und Kanzler an allen Standorten sowie externer Experten. Sie hat nicht gewartet, bis der Rechnungshof sein Ergebnis vor-

(Edith Sitzmann)

legt, sondern proaktiv das Gespräch mit allen Beteiligten geführt.

Sie hat den Entwurf dann der Öffentlichkeit vorgestellt. Es gab dazu viele Diskussionen, und es gibt sie nach wie vor. Es ist richtig: Es gehört zu einer Politik der Beteiligung dazu, dass es Diskussionen gibt. Es gehört dazu, dass man die Einwendungen, die es dazu gibt, ernst nimmt und versucht, daraus ein Konzept zu stricken, das möglichst vielen Anforderungen gerecht wird. Dass es nicht allen Anforderungen gerecht werden kann, liegt in der Natur der Sache. Ich glaube auch, dass es nicht ganz einfach werden wird, die Interessen aller Musikhochschulen gleichermaßen auszutarieren. Zumindest können wir beim Lesen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs feststellen, dass schon damals die Musikhochschulen unterschiedliche Stellungnahmen zum Konzept des Rechnungshofs abgegeben haben. Auch hier bestand also keine Einigkeit. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Es ist schon gesagt worden: Die Regierungsfraktionen werden eine Anhörung dazu durchführen. Wir werden selbstverständlich sämtliche Musikhochschulrektoren in Baden-Württemberg, aber auch Vertreter von Standortkommunen sowie andere Experten anhören. Dabei sollen die Konzepte nebeneinandergestellt und erörtert werden.

Wir erhoffen uns, dass innerhalb der Rahmenbedingungen, die wir vorgegeben haben – sie sind hier schon vom Kollegen Schmidt-Eisenlohr zitiert worden –, eine Debatte stattfindet, die zu einer guten Lösung für die Musikhochschulen im Land Baden-Württemberg führt, die dazu führt, dass Kunst und Kultur und die Exzellenz, die wir in diesem Bereich haben, mindestens erhalten, im Idealfall sogar ausgebaut werden können und dennoch eine Haushaltskonsolidierung betrieben werden kann. Das ist unser Ziel; daran arbeiten wir.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu unserem Verständnis von Kunst und Kultur sagen. Herr Kollege Hauk, denken Sie einmal an die soziokulturellen Zentren. Das sind Einrichtungen, die im ganzen Land, auch im ländlichen Raum, vorhanden sind und für ein gutes kulturelles Angebot sorgen, die unter der Einbindung von vielen Ehrenamtlichen auch zahlreiche Angebote für Kinder und Jugendliche machen. Diese soziokulturellen Zentren waren in Ihrer Regierungszeit immer unterfinanziert.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie haben nie das Versprechen einer 2:1-Förderung eingelöst; über all die Jahre haben Sie dies nicht gemacht. Wir, die Regierungsfraktionen und die grün-rote Landesregierung, haben gesagt: Die 2:1-Förderung ist richtig; sie ist versprochen, und wir setzen das jetzt um.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben dies auch gemacht. Das kommt der Kultur im ganzen Land Baden-Württemberg zugute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

So etwas hätten wir uns auch von Ihnen gewünscht. Leider Fehlanzeige!

Insofern: Kunst und Kultur sind bei uns, bei der grün-roten Landesregierung und den Regierungsfraktionen, bestens aufgehoben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Kollegin – –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE begibt sich zu ihrem Abgeordnetenplatz.)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel das Wort.

(Zurufe von der CDU: Frage! – Gegenruf von den Grünen: Das ist dem Wechsel geschuldet! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ich habe vorhin noch eine Frage gestellt! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich habe „Nachher“ gesagt, aber – –)

– Frau Sitzmann wollte, glaube ich, nicht darauf antworten.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber jetzt bin ich dran.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Jetzt ist Herr Schmiedel dran.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Man kann ja mir die Frage stellen.

(Zurufe)

Ich sage dann das, was Frau Sitzmann gesagt hätte – aber am Ende.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

– Ich bleibe so lange am Rednerpult. Aber zunächst einmal möchte ich auf die Vorredner eingehen.

Herr Kollege Hauk, als Sie das Wahlergebnis vom letzten Sonntag als eine Reaktion auf das landespolitische Handeln interpretiert haben, habe ich zum Kollegen Rülke geschaut und gemerkt, dass er nur verhalten applaudiert hat.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber applaudiert!)

Er wollte das nicht ganz so gewertet wissen. Da hat er auch recht.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Herr Kollege Rülke, ich hätte gern den Satz, den Sie gesagt haben, als Sie das „alte Gesicht des Durchregierens“ propagiert haben, zu Ende interpretiert. Wen hatten Sie denn da vor sich? War das Ihr Freund Mappus?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir sind beim allgemeinen politischen Schlagabtausch angekommen. Deshalb muss auch ich darauf eingehen.

(Claus Schmiedel)

Wenn Sie die Steuermehreinnahmen in den Vordergrund stellen, dann begehen Sie wieder den alten Fehler, dass Sie Brutto mit Netto verwechseln.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

Sie ziehen die Bruttomehreinnahmen heran, vergessen aber, das abzuziehen, was davon abgeht, ohne dass wir etwas daran ändern könnten.

Zweitens vergessen Sie, dass eine Bilanz immer Soll und Haben umfasst. Sie beinhaltet also nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben, und die Ausgaben entwickeln sich natürlich in gleichem Maß wie die Einnahmen. Die Ausgaben steigen übrigens auch wegen Ihrer Versäumnisse. Die mangelnde Rücklagenbildung für die Pensionen in den vergangenen fast 60 Jahren, in denen Sie das Finanzministerium zu verantworten hatten, sorgt dafür, dass die Pensionsausgaben überproportional steigen.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was habt ihr von 1992 bis 1996 gemacht?)

Es ist auch ein Märchen, dass Rekordsteuereinnahmen an sich schon die Situation verbesserten. Sie verweisen darauf, dass es dieses Jahr schon wieder einen Rekord an Steuereinnahmen gebe. Mein Gott, jedes Jahr gibt es einen Steuereinnahmenrekord, einfach inflationsbedingt,

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

nur in der Krise nicht; da gingen die Steuereinnahmen tatsächlich zurück. Deshalb sind wir froh, dass wir jetzt das Niveau von vor der Krise endlich übertreffen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

Das ist die Realität. Die Steuereinnahmen explodieren also nicht, sondern entwickeln sich jetzt nach der Krise kontinuierlich nach oben. Aber da gab es etwas aufzuholen. Deshalb sind wir finanziell natürlich nicht auf Rosen gebettet. Trotzdem zahlen wir die Ausgaben im Rahmen des Konjunkturpakets, denen wir damals zugestimmt haben – Sie haben Schulden aufgenommen; wir haben dem auch zugestimmt –, zurück.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Was Kollegin Edith Sitzmann sagt, ist völlig richtig: Wir haben keinen Euro und keinen Cent neue Schulden auf den Schuldenberg, den Sie hinterlassen haben, draufgetan. Da möchte ich einmal sagen: Das ist eine gute Leistung.

An dem Finanzplan, den wir heute noch besprechen werden, werden Sie ablesen können, dass wir von den strukturellen Herausforderungen von ursprünglich 2,4 Milliarden € bereits 1 Milliarde € abgebaut haben. An dem Nachtragshaushalt, den wir einbringen, werden Sie sehen, dass weitere 230 Millionen € an strukturellem Defizit abgebaut werden. Deshalb können wir auch die Kreditermächtigung in diesem Umfang zurückführen. Dann haben wir nach einem Viertel der Wegstrecke das Ziel schon zur Hälfte erreicht. Das ist, finde ich, eine Leistung, auf die man stolz und mit der man zufrieden sein kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da könnten Sie ruhig auch einmal sagen: „Das erkennen wir an.“

Zweitens zum Thema Beteiligung: Was Sie da bringen, ist wirklich sehr verkrampft. Das trifft gerade für den Nationalpark zu. Zu diesem Projekt wurde jede einzelne Frage, jede einzelne Anregung aufgenommen und beantwortet. Es gab vor Ort Arbeitsgruppen, in die Gegner und Kritiker ebenso wie Befürworter einbezogen wurden, die die verschiedenen Aspekte beleuchtet haben. Wir selbst haben Veranstaltungen hierzu gemacht, manche mit dem Minister, manche ohne den Minister. Wir haben Experten einbezogen. Wir sind in der Region gewandert,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Oi!)

nicht nur allein, auch mit Bürgern. Man hatte also wirklich alle möglichen Anstrengungen unternommen. Da können Sie doch nicht, nur weil am Ende das Ergebnis nicht mit Ihrer Position übereinstimmt, sagen, der Prozess sei bürgerfern gewesen oder man habe „durchregiert“. Das ist doch alles Kappes.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie erklären Sie sich dann die Abstimmungsergebnisse?)

Was die Musikhochschulen anbelangt, ist festzustellen: Wenn wir es heute mit dem Entwurf eines Musikhochschulgesetzes zu tun hätten, der hier verabschiedet werden soll, dann könnte ich Ihre Aufregung und Ihre Vorwürfe verstehen. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben es noch nicht einmal mit einem Kabinettsbeschluss zu tun, der in die Anhörung geht. Wir haben es noch nicht einmal mit einer Kabinettsvorlage zu tun.

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig!)

Wir haben es vielmehr mit einem Rahmen zu tun, zu dem es einen Vorschlag aus dem zuständigen Ministerium gibt, einem Rahmen, auf den sich die Koalitionsfraktionen verständigt haben und über den wir jetzt mit allen Beteiligten in aller Breite diskutieren. Daraus erwächst ein neuer Vorschlag, den dann der Ausschuss noch einmal in einer Anhörung bearbeiten wird. Wir nehmen also die Politik des Mitnehmens und des Gehörtwerdens wirklich ernst.

Deshalb sollten Sie die Aufregung zurücknehmen, den Blick nach vorn richten, nicht zurück, und sich positiv und konstruktiv einbringen. Dann, finde ich, hat sich die Debatte gelohnt. Aber wir brauchen weder einen allgemeinen politischen Schlagabtausch noch eine rückwärtsgewandte Debatte über die Musikhochschulen. Vielmehr gilt: Blick nach vorn, untergehakt, mitmarschiert – dann kommen wir auch zu einem guten Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Schmiedel, es steht noch die Zwischenfrage des Abg. Dr. Birk an.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Kollege Schmiedel, die Frau Kollegin Sitzmann hat viel von der Politik des Gehörtwerdens, vom Dialog gesprochen. Sie haben sich dem jetzt auch angeschlossen.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

(Dr. Dietrich Birk)

Wie erklären Sie es sich dann, dass sich just in dieser Stunde mehrere Hundert Demonstrierende von den Standorten der Musikhochschulen in Baden-Württemberg vor dem Landtag versammelt haben, die wohl nicht mit dem bislang dargelegten Konzept, mit dem einseitigen Konzept, einverstanden sind?

Dann die zweite Frage: Wenn es Ihnen mit dem Dialog so wichtig ist, sind Sie dann bereit, im Anschluss an diese Debatte gemeinsam mit uns vor diese Demonstranten zu treten und mit ihnen ein Gespräch zu führen?

(Staatssekretär Ingo Rust: Nein! Warum denn das? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Die erste Frage, Herr Kollege Birk, möchte ich einmal mit einer Gegenfrage beantworten. Wie erklären Sie es sich denn, dass sich jeden Montag Hunderte oder Tausende am Bahnhof versammeln und demonstrieren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD zu Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sind Sie bereit, mit Herrn Schmiedel dorthin zu gehen? – Unruhe)

Und das, obwohl der Prozess abgeschlossen ist!

Baden-Württemberg ist ein freies Land, und jeder bringt sich ein. Wenn man sich in einer Entscheidungsphase einbringt, ist das ja erst recht positiv. Dies gilt übrigens auch für die Gegner des Nationalparks. Niemand hat doch die Weisheit mit Löffeln gefressen; seien wir doch einmal ehrlich.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der dialektische Prozess von These, Antithese und Synthese ist das, was wir jetzt anstreben. Wenn sich jetzt Betroffene mit ihren Argumenten einbringen, dann werden die gehört und gewichtet. Aber Sie sehen es ja bei den Demonstrationen, die montags stattfinden: Irgendwann fällt eine Entscheidung. In diesem Fall hat das Volk von Baden-Württemberg sie getroffen. Ob es eine Volksabstimmung zu den Musikhochschulen gibt, daran möchte ich einmal Zweifel äußern. Aber wir werden einen langen Weg der Diskussion haben.

Übrigens muss ich auch sagen: Es geht um 4 Millionen € strukturelle Einsparungen. Da geht es nicht darum, damit gleich den nächsten Haushalt in Ordnung zu bringen. Es wird vielmehr eine Phase des Übergangs und der Weiterentwicklung geben. Es soll strukturell eingespart werden.

Von mir aus gehen wir nachher dorthin. Dann werden wir freundlich „Grüß Gott“ sagen und auch sagen, wie wir das sehen – so, wie man es eben tut, wenn sich Menschen in den Dialog einbringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Neue Landschaftserhaltungsverbände im Land – Erfolg für Naturschutz und Landwirtschaft – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Werte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Landschaftserhaltungsverbände in Baden-Württemberg sind eine echte grün-rote Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU)

Als wir die Regierung übernommen haben, gab es in Baden-Württemberg sechs Landschaftserhaltungsverbände. Im Augenblick sind es 24. Die Zahl hat sich in zwei Jahren vervierfacht.

Es handelt sich hier auch deswegen um eine Aktuelle Debatte, weil erst in der letzten Woche, vor sechs Tagen, der Kreistag des Alb-Donau-Kreises mit breiter Mehrheit die Einrichtung des 24. Landschaftserhaltungsverbands in Baden-Württemberg beschlossen hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich glaube, da hat die CDU die absolute Mehrheit im Kreistag!)

– Wir können gegebenenfalls gern darauf zurückkommen, Herr Kollege Rüeck, wie es in anderen Kreisen war.

Wir erwarten, dass es Mitte 2014 etwa 30 Landschaftserhaltungsverbände sein werden. Das heißt, man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, dass das eine erfolgreiche Verbreitung der Landschaftserhaltungsverbände in der Fläche in Baden-Württemberg ist.

Allerdings war Baden-Württemberg unter der CDU bei diesem Thema Entwicklungsland.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das muss man schon einmal so sagen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ein Unsinn!)

Deswegen ist es vielleicht sinnvoll, das Thema noch einmal anzusprechen. Was bedeutet das? Eingetragene Vereine mit Drittelparität, Kooperation von Naturschutz, Landwirtschaft,

Kommunen, Mitgliedschaft im Dachverband, im Deutschen Verband für Landschaftspflege, und Praktiker, die draußen im Gelände das umsetzen, was Landwirtschaft und Naturschutz zugleich dient; Dienstleister draußen im ländlichen Raum.

Übrigens – das will ich dazu durchaus erwähnen –: 1984 war das eine Idee des CSU-Landtagsabgeordneten Göppel in Bayern. Es hat allerdings 26 Jahre gedauert, bis es dann in Baden-Württemberg – erst im Gespräch insbesondere auf Anregung des Landesnaturschutzverbands Baden-Württemberg – zu einem sehr breiten Konsens hier im Landtag kam, dass wir das stärker befördern wollten und dass wir bei dem nachziehen wollten, was in anderen Bundesländern längst Praxis war. Es hat also quasi 26 Jahre gedauert, bis das Thema wirklich bei CDU und FDP angekommen war.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ein Unsinn!)

Bei uns ging das entschieden schneller. Minister Bonde war noch keine 100 Tage im Amt, da hat er bereits an alle 35 Landräte im Land geschrieben und mitgeteilt,

(Minister Bonde unterhält sich auf der Regierungsbank. – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der scheint im Augenblick an dem Thema nicht sehr interessiert zu sein!)

dass wir Interesse daran haben, Landschaftserhaltungsverbände flächenhaft einzurichten, und dass wir hierfür – im Gegensatz zu Schwarz-Gelb – auch die Finanzmittel zur Verfügung stellen,

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Finanzmittel für Dienstleister im ländlichen Raum. Grün-Rot stärkt damit den ländlichen Raum, und zwar in einer erheblich größeren Geschwindigkeit, als das vorher der Fall war.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Bei Schwarz-Gelb hat es 27 Jahre gedauert, bis sechs Einrichtungen da waren, bei uns hat es zwei Jahre gedauert, bis 18 neue dazukamen. Das ist unter Grün-Rot das 40-fache Tempo. Ich sage einmal: Grün-Rot stärkt im Vergleich zur CDU den ländlichen Raum in 40-facher Geschwindigkeit.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir, Grün-Rot, stärken also den ländlichen Raum. Ich möchte auch dazusagen: Der Dachverband auf Bundesebene, dem parteiübergreifend auch viele engagierte Mitglieder von CDU, SPD und von den Grünen angehören – auch im Vorstand auf Bundesebene –, sagt: Wir in Baden-Württemberg sind jetzt vorbildlich – jetzt, nicht vorher –, weil wir die Landschaftserhaltungsverbände flächendeckend einrichten, weil wir die Pflichtaufgaben im Rahmen des EU-Rechts – Natura 2000 –, die bisher vernachlässigt wurden, mit der Stärkung von Landwirtschaft und ländlichem Raum verknüpfen. Wir verknüpfen die Präsenz im Raum mit der dauerhaften Finanzierung in der Zeit. Darauf sind wir stolz, und wir werden darauf weiter aufbauen. Wir werden diese grün-rote Erfolgsgeschichte über die gesamte Legislaturperiode kontinuierlich weiterführen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und wo lag der Neuigkeitswert?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörer! „Landschaftserhaltungsverbände – Erfolg für Naturschutz und Landwirtschaft.“ Herr Kollege Rösler hat das ausgeführt.

Zunächst einmal mutet das Thema für eine Aktuelle Debatte natürlich etwas seltsam an, und zwar deswegen, weil wir normalerweise in den Aktuellen Debatten den Unterschied der politischen Lager deutlich machen und die Profilierung darstellen. Aber mit diesem Thema haben wir ein Konsensthema, und ich finde es hervorragend und wichtig, dass man dieses Konsensthema auch einmal in die Öffentlichkeit stellt und damit die entsprechende Aufmerksamkeit erregt.

Bei einem allerdings, Kollege Rösler, muss ich etwas Wasser in den Wein gießen. Mit Ihrer Aussage blenden Sie natürlich aus, dass wir in den letzten zehn, 15 Jahren auch Veränderungen in der Gesellschaft hatten, und zwar Veränderungen im Hinblick auf die Wahrnehmung von Prozessen, die in der Natur stattfinden. Auch die Wahrnehmung von Natur, der Blick auf den Nutzen oder die Nutzung von Natur und der natürlichen Ressourcen hat sich in dieser Zeit verändert. So entstehen heute natürlich auch Ansprüche und Anforderungen, die es vielleicht vor zehn Jahren noch nicht gab, und insofern ist es vielleicht etwas zu weit gegriffen, das jetzt aus der Geschichte heraus entstehen zu lassen.

Wichtig ist jedoch die Zielvorgabe. Es ist wichtig, die Ziele des Naturschutzes mit den Zielen der Landnutzung zu kombinieren und eine gemeinsame Linie zu finden, die diese Grundidee, die 1986 in Mittelfranken entstanden ist, als Blickpunkt hat. Die Offenhaltung, die Biotoppflege, die Fließgewässerstrukturierung sowie der Erhalt von Feuchtwiesen und Weidelandschaften sind wesentliche Beiträge dazu. Dazu gehört natürlich auch – Sie haben es angesprochen – die Umsetzung der Natura-2000-Vorgaben.

Mit der Einführung und Einrichtung der Landschaftserhaltungsverbände wird seit Jahren ein Weg beschritten, der die Suche nach Kompromissen und nach pragmatischen, den örtlichen Gegebenheiten angepassten Lösungen ermöglicht. Sie haben ja noch an anderer Stelle Großbaustellen, bei denen man vielleicht genau dies als Blaupause nehmen könnte, um zu versuchen, nicht nur einen Haufen Diskussionen vor Ort zu führen, sondern auch das, was in der Diskussion gesagt wird, aufzunehmen.

Genau das passiert im Rahmen der Landschaftserhaltungsverbände. Deswegen ist es wichtig, diese Form des pragmatischen Naturschutzes weiter zu unterstützen und entsprechend auszustatten. Da sind Sie auf dem richtigen Weg, und da finden Sie auch unsere Zustimmung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ihr Ziel ist richtig. Es ist auch richtig, eine flächendeckende Umsetzung vorzunehmen. Leichte Kritik gibt es vonseiten des Landkreistags; diese Kritik ist Ihnen bekannt. Kritisiert wird,

(Dr. Patrick Rapp)

dass die Strukturen an manchen Stellen zu starr sind und etwas mehr Flexibilität bei der Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten angeraten sein könnte. Ich glaube, über diesen Punkt kann man nachdenken und Verbesserungen vornehmen.

Wichtig und gut ist, dass Vertreter von Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gemeinden und sonstigen Landnutzern an einem Tisch sitzen. Eine solche Vorgehensweise könnte, wie gesagt, auch als Blaupause für Ihre Überlegungen zu einem Nationalpark dienen.

Ich möchte Ihnen eines mit auf den Weg geben: Mit den Landschaftserhaltungsverbänden tragen Sie auch Verantwortung für den Naturschutz. Hohe Anforderungen – das zum Schluss – sollte man nicht ideologisch gestalten und entsprechend durchsetzen, sondern auf der Grundlage dessen, was für Mensch und Natur wichtig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Markus Rösler und Jürgen Filius GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Landschaftserhaltungsverbände bzw. Landschaftspflegeverbände – sie nennen sich unterschiedlich und sind auch unterschiedlich organisiert – sind in den letzten Jahren leise, langsam, aber wirkungsvoll entstanden: nicht unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit, aber mit Beteiligung vor Ort, ohne große Pressewirkung, aber mit Wirkung nach innen.

Landschaftspflegeverbände sind Dienstleister für die Region, in der sie gegründet worden sind. Sie sind in der Regel kreisweit organisiert. Sie sorgen für lebendige Landschaften, für den Erhalt der Kulturlandschaft, für die Nutzung im Sinne einer bäuerlich geprägten Landwirtschaft, wie sie heute von den Landwirten andernfalls nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könnte.

Seit dem Mittelalter sind die hiesigen Kulturlandschaften bäuerlich geprägt. Jeder Quadratmeter wurde dem Wald abgetrotzt. Viele Flächen liegen an Steilhängen, viele Flächen sind schwierig zu bewirtschaften, etwa wenn es sich um nasse, saure Wiesen usw. handelt, mit denen ein Landwirt heute nicht mehr arbeiten kann, während früher solche Flächen für die Ernährungssicherung existenziell waren. Diesen Flächen droht Wiederverbuschung, Wiederverwaldung, das Zuwachsen – sie können aber durch geeigneten Natur- und Landschaftsschutz als Biotope erhalten werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Hanglagen oder Steillagen weisen eine große biologische Vielfalt auf, wenn diese Flächen nicht wieder zu Wald werden. Eine solche biologische Vielfalt fehlt dem Wald; sie kann in einer offenen Landschaft erhalten werden.

Um das zu erreichen, brauchen wir Partner. Die Landschaftspflegeverbände bringen die Partner, z. B. Landwirte, Schäfer, Kommunen, zusammen. Die Kommunen haben nämlich in ihren Gebieten sehr wohl ein großes Interesse an der Offenhaltung der Landschaft und dem Erhalt biologisch wirksamer Flächen.

In Deutschland gab es 2011 155 Landschaftspflegeverbände. In Baden-Württemberg waren es 2011 nur wenige, nämlich acht. Heute gibt es in Baden-Württemberg 24 Landschaftspflegeverbände. Bis Ende nächsten Jahres sollen es insgesamt 30 werden. Diese Verbände haben unterschiedliche Rechtsformen, und sie haben auch unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte.

Im Bundesnaturschutzgesetz wurde 2010 in Kapitel 1 § 3 Absatz 4 die Empfehlung eingefügt, Verbände als Instrument der Landschaftspflege zu schaffen. Seither sind diese Verbände konstitutionell und instrumental eingesetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Laut der Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums zum Antrag der Frau Kollegin Dr. Splett vom 18. Dezember 2007, unterzeichnet vom Minister Hauk, gab es in Baden-Württemberg acht entsprechende Verbände, in der Regel kommunale Zweckverbände, zum Teil aber auch Vereine. Diese seien vielschichtig mit betroffenen Gruppen und Personen besetzt. Ursprünglich betrug deren Bezuschussung durch das Land 70 % der Personalkosten. Im Jahr 2007 wurden diese Zuschüsse auf 50 % der Personalkosten reduziert; die zweite Personalkraft wird noch immer mit 100 % bezuschusst. Vor zwei Jahren haben wir also eine halbe Million € in Landschaftspflegeverbände investiert, Ende 2014 werden es fast 2 Millionen € sein.

Der Erfolg ist teuer. Das Land lässt sich diesen Erfolg etwas kosten, u. a. indem eine Koordinierungsstelle für die Landschaftspflegeverbände in Schwäbisch Gmünd eingerichtet wurde.

Pro Verband werden etwa 50 000 bis 60 000 € pro Jahr aufgewandt. Die Verbände übernehmen Aufgaben staatlicher Stellen. Die untere Naturschutzbehörde muss, z. B. im Rahmen von Natura 2000, Grundstücke für die Pflege von Naturflächen und anderem zur Verfügung stellen.

Eine Region ist am Erhalt ihrer Kulturlandschaft interessiert, die andernfalls verweidet. Für den Tourismus ist diese unentbehrlich. Die Natur kann sich durch die extensive Nutzung entfalten. Die Kommunen haben dadurch ein Instrument für den Unterhalt und für die Wahrnehmung der Aufgaben, zu denen sie verpflichtet sind.

In diesem Bereich bestehen zurzeit ca. 35 Stellen. Beim Endausbau in etwa zwei Jahren sollen es ca. 70 Stellen sein. Die Pflege von Feuchtwiesen, die Vermarktung regionaler Produkte, die Renaturierung von Gewässern und das Erstellen von Managementplänen gehören zu den Aufgaben in diesem Rahmen. Erfolgreich, fast still und leise, aber wirkungsvoll arbeiten unsere Landschaftserhaltungsverbände und Landschaftspflegeverbände.

Ich beende meine Rede mit einer Bitte, die vielleicht nicht unberechtigt ist: Es wäre schön, wenn diejenigen, die die harte körperliche Arbeit in der Pflege erbringen – dazu gehören diejenigen, die in den Umweltverbänden an der Pflege der Landschaften beteiligt sind, aber auch die Landwirte –, ähnlich ent-

(Alfred Winkler)

lohnt würden wie diejenigen, die die Pläne für diese Pflege erstellen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Hierin scheint mir noch etwas Nachholbedarf zu liegen – und kein kleiner.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Alfred, ich bin dir wirklich dankbar, dass du am Schluss noch einmal darauf hingewiesen hast: Bei der Wahrnehmung der Aufgabe der Pflege der Landschaft sind vor allem auch ehrenamtliche Helfer sehr stark engagiert.

Ich nenne Ihnen gleich am Anfang meiner Rede ein Beispiel aus meinem Landkreis: Wir sind im Kreistag seit 1995, also seit fast 20 Jahren, mit der Pflege mehr als zufrieden. Es ist gut, Herr Rösler, dass sich dem nun noch mehr Kreise anschließen; viele Verbände sind in den vergangenen Jahren hinzugekommen, sodass es nun 24 sind. Es ist aber auch wichtig, dass alle Gemeinden mitmachen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das war bei uns von Anfang an der Fall: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Verwaltung, alle Gemeinden und die Naturschutzverbände haben mitgemacht.

Ich verweise beispielsweise auf die Gemeinde Kirchberg an der Jagst: Die Trockenhänge an der Jagst würden ohne die Arbeit der Verbände zuwachsen, was wir nicht wollen. Diese Landschaft wird vonseiten des NABU durch einen engagierten Lehrer und eine Jugendgruppe des NABU mithilfe einer Schafherde freigehalten. Das respektiere ich; das finde ich toll. Das ist viel besser, als wenn der BUND als Hilfstruppe jeden Montag gegen Stuttgart 21 demonstriert. Das ist es, was unsere Landschaft braucht, meine Damen und Herren, und nicht die Schreibtischtäter und Protestler.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Noch ein Punkt – auch das ist wichtig –: Unser Landkreis hat gezeigt, dass man auch die entsprechenden Flächen aufstocken kann; diese sind stetig gewachsen. Wir hatten hinsichtlich der Landschaftspflege beispielsweise 1996 eine Fläche von knapp 270 ha, auf der über Vertragsnaturschutz Wichtiges geleistet wurde. Heute sind es über 800 ha. Ich finde, wir können zum jetzigen Zeitpunkt sagen: Es war gut.

Jetzt noch etwas zur Geschichte, weil Josef Göppel zitiert wurde: Bevor die Grünen gegründet wurden, hat der ehemalige bayerische Staatsminister Eisenmann das KULAP erfunden. Genau daraus kommt diese Kooperation mit Kulturlandschaftserhaltungsprogrammen. Das ist ein Punkt, bei dem ich sage: Da kann man weitermachen.

Ich darf auch sagen: Bei den Haushaltsberatungen haben wir von der FDP/DVP-Fraktion dieser Aufstockung im Detail zugestimmt – nicht dem gesamten Haushalt, aber diesem Teil haben wir zugestimmt. Deshalb, meine Damen und Herren, darf ich die Begründung des Antrags der Kollegen Traub u. a., Drucksache 15/746, zitieren:

Die Landschaftserhaltungsverbände in Baden-Württemberg haben sich bewährt. Sie leisten einen großen Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft. Darüber hinaus tragen sie zum Schutz wichtiger Lebensräume für Tiere und Pflanzen sowie zur Offenhaltung der Landschaft bei.

Vor allem Letzteres ist wichtig, gerade für das Tourismusland Baden-Württemberg.

Die flächendeckende Einrichtung von Landschaftserhaltungsverbänden war bereits Ziel in der Naturschutzstrategie 2020, die von der bisherigen Landesregierung beschlossen wurde. Bei einer weiteren Ausweitung der Landschaftserhaltungsverbände muss allerdings gewährleistet sein, dass deren Aufgabenerfüllung in enger Abstimmung mit der Landwirtschaft

– das heißt nützen und schützen; schützen und nützen, das ist der Punkt –

erfolgt.

Ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur meinen Dank zum Ausdruck bringen, sondern auch diejenigen Landkreise dazu auffordern, die noch nicht so weit sind. Wenn ich mir die neueste Karte anschaue, dann sage ich: Das ist wichtig. Beispielsweise wurde in Offenburg ein solcher Verband gegründet; aber viel zu wenige Gemeinden machen mit, und wenn, dann nicht intensiv. Die Kreise Hohenlohe, Göppingen, Esslingen, Stuttgart, Ludwigsburg, Enzkreis, Calw, Rastatt, Teile vom Rhein-Neckar-Kreis, Biberach, Ravensburg, Sigmaringen, Zollernalbkreis – Herr Pauli – sind nicht dabei. Ich finde, es ist höchste Zeit, dass man bei diesem Programm flächendeckend mitmacht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Erhalt der Biodiversität, die Bewahrung der Schöpfung und der Stopp des Artensterbens sind zentrale politische Themen, auch für uns hier in der Landespolitik. Die Landesregierung hat kurz vor der Sommerpause die Naturschutzstrategie für Baden-Württemberg verabschiedet,

(Zuruf von der CDU: Nach zwei Jahren, prima!)

eine Naturschutzstrategie, die auf viel Lob und Unterstützung gestoßen ist, weil sie das wichtige Thema Naturschutz ins Zentrum der Landespolitik rückt und weil sie sich offensiv der Verantwortung stellt, die wir für die Natur- und Kulturlandschaften in Baden-Württemberg haben.

(Minister Alexander Bonde)

Der Erhalt der Kulturlandschaften ist neben unserer Verantwortung für die Natur, für den Prozessschutz – wozu wir in diesem Herbst andere Debatten miteinander führen werden – eine ganz zentrale Aufgabenstellung für uns, auch vor dem Hintergrund unserer europäischen Verpflichtungen. Wir alle erinnern uns: Die Umsetzung des europäischen Rechts, die Ausweisung der Natura-2000-Schutzgebiete, lief hier in Baden-Württemberg holprig. Sie lief insbesondere deshalb holprig, weil man lange versucht hat, sich aus der Verantwortung zu stehlen, und kurz vor Ende in eine überhastete Ausweisung gegangen ist mit wenig Kommunikation mit denjenigen, die zum Schluss in der Fläche auch Verantwortung übernehmen müssen. Das sind nämlich diejenigen, die über die Bewirtschaftung der Fläche die zentralen Akteure beim Erhalt der Kulturlandschaft sind und die gleichzeitig ihre wirtschaftliche Basis in der Fläche behalten müssen.

Eine Antwort darauf sind Landschaftserhaltungsverbände, nämlich Vereinigungen, die vor Ort die Probleme angehen, die mit Kommunen in Drittelparität Strategien für Landbewirtschaftung und Naturschutz entwickeln. Es wird bei den Managementplänen für Natura 2000 zentral sein, ein solches Instrument zu haben, mit dem man in partnerschaftlichem Miteinander – Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Kommunen – diese Pläne umsetzt.

Insofern war es uns von Anfang an wichtig, diesen zentralen Bestandteil der Naturschutzstrategie anzugehen. Wir haben beim Regierungswechsel sechs Landschaftserhaltungsverbände in Baden-Württemberg vorgefunden. Wir liegen nach unserer Initiative – auf die Landkreise zugehen und die Möglichkeiten der Landschaftserhaltungsverbände verbessern – heute bei einer Zahl von 24. In sieben weiteren Kreisen wird intensiv über die Gründung eines Verbands diskutiert,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In sechs!)

sodass wir die Hoffnung haben, nächstes Jahr bereits in der Größenordnung von 30 zu liegen.

Wenn man sich die Landkarte anschaut, gibt es guten Grund, stolz auf das zu sein, was in kurzer Zeit entstanden ist. In Südbaden, im Regierungsbezirk Freiburg, haben wir inzwischen flächendeckend Landschaftserhaltungsverbände, aber auch im restlichen Land sind wir erkennbar vorangekommen. Wir freuen uns über Nachrichten wie die von gestern im „Alb Bote Münsingen“:

> *Gemeinsam für die Natur: Neuer Landschaftserhaltungsverband Alb-Donau-Kreis mit 49 Gemeinden.*

Das sind positive Nachrichten für den Naturschutz, wo wir mit der Initiative dieser Landesregierung in der Fläche entscheidende Fortschritte machen.

Ich will mich ganz ausdrücklich bei den Koalitionsfraktionen bedanken für die Ausweitung der Landschaftserhaltungsverbände und damit für die Schaffung von zentralen Instrumentarien, um in der Fläche Landbewirtschaftung und Naturschutz gemeinsam voranzubringen. Das war nur möglich, weil in den vergangenen Haushalten der Etat für den Naturschutz trotz der Sparsituation aufgewachsen ist. Ich will mich dafür ganz herzlich bedanken. Dieser Sachstand bei den Landschaftserhaltungsverbänden zeigt: Die Haushaltsentscheidungen des Landtags kommen in der Fläche an und bringen uns beim Erhalt unserer Naturlandschaften voran, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wir brauchen diese Instrumentarien auch, um den Naturschutz in der Fläche zu stärken, um die Akteure im Naturschutz, auch die ehrenamtlich Tätigen, in der Land- und Fortwirtschaft zu unterstützen, um die Umsetzung von Programmen wie der Landschaftspflegerichtlinie, aber auch unterschiedliche Maßnahmen im Bereich der Programme der zweiten Säule im MEKA und anderen zu koordinieren, um in die Planungen einzuführen, aber vielfach eben auch, um die notwendige Beratung bei der Umsetzung zu machen.

Wir sind überzeugt: Mit dem Ausbau der Landschaftserhaltungsverbände haben wir bereits einen wichtigen Schritt zur Erreichung unserer Ziele in der Naturschutzstrategie getan. Ich freue mich über die Diskussion und die Absicht, in weiteren Gemeinden und Kreisen diese Initiative aufzugreifen und zu unterstützen. Ich freue mich darüber, wenn der Landtag gemeinsam, auch vor Ort, in den Wahlkreisen, darauf hinwirkt, dass wir weiter vorankommen. Wir haben ein Naturerbe zu wahren. Die Verpflichtung, die Artenvielfalt zu erhalten, gilt gerade auch für ein Industrieland mit viel Fläche, wie wir es sind. Insofern geht es darum, konkret in die Umsetzung zu gehen.

Ich habe mich sehr gefreut, Herr Abg. Bullinger, dass Sie den Kollegen Eisenmann aus Bayern ausdrücklich gewürdigt haben. Er ist tatsächlich der Erfinder der Landschaftserhaltungsverbände, und er ist der Erfinder der Nationalparkbewegung in Deutschland, und er hat zwei Nationalparks in Bayern mitbegründet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, es gibt tatsächlich viele Gründe, das Erbe des bayerischen Kollegen Eisenmann auch in Baden-Württemberg zu bewahren und die Maßnahmen ernsthaft umzusetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler das Wort.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass dieses Thema hier im Landtag auch weiterhin in sehr großem Konsens beraten wird. Selbstverständlich nehmen wir gern unterschiedliche Anregungen für die Weiterentwicklung entgegen.

Kollege Bullinger, ich bin völlig einverstanden: Es ist natürlich wichtig, hier immer möglichst viele Kommunen mitzunehmen. Ich möchte die Fragestellung aber ausdrücklich auch noch einmal in die Naturschutzstrategie des Landes einbetten, die der Minister gerade erwähnt hat. Wir könnten wichtige Ziele und eben auch wichtige Pflichtaufgaben – das ist ein ganz zentraler Aspekt: wichtige Pflichtaufgaben, die wir nach EU-Recht erfüllen müssen und bei denen wir im Fall der Nichterfüllung mit hohen Strafen rechnen müssten – dadurch besonders gut erfüllen, dass wir die Partnerschaften vor Ort stärken.

(Dr. Markus Rösler)

Kollege Rapp, Sie sagten – hierauf sei mir schon noch ein Hinweis erlaubt –, man müsse die sich im Laufe der Zeit ergebenden Veränderungen berücksichtigen. Jeder ist natürlich verantwortlich für das, was er tut. Von Dante gibt es einen schönen Satz, der lautet: „Der eine wartet, bis die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt.“ Die eine Variante wurde seinerzeit eher von der CDU verkörpert, die gewartet hat, bis die Welt sich wandelt. Wir von Grün-Rot hingegen haben die Dinge angepackt und haben gehandelt. Hierin liegt meines Erachtens ein nicht unwesentlicher Unterschied. Denn sonst wären wir heute nicht so weit.

Des Weiteren sei mir erlaubt, Kollege Rapp, darauf hinzuweisen, dass Sie in einem Teil Ihrer Fraktion noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. In einem Kreis in Baden-Württemberg, nämlich im Kreis Ludwigsburg, der von gleich drei Landtagsabgeordneten der CDU vertreten wird, ist mit Stimmen aus der CDU die Gründung eines Landschaftserhaltungsverbands verhindert worden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir haben halt eine eigene Meinung! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Dr. Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gurr-Hirsch?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Selbstverständlich gern.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte, Frau Abg. Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Abg. Dr. Rösler, wenn Sie schon Dante zitieren mit dem Satz: „Der eine wartet, bis die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt“, sind Sie dann mit mir der Meinung, dass sich die Zeitläufe tatsächlich verändern, dass sich die Menschen verändern, dass sich das Verhältnis der Menschen zu ihrem Eigentum verändert und dass speziell Eigentümer, sogenannte weichende Erben, die Ungunstlagen bekommen haben, heute nicht mehr im selben Maß bereit sind, eine solche mehr oder weniger unproduktive Fläche zu bewirtschaften?

Als Staat könnte man dies unter Rückgriff auf Artikel 14 des Grundgesetzes zwar durchsetzen; das wird jedoch nicht gemacht. Deswegen verbuschen die sogenannten Stückle zunehmend. Sie sind ja, wie Sie sagen, Protagonist für Streuobstwiesen. Es verbuschen auch ungünstige Reblagen, die nicht leicht zu bewirtschaften sind.

Diese Entwicklung, die während der letzten 20 Jahre stattgefunden hat, wäre sicherlich anders verlaufen, wären die Menschen noch so wie früher. Früher nämlich haben die Menschen am Samstag und manchmal auch noch am Sonntag ihre Stückle bewirtschaftet.

(Zuruf von der SPD: Wo bleibt die Frage? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, bitte stellen Sie Ihre Frage.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich möchte Sie bitten, darauf einzugehen, ob unbedingt durchgesetzt werden muss, dass Kreise, die keinen Bedarf sehen – –

(Zurufe: Frage! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, würden Sie Ihre Frage stellen?

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich möchte wissen, ob Sie es für sinnvoll halten, dass Kreise, die keinen Bedarf sehen, jetzt vonseiten der Landespolitik aufgefordert werden sollen, sich zu bewerben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Rösler ist noch zu jung! Er weiß nicht, wie es früher war!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollegin Gurr-Hirsch, ich gebe Ihnen in Ihrer Analyse völlig recht. Es gab in den letzten Jahren einen Wandel. Selbstverständlich beobachten wir, dass die Verbrachung von bestimmten Grundstücken voranschreitet.

Aber dies macht nur einen Teil des Problems aus, Kollege Rapp. In anderen Bundesländern gab es ähnliche Entwicklungen; dies zeigte sich bereits in den Achtziger- und Neunzigerjahren. In anderen Bundesländern hat man Landschaftserhaltungsverbände oder Landschaftspflegeverbände bereits in den Achtziger- und Neunzigerjahren gegründet. Man hat diese Entwicklung früher erkannt und hat früher darauf reagiert. Man hat also, wie Dante es formuliert hat, angepackt und gehandelt. Das hat die damalige baden-württembergische Landesregierung sehr spät erkannt, und zwar 20 Jahre später als andere Landesregierungen oder Bundesländer.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kostet auch Geld!)

In Baden-Württemberg wurde diese Entwicklung unter den CDU-geführten Landesregierungen lange verschlafen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal auf das Beispiel Ludwigsburg und auf das zu sprechen kommen, was Sie als eigenständige Entscheidung bezeichnen. Ich wende mich insbesondere an die Kollegen Rapp, Gurr-Hirsch, Herrmann und Hollenbach – er ist gerade nicht da – sowie an Herrn Kollegen Epple, von dem ich nicht weiß, ob er bei der entsprechenden Sitzung im Kreistag anwesend war. Ich weiß aber, dass die Kollegen Herrmann und Hollenbach dagegen gestimmt haben. Immerhin hat der Vorsitzende des dortigen Kreisbauernverbands, der auch Kreisrat für die Freien Wähler ist, ausdrücklich dafür geworben.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Auch die Naturschutzverbände haben dafür geworben, ebenso wie der Landrat. Obwohl diese Gemengelage da war, und obwohl offenbar auch im Kreis Ludwigsburg – den ich gerade so gut kenne wie die anderen – ein entsprechendes Bedürfnis besteht, hat die CDU dagegen gestimmt. Das ist – das muss ich hier einfach einmal sagen – sehr enttäuschend. Ludwigsburg liegt daher im Augenblick weit hinten. Die CDU hat hier eine moderne Entwicklung verhindert.

Kollege Rapp, auch Sie sagen – ich zitiere Sie –: „Wir finden es richtig, dass dies flächendeckend eingeführt wird.“ Das Wort „flächendeckend“ heißt dabei nicht etwa, dass der Landkreis Ludwigsburg eine Exklave innerhalb Baden-Württembergs ist, sondern er gehört zu Baden-Württemberg. Es ist deswegen sinnvoll, dass auch in Ludwigsburg die CDU-Abgeordneten irgendwann einmal auf den richtigen Trichter kommen, und es ist zu hoffen, dass sie nach der Kommunalwahl 2014 entsprechenden Anträgen zustimmen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie können doch nicht alles vereinheitlichen!)

– Ich kann gern noch einmal auf Konfuzius verweisen, lieber Kollege Klaus Herrmann, der sagte: „Wer einen Fehler gemacht hat und diesen nicht korrigiert, begeht damit einen zweiten Fehler.“ Nach der Kommunalwahl besteht die Möglichkeit, dass vielleicht sogar die CDU – – Sicherlich wird aus der Mitte des Kreistags, von Grün und Rot, ein zweiter Antrag kommen. Das unterstelle ich. Dann kann man noch einmal darüber debattieren, wie es gelingen kann, diese Lücke, die es im Land noch gibt, zu schließen und damit dort Gutes zu tun – ganz im Sinne des Kollegen Rapp, mit dem ich in der Frage der Bewertung der Landschaftserhaltungsverbände vollumfänglich übereinstimme. Ich stelle hierbei einen breiten Konsens im Landtag fest und hoffe, dass auch im Kreis Ludwigsburg ein solcher Konsens hergestellt wird.

Ich würde mir wünschen, dass die entsprechenden Mitglieder des Landtags die heutige Debatte dorthin mitnehmen und dieses Votum auch im Kreis Ludwigsburg berücksichtigen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Mein Fazit zum Schluss: Wir befinden uns auf einem richtigen Weg. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich für die konstruktive Debatte und für die Unterstützung von allen Fraktionen hier im Haus. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass wir bei dieser Kombination aus Pflichtaufgaben und einer geeigneten Mischung von Landwirtschaft und Naturschutz im Land auch zukünftig vorankommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist einiges vorgetragen worden. Man hat natürlich auch gleich wieder versucht, aus einem Thema im Bereich des Naturschutzes parteipolitisch Gewinn zu schlagen. Das finde ich ein bisschen armselig; denn hier geht es doch eigentlich um etwas ganz anderes.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Aber es war erfrischend und gescheit, dass wahrgenommen wird, dass man mit diesen Landschaftserhaltungsverbänden Ausgewogenheit schaffen kann.

Ich möchte noch einige weitere Gedanken in die Debatte bringen. Eine ganz wichtige Grundlage für diese Verbände ist nun einmal, dass Praktiker mit am Tisch sitzen, und zwar ebenso vonseiten des Naturschutzes wie auch vonseiten der Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Kern der Arbeit dieser Verbände ist es, zunächst einmal gegenseitig Verständnis füreinander aufzubauen, Verständnis für den Gedanken, dass Nutzung auch Pflege ebenso wie Naturschutz heißen kann und dass das Grundprinzip „Schützen durch Nützen“ wertvoll ist und auch sinnvoll umgesetzt werden kann.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das gilt auch für Ludwigsburg! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt macht das doch im Kreistag ab!)

Nun zu den raumbezogenen Themen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierzu möchte ich sagen: Erstens gibt es hierfür den Kreistag, und zweitens haben wir – auch das möchte ich noch anmerken – häufig die Situation, dass es vor Ort hervorragend funktioniert. Dort pflegen Landwirte und Naturschützer ein gutes Miteinander, und zwar auch ohne dass sie in einem Verband organisiert sind. Man braucht also nicht zwangsläufig immer, von oben dirigiert, einen entsprechenden Verband einzurichten. Ich glaube, auch dies gilt es anzuerkennen. Da hat die CDU halt ein etwas anderes Menschenbild.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen nicht vereinheitlichen, sondern wir wollen mithilfe entsprechender Argumente die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Dinge in die gewünschte Richtung gehen können. Wir wollen dazu nicht direkt ins Innenleben eingreifen.

Das ist ein Unterschied zwischen Ihnen und uns, und deswegen gibt es an der einen oder anderen Stelle eben auch noch keinen Landschaftserhaltungsverband.

Man muss in die Betrachtung auch einbeziehen, dass es oftmals auch PLENUM-Gebiete gibt, mit denen ähnliche Aufgabenstellungen erfüllt werden können, und dass manch ein Landwirt sich in der Verpflichtung sieht, nach Möglichkeit den Naturschutz in seiner Praxis so umzusetzen, dass er damit ebenfalls allen Zielsetzungen gerecht wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Dr. Rapp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Rösler?

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Zuhören kann ich, ob ich antworten kann, wird sich zeigen. – Ja, selbstverständlich.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Werter Kollege Rapp, ich habe noch eine Frage. Wenn sich in einem Kreis wie Ludwigsburg auch der Vorsitzende des Kreisbauernverbands

(Zuruf von der CDU: Der Kreistag entscheidet, nicht der Vorsitzende!)

engagiert dafür einsetzt, ist das nicht ein Hinweis darauf, dass es nicht um ein Menschenbild geht, sondern um eine fachliche Debatte, bei der man einiges so und anderes anders sieht?

(Dr. Markus Rösler)

Das hat aber nichts mit einem Menschenbild zu tun. Diese Formulierung von Ihnen geht ein bisschen zu weit.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Die Antwort auf die Frage heißt: Ja.

Sie haben jetzt noch einen Punkt gebracht, und zwar haben Sie gesagt, Sie hätten die entsprechenden gesellschaftlichen Entwicklungen schon vorhergesehen. Da möchte ich zum Abschluss seitens unserer Fraktion herzlich zur „Glaskugelprognose“ gratulieren. Wir sind nicht so weit, dass wir jetzt schon sagen können, was in zehn, 15 oder 20 Jahren die gesellschaftlichen Trends und Entwicklungen sein werden. Wir arbeiten daran und versuchen, die Lösungen mit den Menschen zu finden, damit die Politik ausgewogen und nicht einseitig ist.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion nun der Kollege Winkler? – Nein. Kollege Dr. Bullinger für die FDP/DVP? – Nein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Man sollte nichts erzwingen!)

– Genau, man sollte nichts erzwingen. – Herzlichen Dank. Es liegen dann keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4019

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Herr Minister Stickelberger hat erklärt, auf die mündliche Begründung des Gesetzentwurfs ebenfalls zu verzichten.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4019 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut, so machen wir weiter!)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juni 2013 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: Juni 2013) – Drucksachen 15/3692, 15/4041

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute erstmals einen Finanzplan. Er wurde eingeführt, weil wir folgende Ausgangslage hatten: Unter der CDU-FDP/DVP-geführten Regierung haben wir in den Jahren 2008 und 2009 keine Schulden gemacht. Wir haben die Schuldenbremse mit sofortiger Wirkung in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen. Sie haben 2011 und 2012 noch von der guten Politik profitiert und keine Schulden machen müssen. Sie haben für die Jahre 2013 und 2014 im Haushalt neue Schulden eingeplant und dazu die Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung gestrichen, damit Sie kräftig Geld ausgeben können. Sie haben angekündigt, einen Finanzplan vorzulegen, der aufzeigt, wie man bis zum Jahr 2020 die Nullneuverschuldung erreichen kann – ich sage: wieder erreichen kann.

Aber wenn man sich den Finanzplan anschaut, stellt man fest, dass lediglich die Einnahmen und Ausgaben fortgeschrieben worden sind. Sie schreiben die Steuereinnahmen über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus mit einer Steigerungsrate von 3,2 % fort, die sonstigen Einnahmen ebenfalls mit 3,2 %, mit der Begründung, Letzteres sei das langfristige Mittel der Steigerung bei den sonstigen Einnahmen. Die Personalausgaben schreiben Sie um 1,8 % fort – linear um 1,5 %, strukturell um 0,3 % –, und die sonstigen Ausgaben schreiben Sie ebenfalls im Umfang des langfristigen Mittels fort, nämlich um 3,5 %. Sie schreiben den Länderfinanzausgleich fort, und Sie schreiben den kommunalen Finanzausgleich fort. Interessant ist hierbei, dass Sie auch nach 2017 eine dauerhafte Vorwegentnahme von 300 Millionen € vorsehen, Herr Finanzminister, obwohl Sie den Kommunen gegenüber erklärt haben, die Entnahme gelte nur für die nächsten zwei Jahre. Aber das ist Ihr Problem.

Dann machen Sie einen Strich drunter und stellen fest, 2017 fehlen 2,1 Milliarden €, 2018 1,7 Milliarden €, 2019 und 2020 jeweils 1,8 Milliarden €. Das wollen Sie decken, indem Sie zum einen in den nächsten Jahren neue Schulden aufnehmen und zum anderen ab 2015 mit Steuermehreinnahmen aufgrund von Steuererhöhungen auf Bundesebene rechnen. Obwohl Ihr Ministerpräsident noch letzte Woche, vor der Bundestagswahl, erklärt hat, wenn man die Grünen und die SPD bei der Bundestagswahl wähle, dann brauche man nicht so viel zu kürzen, haben die Bürger am letzten Sonntag der Steuererhöhungspolitik der Grünen eine ganz klare Absage erteilt, und das ist richtig so.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieses Geld fehlt Ihnen also auch.

Auf Seite 14 des Finanzplans heißt es:

> *Zum Zeitpunkt des Regierungswechsels im Mai 2011 lag der haushaltswirtschaftliche Handlungsbedarf der Jahre 2013 bis 2020 noch bei rund 2,5 bis 2,8 Milliarden € jährlich.*

(Klaus Herrmann)

Das ist richtig, aber in dem damaligen Finanzplan steht noch etwas anderes Interessantes drin: Damals hat man nämlich mit Steuereinnahmen von 26,3 Milliarden € im Jahr 2013 und von 27,4 Milliarden € im Jahr 2014 gerechnet. Tatsächlich haben wir aber in diesem Jahr 3,6 Milliarden € Steuereinnahmen mehr, nämlich 29,9 Milliarden €, und im Jahr 2014 3,7 Milliarden € Steuereinnahmen mehr, nämlich 31,1 Milliarden €. Sie haben den Haushalt zunächst einmal aufgebläht. Der letzte von uns vorgelegte Haushalt, der Dritte Nachtrag 2011, beinhaltete Ausgaben von 35,3 Milliarden €. Sie sehen für das Jahr 2013 Ausgaben von 40,7 Milliarden € vor. Sie haben den Haushalt aufgebläht, eine Deckungslücke produziert und beklagen das jetzt wortreich. Das ist Ihre falsche Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie fordern immer, wir sollten Vorschläge zur Haushaltssanierung machen; das war ja heute früh auch schon Thema. Sie haben Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, und die Aufgabe einer Regierung ist es, dass man einen Haushalt vorlegt, der nachhaltig und zukunftsorientiert ist. Das haben Sie nicht getan.

Wenn Sie nun fragen, wie das alles zustande kommt, dann zähle ich Ihnen einmal auf, was wir nicht gemacht hätten, wenn wir weiter regiert hätten: Wir hätten die Verwaltung nicht mit zusätzlichen Stellen aufgebläht wie z. B. im Verkehrsministerium. Wir hätten kein zusätzliches Integrationsministerium geschaffen. Wir hätten keine Gemeinschaftsschule geschaffen, die deutlich üppiger ausgestattet ist als andere Schulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wir hätten keine kostspielige Polizeireform gemacht. Wir hätten nicht die Studiengebühren abgeschafft. Wir hätten keine kommunalen Aufgaben durch das Land mitfinanziert.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Denn das hat dazu geführt, dass in der Summe eine Deckungslücke entstanden ist, die Sie jetzt wortreich beklagen. Jetzt wollen Sie bei den Musikhochschulen streichen, jetzt streichen Sie Leseklassen und anderes – das ist die Wahrheit Ihrer falschen Politik.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Finanzplan, der eigentlich aufzeigen sollte, wie man im Jahr 2020 die Nullneuverschuldung erreicht, ist – ich habe es dargelegt – nur eine Beschreibung der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Er ist eine reine Rechenoperation, die jeder mit einem Taschenrechner hätte nachvollziehen können. Es ist kein Wort darin enthalten, wie die von Ihnen produzierte Deckungslücke in den nächsten Jahren geschlossen werden soll. Der Finanzplan, den Sie hier vorgelegt haben, Herr Minister, ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist. Er ist ein Armutszeugnis und ein Offenbarungseid für das finanzpolitische Versagen dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem lieber Kollege Herrmann! Ich bin schon erstaunt, wie niedrig Sie Ihre Messlatte in der nachhaltigen Finanzpolitik für sich, für die CDU anlegen. Darüber bin ich schon sehr erstaunt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sonst könnten Sie sich nicht in jeder Debatte stolz hier hinstellen und sagen, dass Sie in fast 60 Jahren Regierungszeit in zwei Jahren ohne neue Schulden ausgekommen sind. Das ist wirklich eine super Leistung. Darauf wäre ich wirklich stolz. Bei dieser Messlatte kann man nichts falsch machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nun zum Finanzplan: Fakt ist, dass wir von Ihnen eine strukturelle Deckungslücke von 2,5 Milliarden € geerbt haben. Sie haben es nicht geschafft, die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Natürlich! Zweimal!)

– Zweimal. Das war punktuell.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben gesagt: „nicht geschafft“! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe „strukturell“ gesagt. Es ist ein Riesendilemma, dass Sie nicht verstehen, was strukturell ist, was einmalig ist, was tricksen ist und was punktuell ist. Das haben Sie bisher nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben eine strukturelle Deckungslücke von 2,5 Milliarden € hinterlassen, die geschlossen werden muss. Es gibt eine grundgesetzliche Schuldenbremse, die ab dem Jahr 2020 einzuhalten ist. Diese grün-rote Landesregierung hat von Beginn an gesagt: Jawohl, wir werden es schaffen, und zwar im Dreiklang zwischen Konsolidieren, Sanieren und Investieren. Genau das haben wir gemacht. Wir haben es trotz großer Investitionen im Bildungsbereich innerhalb von knapp zweieinhalb Jahren geschafft, die Deckungslücke um 1 Milliarde € strukturell zu mindern. Das ist eine Leistung, auf die man wirklich stolz sein kann. Das ist nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist damit, dass Sie die Grunderwerbsteuer erhöht haben?)

Dieser Finanzplan ist ein neues Instrument auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in der Finanzplanung. Er zeigt nämlich erstmals, wie die Schuldenbremse zu erreichen ist. Er legt einen Abbaupfad fest, und mit dem Nachtrag werden Orientierungspläne vorgelegt werden, in denen aufgezeigt wird, wie sich die einzelnen Ressorts am Abbaupfad zu beteiligen haben.

Sie haben nichts anderes gefunden, als zu kritisieren, es seien Steuermehreinnahmen in Höhe von 400 Millionen € eingeplant. Ja, wir haben 400 Millionen € aus der Erhöhung des Spitzensteuersatzes eingeplant. Lesen Sie die dpa-Meldung, die gegen 11:00 Uhr veröffentlicht wurde. Darin heißt es, Herr Schäuble schließe Steuererhöhungen nicht grundsätzlich aus.

(Muhterem Aras)

Sie wissen genauso gut wie wir, dass wir gesellschaftliche Themen haben – Ganztagsschule, Inklusion, Energiewende, andere Punkte –, für deren Umsetzung wir nicht umhinkommen, auch für Einnahmeverbesserungen zu sorgen.

Wir müssen beide Seiten beachten. Wir müssen versuchen, die Ausgaben zu reduzieren. Das muss aber sensibel und sinnvoll geschehen. Richtig, wir wollen sparen und konsolidieren, aber wir wollen nicht kaputtsparen. Wir können nicht bestimmte Infrastrukturen kaputtsparen, weil die Landesverwaltung ein Dienstleistungsbetrieb ist. Genau darum geht es. Auf der anderen Seite müssen wir für Einnahmeverbesserungen sorgen.

Sie haben bisher immer nur dagegen geschossen, wenn wir Einnahmeverbesserungen vorgenommen haben, indem wir die Steuerverwaltung verbessert haben, wenn wir in der Steuerverwaltung Stellen geschaffen haben, die dazu beigetragen haben, dass das Steuerrecht wie gesetzlich vorgesehen vollzogen wird, was zu Mehreinnahmen führt. Sie haben dagegen gestimmt. Wir haben Verwaltungsgebühren erhöht; Sie haben dagegen gestimmt.

Wir sparen auch in sensiblen Bereichen. Niemand spart willkürlich, und niemand macht es, um irgendwelche Bevölkerungsgruppen zu ärgern, aber wenn wir einen Rückgang der Schülerzahlen um 20 % haben, dann können Sie nicht fordern, in diesem Bereich nicht zu sparen. Ein Verzicht auf Einsparungen wäre eine Verschwendung von Steuergeldern, und das geht mit Grün-Rot nicht. Es ist gut, dass es den Regierungswechsel gab, dass wir den Weg in die nachhaltige Finanzpolitik gefunden haben und ihn auch konsequent weitergehen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die nachhaltige Finanzpolitik kann man nicht von heute auf morgen erreichen. Sie haben es in 58 Jahren nicht geschafft, und deshalb können Sie nicht erwarten, dass wir das in zweieinhalb Jahren schaffen. Fakt ist, wie ich bereits gesagt habe: Wir haben von diesen 2,5 Milliarden € an strukturellem Defizit über 1 Milliarde € abgebaut. Wir haben also nicht nur einmalige Kosmetik betrieben, wie es bei Ihnen in zwei Jahren der Fall war, sondern wir haben strukturell dazu beigetragen, dass die Lücke um über 1 Milliarde € verringert wurde. Das, was uns in zweieinhalb Jahren gelungen ist, haben Sie in 60 Jahren nicht geschafft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich würde mir wünschen, dass wir den sachlichen Stil der Debatte, den wir im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft haben – und zwar fraktionsübergreifend –, auch einmal im Plenum in öffentlicher Sitzung haben. Ich finde, zur Einhaltung der Schuldenbremse haben wir noch einen harten Weg vor uns, auch wenn wir schon einen wichtigen Schritt auf diesem langen Weg getan haben. Ich appelliere vor allem an die CDU-Kollegen: Sie sind eine Volkspartei und haben auch eine Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

(Zurufe von der CDU)

Sie können sich nicht zurücklehnen, bei Einnahmeverbesserungen und Sparmaßnahmen dagegen schießen und gleichzeitig immer wieder fordern, wir sollten die Schuldenbremse früher erreichen. Sie als Volkspartei und als größte Fraktion hier im Landtag müssen sich Ihrer Verantwortung bewusst werden und sich dieser Verantwortung stellen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie müssen sich gemeinsam mit uns auf den Weg machen, diese Herausforderung anzunehmen, damit wir die Schuldenbremse auf diesem Weg bis zum Jahr 2020 gemeinsam hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Hätten Sie keine Mehrausgaben gemacht, wäre das alles nicht nötig gewesen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach § 18 der Landeshaushaltsordnung muss der Landtag einen Finanzplan 2020 vorgelegt bekommen, der aufzeigt, wie man die Nullneuverschuldung bis zum Wirksamwerden der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse erreicht. Dieser Finanzplan liegt rechtzeitig vor. Es handelt sich um ein neues Instrument. Bei aller Kritik ist es doch Tatsache: Das hat die alte Landesregierung nie geschafft. Der Finanzplan 2020 weist den Weg zu einer dauerhaften Nullneuverschuldung. Er zeigt, wie die Neuverschuldung bis einschließlich 2019 in gleichmäßigen Schritten – das ist ein wichtiger Inhalt – sinken muss, um dieses Ziel zu erreichen.

Lieber Kollege Herrmann, zu viel Schaum vor dem Mund trübt den Blick auf die Sache. Der Finanzplan verdeutlicht, wie die Neuverschuldung strukturell und nachhaltig abgebaut wird.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wo denn?)

Das ist ein schwieriges Geschäft. Das ist schwieriger als die Schritte zur Nullnettoneuverschuldung in der Vergangenheit. Diese wurde in den Jahren 2008 und 2009 erreicht – ganz klar –, aber damals gab es Einmaleffekte, Steuermehreinnahmen und Rücklageentnahmen. Das gelang auch der neuen Landesregierung 2011 und 2012 und gelingt kassenmäßig bis zum heutigen Tag. Wir haben aber die strukturelle Seite noch nicht im Griff.

Der Finanzplan 2020 ist ein tolles Instrument zur Information. Sie können darin die Abbauschritte sehen. Sie können auch sehen, dass wir hier noch große Sparvorgaben erfüllen müssen. Er enthält eine Menge Informationen wie beispielsweise die neu prognostizierten Steuereinnahmen, die Personalausgaben nach den Tarifabschlüssen, die bisherigen strukturellen Sparmaßnahmen, die bis zum Jahr 2020 immerhin schon die Größenordnung von 1 Milliarde € ausmachen, die Auswirkungen der Stellenabbauprogramme, Mischfinanzierungen, den Fonds „Aufbauhilfe“ für den Hochwasserschutz, Schuldendienst, Sachausgaben. Er verdeutlicht vor allem auch eines: Wir geben viel Geld in die Rücklagen, in die Versorgungsrücklage und in den Versorgungsfonds. Über die ganze Zeit bis zum Jahr 2020 sind das immerhin 4,5 Milliarden €. Wir machen also nicht nur Schulden, sondern wir sorgen auch für die Zukunft vor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Klaus Maier)

Ich muss natürlich auch dem immer wieder geäußerten Vorwurf der Aufblähung der Haushalte – er wird vom nächsten Redner, dem Sprecher der FDP/DVP, sicher wieder erhoben werden – entgegentreten. Wenn in Zyklen mit hohen Steuereinnahmen die Gesamteinnahmen steigen, dann steigen auf der anderen Seite durch unsere Verbünde – Umlagen, Länderfinanzausgleich, kommunale Umlagen – natürlich auch die Ausgaben. Das weiß jeder Kämmerer. Das sehen wir auch hier abgebildet. Die Ausgaben, die sich die neue Regierung hier geleistet hat, gelten im Kern der Kleinkindbetreuung. Dafür haben wir die Grunderwerbsteuer erhöht. Dazu stehen wir, und das ist nachhaltig, gut und richtig finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stark kritisiert wurde immer der Ansatz von 400 Millionen € an Steuermehreinnahmen. Wir gehen davon aus, dass es zu Steuermehreinnahmen kommen wird. Diese könnten z. B. durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes erzielt werden. Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl muss man wohl sagen, dass dieser Ansatz von 400 Millionen € eine politische Aussage ist, nämlich die Aussage, dass wir ohne diese zusätzlichen Einnahmen die Schuldenbremse nicht einhalten können.

Die weitere Entwicklung ist offen. Heute Morgen haben wir im Radio von Herrn Laschet gehört, er schließe Steuererhöhungen nicht aus.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Das haben wir von Herr Schäuble auch gehört! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Schäuble sagt etwas Ähnliches. – In den Zeitungen kann man es verschiedentlich schon lesen. Die Koalitionsverhandlungen – egal, wer mit wem – werden den Weg weisen: Entweder kommt eine „begrenzte Steuererhöhung“ – ich zitiere hier die „Stuttgarter Zeitung“ –, oder die Mehrwertsteuer wird anders verteilt, oder es kommt durch die CSU zu der von Herrn Seehofer vorgeschlagenen Maut. Wir werden also mit Mehreinnahmen rechnen können.

Diese Zahl von 400 Millionen € halte ich in diesem Finanzplan für besonders wichtig. Sie ist nämlich eine finanzpolitische Bedarfsmeldung an den Bund, wie sie von der Opposition – lieber Herr Mack, Sie fordern beim Straßenbau immer, dass wir Bedarfe melden sollen – immer wieder gefordert wird. Wir stellen hier mit unserem Finanzplan 2020 eine entsprechende Forderung auf.

Konkrete Vorschläge, wie man den Abbaupfad einhält, werden geliefert. Die Ministerien erhalten Orientierungspläne, die die Aufstellung künftiger Haushalte maßgeblich beeinflussen werden. Der Finanzplan 2020 und die Umsetzung seiner Sparvorlagen ist aber eine Daueraufgabe. Bereits mit dem Zweiten Nachtrag zum Haushalt 2013/2014, der Ende des Jahres kommt, wird dieses Werk aktualisiert. Die Orientierungspläne präzisieren dann die Umsetzung des Finanzplans auf Ministeriumsebene. Die Regierung arbeitet sehr systematisch daran – KHV ist nur ein Stichwort –, dass man diesen Plan so wie aufgestellt Punkt für Punkt umsetzen kann. Ich muss aber sagen und will es auch nicht verschweigen, dass bis zur Nullnettoneuverschuldung noch viele und schwierige Sparanstrengungen nötig sind.

Wenn die Opposition nun meint, wir müssten die Nullnettoneuverschuldung schneller erreichen, z. B. schon 2016, dann erwarten wir konstruktive und seriöse Vorschläge. Sie können bei den Haushaltsberatungen zeigen, wie Sie diese Deckungslücke schließen wollen.

Die Regierung hat gehandelt. Mit den bisher ergriffenen Maßnahmen gelingt es, bis 2020 strukturell etwa 1 Milliarde € einzusparen. Damit sind erste Weichen gestellt. Wir sind auf einem guten Weg; der politische Rahmen steht. Erfreulich ist, dass wir mit der neuen Landesregierung von Baden-Württemberg bis zum heutigen Tag keine Schulden aufgenommen haben. Standard & Poor’s bewertet die Finanzpolitik des Landes mit AAA. Die SPD dankt der Regierung für diese Arbeit und nimmt zustimmend Kenntnis.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Finanzplan 2020 hat die Landesregierung die Verpflichtung der Landeshaushaltsordnung, jährlich einen Bericht zum Umgang mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und den sie ergänzenden einfachgesetzlichen landesrechtlichen Regelungen vorzulegen, formal erfüllt. Wir sind auch froh, dass Sie an dieser Stelle die Landeshaushaltsordnung nicht abgeschafft haben. Inhaltlich aber ist dieser Plan ein mehrfaches Nichts.

Neben der wolkigen Ankündigung, man werde mit dem Zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 2013/2014 eine weiter gegliederte Finanzplanung vorlegen, aus der hervorgeht, wie die Einzelpläne am Abbaupfad partizipieren – die sogenannte Orientierungsplanung –, offenbart der Finanzplan durch die Einstellung dieser fiktiven 400 Millionen € Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen auf Bundesebene ein weiteres Mal die völlige Ratlosigkeit der Landesregierung in der Frage, wie sie ihre Aufgaben ohne die von Grün und Rot angestrebten Steuererhöhungen auf Bundesebene erfüllen könne.

Wenn die Redner von SPD und Grünen jetzt darauf hoffen, sozusagen als Eintrittsgeschenk einer schwarz-roten oder schwarzgrünen Bundesregierung nun diese Steuererhöhungen zu bekommen, die Frau Merkel, Herr Seehofer und Herr Schäuble im Wahlkampf mehrfach und sehr nachdrücklich abgelehnt haben,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau, im Wahlkampf!)

dann kann ich die Kollegen von der Union nur davor warnen, jetzt diese Steuererhöhungen plötzlich doch vorzunehmen. Das wäre nämlich der Bruch eines Wahlversprechens; das muss man an dieser Stelle sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die grün-rote Mehrheit des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft empfand den Finanzplan 2020 in der vergangenen Woche noch als zukunftweisendes Konzept.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ist es auch!)

Jetzt aber ist das Scheitern offenkundig, es sei denn, es würde in Berlin entweder ein Wahlversprechen gebrochen oder, entgegen allen Bekundungen, an der Installation eines rot-rot-grünen Bündnisses oder rot-rot-grünen Tolerierungsbündnisses gearbeitet. Man wird sehen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nimmt man aber den Ministerpräsidenten ernst, der die grünen Steuerbeschlüsse am Sonntag nach Art und Ausmaß als weit überzogen kritisiert hat – und damit ja wohl auch die Steuerbeschlüsse der Sozialdemokraten gleich mit –, dann müssten Sie diese Drucksache heute zurückziehen und für die nächste oder übernächste Plenarsitzung eine neue Vorlage ankündigen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie haben gar nichts kapiert!)

Sie müssen auch von dem Versuch Abstand nehmen, die Öffentlichkeit glauben zu machen, dass es dauerhafte Haushaltskonsolidierung ohne Erhöhung der Erbschaftsteuersätze, ohne Wiedereinführung der Vermögensteuer und ohne höhere Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer nicht geben könne.

Sie müssen jetzt ganz einfach einmal Ihre Hausaufgaben machen; denn es ist und bleibt die Aufgabe der Landesregierung, ein in sich stimmiges Konsolidierungskonzept vorzulegen, das auf Grundlage einer umfassenden Aufgabenkritik, die hier völlig zu vermissen ist, eine Begrenzung der Personalausgaben ebenso enthält wie die Einsparung bei den Sachausgaben. Dem ist diese Regierung nicht einmal im Ansatz nachgekommen. Diese Aufgabe kann die Opposition auch nicht leisten. Dazu hat sie auch gar keinen Anlass; denn all das, was Ihnen von Union oder FDP/DVP vorgelegt wurde, haben Sie – sei es aus angeblicher Überzeugung oder unter irgendeinem Vorwand – immer abgelehnt.

Meine Damen und Herren, zu den Alternativen: Wenn es gelingen würde, die Steigerungen der Personalausgaben niedriger zu halten als im Finanzplan 2020 kalkuliert, könnten sich Spielräume ergeben. Wenn die Gesamtsteigerungsrate der Personalausgaben bei etwa 1,8 % per annum gehalten werden könnte, würden sich bei ansonsten gleichen Rahmenbedingungen und beim Vollzug des Haushaltsbegleitgesetzes um knapp 1 Milliarde € niedrigere Personalausgaben bis 2020 ergeben.

Eine weitere Alternative wären strukturelle Eingriffe im Bereich von Besoldung und Versorgung, die aber stets die relativ eng gezogenen verfassungsrechtlichen Grenzen beachten müssten.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sind Sie auf einmal dafür?)

– Nein. Ich sage Ihnen nur, welche Alternativen Sie haben. Aber diese Alternativen müssten Sie einmal aufzeigen, statt sich nur darum herumzudrücken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen haben Sie die Alternative, bei den Sachausgaben mehr einzusparen. Höhere Einsparungen sind hier prinzipiell möglich. Aber dazu wäre es eben einmal notwendig, zu einer konsequenten und klaren Aufgabenkritik zu kommen. Auch darum drücken Sie sich herum. Sie drücken sich um alle konkreten Schritte und konkreten Alternativen, die man aufzeigen könnte, um zur Haushaltskonsolidierung zu kommen. Konkret sind Sie immer nur dort, wo es um Ausgaben geht. Das Einzige, was Ihnen wirklich zur Konsolidierung einfällt, sind Steuererhöhungen.

Noch ein Wort zu Ihrer angeblichen Einsparung von 1 Milliarde €, Herr Finanzminister: Es ist schon ein eigenartiges Wolkenkuckucksheim, das Sie sich da gezimmert haben. Zum einen knöpfen Sie den Kommunen 340 Millionen € ab. Das will ich der Sache nach gar nicht kritisieren; wir hätten das auch getan. Aber wir wären niemals auf die Idee gekommen, es als Einsparung zu verkaufen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dasselbe gilt auch für die jährliche Abführung der Landesbank Baden-Württemberg. Es ist sicherlich sinnvoll und richtig, diese Abführung als Teileigner in den Haushalt zu überführen. Aber das der Bevölkerung als Einsparung zu verkaufen grenzt an Volksverdummung.

Kommen Sie zu einer konkreten Sparpolitik in diesem Land, und täuschen Sie nicht die Öffentlichkeit mit einer angeblichen Einsparung von 1 Milliarde €, die nicht einmal auf dem Papier steht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer den Landeshaushalt in Ordnung bringen will, schafft das nicht mit großen Ankündigungen, mit markigen Worten, sondern nur mit vielen kleinen Schritten. Nur viele und vor allem konkrete Schritte bringen uns dem Ziel der schwarzen Null näher.

Der Weg dahin ist weit, steinig und schwer. Das wussten wir spätestens seit dem Kassensturz, den wir zu Beginn dieser Legislaturperiode durchgeführt haben und der

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die Erblasten der schwarz-gelben Regierung schonungslos zutage gefördert hat.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ein riesiger Schuldenberg, ein immenser Sanierungsstau, ungedeckte Pensionslasten in Milliardenhöhe und die jährliche strukturelle Lücke von rund 2,5 Milliarden €: Das war schwarz-gelbe Haushaltspolitk. Diesem Irrweg

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

haben wir, die neue Landesregierung, ein für alle Mal den Garaus bereitet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Natürlich kann man eine solche Lücke, ein solches strukturelles Defizit nicht von heute auf morgen schließen. Doch wir haben mit unserer Strategie der kleinen Schritte schon Großes bewirkt. Denn wir haben, Stand heute, mehr als 1 Milliarde € an strukturellen Einsparungen mit Wirkung 2020 beschlossen. Dies, meine Damen und Herren, ist ein großer, ein gemeinsamer Erfolg dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir gehen diesen Weg entschlossen weiter. Wir werden mit dem anstehenden Nachtrag weitere strukturelle Konsolidierungsbeiträge beschließen. Wir haben dem Landtag im Juni mit dem Finanzplan einen klaren Fahrplan in eine Zukunft ohne Schulden vorgelegt.

Warum ist dieser Finanzplan so wichtig? Ganz einfach: Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse macht längere Steuerungszeiträume notwendig. Deshalb haben wir im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen nicht nur den fünfjährigen Planungszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung im Blick, sondern wir denken darüber hinaus. Unser Finanzplan umfasst die ganze Strecke bis 2020. Dass wir damit nicht ganz falsch liegen können, zeigt sich auch daran, dass mit ganz wenigen Ausnahmen alle Bundesländer ähnlich vorgehen.

Es geht dabei auch um ganz entscheidende Fragen: Bleibt dieses Land handlungsfähig? Haben unsere Kinder in Zukunft noch die Möglichkeit, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen? Können wir das erhalten, was unser Land stark gemacht hat?

Die Verschuldungspolitik von Schwarz-Gelb hat all dies gefährdet. Wir hingegen haben einen klaren Fahrplan hin zur Null. Wir wollen damit dafür sorgen, dass wir aus voller Überzeugung sagen können: Dieses Land hat Zukunft, das Beste liegt noch vor uns.

Wir folgen dabei weiter unserer Strategie der kleinen Schritte. Dazu gehören Verbesserungen auf der Einnahmeseite genauso wie Einsparungen auf der Ausgabenseite. Deshalb ist diese 1 Milliarde € – Herr Dr. Rülke, da haben Sie völlig recht – auch daraus gespeist, dass wir Einnahmen verbessern, beispielsweise durch die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge und durch Einnahmen an anderer Stelle.

Wir haben aber auch bei den Ausgaben angesetzt. Sie haben das in den letzten zwei Jahren hören und diskutieren können. Ich denke an die Einschnitte bei der Beihilfe oder auch an die befristete Absenkung der Eingangsbesoldung. Das alles waren keine einfachen Maßnahmen, bei denen wir allein dastanden. Als es dabei konkret wurde, haben Sie von CDU und FDP/DVP sich in die Büsche geschlagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Wenn man dann einmal, lieber Kollege Herrmann, Ihre Rechnung aufmacht, stellt man fest, dass Sie etwas ganz Wesentliches übersehen. Es ist richtig: Die Einnahmen sind gestiegen, und zwar stärker als in der letzten mittelfristigen Finanzplanung, die Schwarz-Gelb vorgelegt hat, veranschlagt war. Aber die Ausgaben sind auch stark gestiegen,

(Zurufe von der CDU)

und zwar nicht, Herr Herrmann, weil wir ein Integrationsministerium eingeführt haben. Der Anteil der Ausgaben, der auf das Integrationsministerium entfällt, ist sehr gering.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber auch!)

Die gestiegenen Ausgaben gehen hauptsächlich auf Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich und im Länderfinanzausgleich zurück, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind. Das können Sie nicht ändern, und wir wollen es jedenfalls auch nicht ändern.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Wenn Sie diesen Zuwachs der Ausgaben infrage stellen, dann stellen Sie den kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg infrage. Wir stellen ihn nicht infrage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Wir sehen genauso wie Sie die Notwendigkeit, den Länderfinanzausgleich zu ändern. Aber das kann man nicht mit einem Federstrich machen. Da kann man nicht einfach im Landeshaushalt Milliardensummen zusammenstreichen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Vielmehr geht das nur auf dem Verhandlungsweg – mit einer neuen Mehrheit.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das heißt, Sie und wir können das nicht einseitig im Landeshaushalt einstellen. Wir sind verpflichtet, Recht und Gesetz und die deutsche Verfassungsordnung einzuhalten. Ich hoffe, Sie erinnern sich auch in der Opposition noch daran.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann komme ich einmal zu den Einnahmen. Konsolidierung geht nur auch über die Einnahmeseite, nicht ausschließlich über die Ausgabenseite. Einnahme- und Ausgabenseite des Haushalts müssen gemeinsam in den Blick genommen werden.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist es unvermeidlich und unverzichtbar, dass wir die Einnahmen des Landeshaushalts erhöhen. Wir haben deshalb bewusst die Verbesserung aus einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer in den Finanzplan 2020 eingestellt – nicht die Vermögensteuer oder eine Veränderung bei der Erbschaftsteuer.

Und, oh Wunder, nach der Bundestagswahl kommt die Ernüchterung in den Reihen der CDU. Noch bevor überhaupt Koalitionsgespräche aufgenommen werden, kommt Herr Laschet und sagt: „Natürlich, Steuererhöhungen sind nicht ausgeschlossen“, und Herr Kollege Schäuble sagt das auch schon.

Ich sage: Willkommen im Klub! Ich freue mich, dass man schon, bevor man überhaupt an Koalitionsgespräche denkt, lauter Steuererhöhungen serviert bekommt. So kann es ruhig

(Minister Dr. Nils Schmid)

weitergehen. Dann werden wir richtig viel Geld für den Landeshaushalt – wahrscheinlich mehr als 400 Millionen € – mobilisieren können, wenn es denn je zum Schwur kommt.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Ich sage Ihnen eines: Diese Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist unverzichtbar für die Länderhaushalte. Kein Bundesland – mit Ausnahme vielleicht von Bayern – kann darauf verzichten. Selbst CDU-regierte Bundesländer wie das Saarland, aber auch Sachsen-Anhalt, haben schon gesagt, sie wollten eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir werden, egal, wie die Regierungsbildung im Bund ausgeht, egal, ob die SPD oder die Grünen an der Regierung beteiligt sind, diese Verbesserung, die wir im Finanzplan unterstellt haben, auch real bekommen. Das ist kein Wolkenkuckucksheim. Das sind ganz realistische Annahmen.

Ich sage einmal etwas scherzhaft: 2005 hat die SPD vor der Wahl versprochen, keine Steuern zu erhöhen. Danach hat man mehr als die zwei Prozentpunkte bekommen, die die CDU angekündigt hat. Wenn es jetzt umgekehrt liefe, dass die CDU vor der Wahl sagt: „Keine Steuererhöhung“ und man danach mehr bekommt, als die SPD angekündigt hat, können wir den Haushalt hier im Land sehr gelassen betrachten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das heißt, Sie wollen eine Große Koalition!)

Dieses Thema steht auf der Tagesordnung – für jede Regierungsbildung nach dieser Bundestagswahl. Das war aus meiner Sicht schon vor der Wahl absehbar. Der Wahlausgang bestätigt uns das. Denn die einzige Kraft, die das blockiert hat, war die FDP, und die ist verdientermaßen nicht mehr im Bundestag vertreten.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Wer sich dieser Verantwortung für die Verbesserung auf der Einnahmeseite verweigert, schädigt massiv die Interessen Baden-Württembergs. Deshalb fordere ich insbesondere die CDU auf, hier zur Einsicht zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir werden diese Einnahmeverbesserung gemeinsam im Bundestag und im Bundesrat beschließen. Da bin ich ganz zuversichtlich.

Wir, die Landesregierung, werden den Weg der Konsolidierung konsequent weitergehen, Schritt für Schritt, Euro für Euro. Ein wichtiger Baustein ist dieser Finanzplan. Ein weiterer Baustein wird die Vorlage der Orientierungspläne im Zuge des Zweiten Nachtrags sein.

Damit folgen wir weiter unserer Strategie der kleinen Schritte, konkret, habhaft, Jahr für Jahr nachvollziehbar, ablesbar in der Nullneuverschuldung 2011, ablesbar in der Nullneuverschuldung 2012, ablesbar daran, dass wir im Unterschied zur schwarz-gelben Bundesregierung 2011, 2012 und bis heute keine neuen Schulden gemacht haben.

Deshalb lade ich alle hier im Haus ein, diesen Weg gemeinsam mitzugehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4041. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/3692, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/3703, 15/3748

Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Frau Präsidentin!)

– Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Keinen Blick mehr für Frauen!)

Europa bleibt das entscheidende Zukunftsthema. Gerade der vergangene Sonntag hat gezeigt, wie wichtig und bedeutend das Thema Europa ist. Die Wahl hat vor allem den Kurs der Bundeskanzlerin in der Europapolitik bestätigt und damit begleitet. Ich glaube, dass das, was wir am Sonntag erlebt haben, ein wichtiges Zeichen für Europa war.

(Beifall bei der CDU)

Europa ist auch das große Friedensprojekt. Vor wenigen Monaten konnten wir Kroatien als neuen Mitgliedsstaat der Europäischen Union begrüßen. Lange Verhandlungen sind vorausgegangen. Wir haben für Baden-Württemberg den Beitrittsprozess für Kroatien immer aktiv begleitet – Stichwort Donauraumstrategie, Stichworte Gemischte Kommission und Zusammenarbeit. Nirgendwo in Deutschland leben so viele Kroaten wie in Baden-Württemberg.

Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt mit Realismus, aber auch mit Zuversicht vorankommen. Das hat sich auch in dem Ziel, das Angela Merkel ausgegeben hat, nämlich wieder Vertrauen in Europa zurückzugewinnen, gezeigt. Ich denke, darauf wird es ankommen. Das wurde unterstützt.

Wir müssen auch weiterhin den Weg der Reformen, der Konsolidierung und der sinnvollen Regulierung gehen. Dazu gehört – wie heute in den Zeitungen zu lesen ist – die Bankenunion. Die europäische Bankenaufsicht ist jetzt vorangekommen. Sie ist auf große systemrelevante Banken konzentriert. Damit wird eine Überforderung der Europäischen Zentralbank

vermieden. Vor allem bleibt es bei einer passgenauen Aufsicht für die regionalen Institute, Stichwort Sparkassen und Volksbanken. Das begrüßen wir. Dafür haben wir uns eingesetzt. Das halten wir für richtig.

Meine Damen und Herren, es gilt jetzt auch, einheitliche Regelungen für die Abwicklung zu entwickeln. Wir sagen: Weitreichende Gläubigerbeteiligung muss Vorrang haben. Das ist auch Konsens. Da gibt es zwischen den Parteien, auch in diesem Haus, keinen Dissens.

Meine Damen und Herren, wir wollen vor allem, dass auf den ESM nur als Ultima Ratio, nur im äußersten Ausnahmefall, zurückgegriffen wird. Wir wollen, dass die bestehenden Einlagensicherungssysteme unangetastet bleiben. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt, auch im Sinne von Volksbanken, Sparkassen etc. Bei der Bankenabwicklung muss gelten: Haftung und Risiko müssen in einer Hand bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das muss vor allem auch weiterhin zwischen den Staaten gelten. Ich will hinzufügen, meine Damen und Herren: Der vergangene Sonntag hat auch gezeigt, dass das deutsche Volk eine uferlose Haftung des deutschen Steuerzahlers und Eurobonds ablehnt. Das sollten wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen in Europa keine Politik machen, die viele Staaten gerade in den Abgrund reißt. Nur über eine konsequente Reformagenda führt der Weg aus der Krise.

Damit komme ich auch zu Baden-Württemberg. Wir haben vorhin das Thema Finanzen behandelt. Wir empfehlen – wie auch die Europäische Kommission empfohlen hat –, dass die Schuldenbremse des Fiskalpakts auch in den deutschen Ländern rechtlich verbindlich werden muss. Bayern hat das bereits umgesetzt. In Bayern hat dies Verfassungsrang. Deshalb sagen wir: Das müssen wir auch in Baden-Württemberg durchbringen und dementsprechend handeln. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Darum machen wir den Vorschlag, die Schuldenbremse auch in der baden-württembergischen Verfassung zu verankern, weil wir nur so den Fiskalpakt glaubwürdig verwirklichen können. Dies ist ein Weckruf. Ich denke, das Hohe Haus sollte dies mit den Mehrheiten berücksichtigen.

Probleme können in Europa nicht durch mehr Geld gelöst werden. Deshalb begrüßen wir den Kompromiss des Finanzrahmens 2014 bis 2020. Wir wollen, dass die Abgabe bei 1 % des BIP gedeckelt bleibt. Denn mehr Geld nach Europa zu geben bringt nicht mehr Geld nach Deutschland. Im Gegenteil, jeder Euro, der nach Europa überwiesen wird, bringt maximal 25 Cent zurück. Deshalb sagen wir: Kofinanzierung muss sein. Das ist aber die Aufgabe des Landes, die Aufgabe von Deutschland. Wir können dies aber nicht umsetzen vor dem Hintergrund der Überlegung: Mehr Geld nach Europa, sodass nur noch ein Viertel davon zurückkommt. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb begrüßen wir die Deckelung des Abgaberahmens in Höhe von 1 %. Darum, meine Damen und Herren, geht es auch im aktuellen Europabericht. Wir fordern, dass die strukturschwachen Gebiete im Land weiter gefördert werden. Bayern ist auch hier sehr gut vorangegangen. Dort werden 60 % der EFRE-Mittel für Regionen mit besonderem Handlungsbedarf reserviert. Das ist bei uns derzeit nicht der Fall. Im Gegenteil, hier besteht noch ein Dissens zwischen Herrn Bonde und Herrn Friedrich. Vielleicht ist er inzwischen aufgelöst; dann werden Sie es uns sagen können. Wir sagen: Die dezentralen Strukturen machten immer die Stärke des Landes aus. Das ist der Vorteil Baden-Württembergs. Deshalb müssen wir auch die ländlichen Räume stärken. Deshalb halten wir es für richtig, auch strukturschwache Räume zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ebenso müssen wir uns bei der Forschungsförderung erfolgreich beteiligen. Baden-Württemberg war hier immer spitze. Wir bleiben Spitzenreiter, wenn wir uns auch in der Forschungsförderung erfolgreich an europäischen Programmen beteiligen.

Deshalb, meine Damen und Herren: Europa ist unsere Zukunft. Es wird in den nächsten Monaten ein besonderes Thema sein, auch im Hinblick auf Mai 2014. Ich glaube deshalb, es verbindet uns vieles, aber es gibt auch Skepsis. Das haben auch die letzten Monate gezeigt. Deshalb müssen wir alles tun, um die Akzeptanz für die längste Friedenszeit der modernen Geschichte und das größte Friedenswerk, nämlich für Europa, zu unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr schön!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Frey das Wort.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Bericht des Europaministers macht zwei Punkte deutlich: Baden-Württemberg ist mitten in Europa verankert, und Baden-Württemberg nimmt in Europa Verantwortung wahr. Letzteres kann man von Frau Merkel und jetzt auch von Ihnen, Herr Reinhart, nicht behaupten.

(Lachen bei der CDU)

Sie sagen zwar: In Europa geht es nicht nur um das Geld. Im nächsten Satz stellen Sie aber die Rechnung auf, wie wenig Geld wieder nach Baden-Württemberg zurückkommt. Mit dieser Rechnung bringen wir Europa nicht voran. Wir müssen einen gesamteuropäischen Blick haben, wie Europa insgesamt vorankommt, und keine nationalen Tendenzen unterstützen.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Vielleicht hätten Sie auch die Wahlergebnisse der AfD genauer anschauen und erklären sollen, wie diese Prozentzahlen zustande kommen. Das sind auch Reaktionen auf die Europapolitik der Bundesregierung, die in Deutschland anderes vorgibt, als sie in Brüssel vertritt.

(Vereinzelt Beifall)

(Josef Frey)

Beim letzten Gipfel hat nämlich die Kanzlerin in einer Nacht- und Nebelaktion telefonisch die Position zur CO_2-Minderung revidiert, und die mühsam erarbeiteten Kompromisse in Brüssel landeten alle im Papierkorb, nur weil sich die Autolobby bei Frau Merkel durchgesetzt hatte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Darf ich das bei Audi in Neckarsulm zitieren?)

Ein weiteres Beispiel: In Deutschland setzt sich die Union für eine Bankenunion ein, und in Brüssel verweigert jetzt Minister Schäuble den versprochenen und notwendigen Schritt einer Bankenabwicklung. Plötzlich vertritt er die Meinung, wir brauchten die Anpassung europäischer Verträge, was zuvor kein Thema war. Damit gerät dieses wichtige Kriseninstrument ins Wanken.

Am 18. September 2013 kündigte die Kanzlerin im „Handelsblatt“ an, dass in Sachen Europa innerhalb der Union ein Kurswechsel anstehe. Es gehe weg von „mehr Europa“, hin zu „so viel Europa wie nur irgendwie nötig“. Die Bundeskanzlerin distanziert sich damit von Schritten, die mit dem Vertrag von Lissabon eingeleitet wurden, die für die Demokratisierung der Europäischen Union von Bedeutung sind. Wir, die Grünen, wollen so viel Europa wie möglich, weil dies den Frieden in Europa sichert. Wenn wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen schöpfen, dann müssen mehr Transparenz und die Bankenregulierung mit der Finanztransaktionssteuer endlich auf den Weg gebracht werden, statt diesen Prozess zu verzögern. Wir brauchen eine Regierung, die einen klaren Kurs hält in Richtung europäische Integration und Weiterentwicklung der Europäischen Union.

Sie haben vorhin den Bericht der Europäischen Kommission angeführt. Daraus hätten Sie aber auch noch mehr zitieren können, nämlich dass überfällige Strukturreformen von der EU-Kommission vorgeschlagen werden, ebenso die Abschaffung des Ehegattensplittings und des Betreuungsgelds.

Auch die Empfehlung der EU-Kommission, den Niedriglohnsektor abzubauen, der bei uns 22,2 % der Beschäftigten betrifft, wurde seit Jahren ignoriert. Deutschland liegt hier nach Auskunft der Hans-Böckler-Stiftung an der Spitze der EU.

Zuletzt hat sich die Bundesregierung aus ihrer Sicht erfolgreich bei den Kürzungen am mehrjährigen Finanzrahmen betätigt, aber sie hat völlig offengelassen, wie die Mitgliedsstaaten – das geht bis hin zu den Bundesländern – diese Kürzungen kompensieren sollen. Dieses einseitig aufs Sparen ausgerichtete politische Tun der Bundesregierung ist auch mitverantwortlich für die Spannungen in Spanien, Portugal und Griechenland. Die sozialen Spannungen und die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern sind Zeitbomben, die dringend entschärft werden müssen. Hierzu müssen wir dringend Wachstumsimpulse setzen, die vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien liegen können.

(Zuruf: Ja, genau!)

Gerade Griechenland, Spanien und Portugal haben überdurchschnittlich hohe Erdöl- und Erdgasausgaben, die bis zu 80 % der Energieausgaben ausmachen. Diese Ausgaben belasten die Staatshaushalte und die Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern. Aber diese Ausgaben könnten gesenkt werden durch den Einsatz von Solaranlagen und Windrädern, die zumindest zum Teil in diesen Ländern gebaut werden sollen. Hier würden wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Staatsausgaben mindern und Arbeitsplätze schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Baden-Württemberg nimmt seine europäische Verantwortung auf vielfältige Weise wahr. Sie können das im Bericht der Landesregierung nachlesen, Herr Reinhart.

Die Donauraumstrategie wird von der Europäischen Kommission ausdrücklich gelobt. Von den konkreten Maßnahmen, die hier unternommen werden, habe ich mir beispielhaft vor Ort in Novi Sad selbst ein Bild gemacht und halte dies für einen wichtigen Beitrag zu europäischer Integrationsarbeit.

Doch genauso wie bei der Türkei sehen wir bei Serbien kritische Punkte und Verbesserungsbedarf, bis ein Beitritt erfolgen kann. Aber dafür müssen wir miteinander reden. Wir wenden uns entschieden gegen die Absicht der CDU, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubrechen. Das Beispiel, dass unlängst der Vertrag zwischen dem Kosovo und Serbien auf Druck der EU abgeschlossen wurde, zeigt, dass die EU hier wirklich Friedenssicherung betreiben und europäische Integration vorantreiben kann.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird auch positiv dargestellt. Das erleben wir täglich im Oberrheingebiet. Wir stellen hier dieser zaudernden Europapolitik der Kanzlerin das ganz konkrete Bild entgegen, wie wir das hier im Land Baden-Württemberg anders betreiben.

Schließlich wurde die Bundesregierung vom höchsten deutschen Gericht korrigiert, damit das Parlament und die Länder in Deutschland wieder in grundgesetzkonformer Weise bei europäischen Entscheidungen eingebunden werden. Die vielen bilateralen Verträge zwischen Regierungen ohne Mitwirkung des Europäischen Parlaments und ohne Mitwirkung des Bundesrats verstoßen gegen unser Verständnis von Demokratie und verstoßen auch gegen unsere Verfassung. Wir sind froh, dass wir in Baden-Württemberg diese Abläufe demokratischer gestalten, und fühlen uns ausgesprochen gut informiert von unserer Landesregierung und von unserem Minister.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Haller-Haid das Wort.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute wird ja immer wieder gesagt, die Bundestagswahlen seien vorbei. Aber bekanntlich ist nach der Wahl vor der Wahl. In neun Monaten sind Europawahlen. Spätestens dann können wir das Thema Europa nicht mehr so verdrängen, wie das im vergangenen Wahlkampf passiert ist. Da wurde vor allem auch von der Bundeskanzlerin das Thema Europa immer wieder ausgeklammert. Das hat dazu geführt, dass eine europaskeptische oder – so kann man auch sagen – Europa ablehnende Partei beinahe ins Parlament gespült worden wäre.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Da machen Sie es sich aber einfach!)

(Rita Haller-Haid)

Die AfD hat es verstanden, Vorurteile zu verstärken und zu schüren nach dem Motto: Wir zahlen nicht für die faulen Südländer, und deshalb müssen die raus aus dem Euro, am besten wir auch noch mit, schließlich ist es uns ja auch mit der D-Mark gutgegangen.

Welche Folgen so etwas für unsere Wirtschaft hätte, das müssen wir den Leuten aufzeigen. Wir müssen in dieser Frage parteiübergreifend an einem Strang ziehen und die Zusammenhänge entsprechend darstellen.

Wir müssen jetzt den Leuten zeigen, was in den nächsten Monaten in Europa ansteht, und wir müssen endlich darüber diskutieren. Deshalb ist der heute vorliegende Europabericht ein guter Anlass, darüber zu reden, was vorrangig ist.

Aus meiner Sicht geht es um zwei Punkte. Wir müssen erstens die Ursachen der Krise bekämpfen, also Banken regulieren, und wir müssen uns zweitens um die Folgen kümmern. Dazu einige Stichworte.

In einigen Punkten sind wir ja in den letzten Wochen weitergekommen, aber so manches, was vorrangig hätte gemacht werden müssen, wurde eben auch dem Wahlkampf geopfert – Stichworte Bankenabwicklung und Bankenfonds. Ich bin ja froh, wenn wir dabei jetzt weiter sind, aber bisher ist gerade da Finanzminister Schäuble auf die Bremse getreten.

Stichwort Finanztransaktionssteuer: Es gibt immerhin elf Staaten, die dafür sind, aber das Ganze zeigt auch ein bisschen, dass der Bruch nicht nur zwischen Nord und Süd in Europa verläuft, sondern dass auch ein Bruch durch den Norden geht und dass da ein ganz dringender Diskussionsbedarf besteht.

Weitergekommen sind wir bei der einheitlichen Bankenaufsicht und bei Basel III. Der einheitlichen Bankenaufsicht hat das Europäische Parlament kürzlich zugestimmt. Damit steht eine weitere wichtige Säule für die Bankenunion. Hier ist es gelungen, unsere Genossenschaftsbanken und Sparkassen außen vor zu lassen. Das ist auch eindeutig ein Erfolg der Landesregierung, die große Anstrengungen unternommen hat,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

und unserer Europaabgeordneten, denen ich an dieser Stelle ausdrücklich dafür danken will.

Auch bei Basel III wurden wesentliche Verbesserungen erreicht. Ich zitiere aus einem gemeinsamen Brief von IHK, Handwerkstag, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die geschrieben haben, dieser Erfolg sei nur durch das große Engagement der baden-württembergischen Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen möglich gewesen, die eine Benachteiligung verhindert haben.

Was wir jetzt aber dringend brauchen, sind Regelungen für die Kreditvergabe, hier insbesondere an die KMUs. Die müssen nicht nur allein bei uns greifen, sondern die müssen auch in den Ländern greifen, denen es zurzeit nicht gutgeht, also eben auch in Griechenland, Portugal und Spanien, wo die kleineren Unternehmen von ihren Banken so gut wie keine Kredite mehr bekommen.

Ich würde jetzt gern noch einmal ausführlich etwas zu den Folgen sagen, mit denen wir uns herumschlagen müssen. Ich meine insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit. Hier gibt es jetzt die Jugendgarantie mit einem Finanzvolumen von 6 Milliarden €. Das hört sich viel an, aber im Vergleich zu dem, was die Bankenrettung gekostet hat, ist das nur eine sehr kleine Summe. Leider gibt es von der EU hierzu noch keine Ausführungsbestimmungen. Wir drängen ganz stark darauf, dass bei der Ausführung natürlich unsere Projekte, die wir im Ausland an vielerlei Stellen machen – Baden-Württemberg fördert dort die duale Ausbildung –, von der EU unterstützt werden. Das ist uns sehr wichtig.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Punkt ansprechen, der mir auch sehr wichtig ist: die friedenspolitische Dimension von Europa, Stichwort Syrien. Wir können als Europäer in diesem Konflikt nicht sehr viel anbieten, aber was wir tun können, ist, bei uns mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Baden-Württemberg tut das und nimmt zusätzlich 500 Flüchtlinge auf. Dafür hat sich Innenminister Gall sehr stark eingesetzt. Dafür möchte ich ihm an dieser Stelle ganz herzlich danken. Ich hoffe sehr, dass das Beispiel von Baden-Württemberg auch ein Vorbild für andere Bundesländer wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang stand Europa. Was wird am Ende sein? Ich glaube, ich verspreche nicht zu viel, wenn ich sage: Es wird wieder Europa sein. Die Frage ist nur: Welches Europa? Was in den 1950er-Jahren mit sechs Staaten als Europäische Gemeinschaft begonnen hat, ist heute die EU mit 28 Mitgliedsstaaten. Zuletzt ist Kroatien der Europäischen Union beigetreten, und wir alle wissen: Serbien steht vor der Tür. Haben wir mit dieser Entwicklung nicht Quantität statt Qualität gewählt? Am Anfang haben wir es geschafft, wichtige Probleme zu lösen. Ich denke, am Wichtigsten war damals die Abschaffung von Kriegsgründen.

Der Bericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen zeigt ein Europa der Vielfalt; dieses Europa hat vielfältige Probleme. Ob Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, es gibt viele Probleme, welche auf Lösung warten. Ich nenne nur die Staatsverschuldung, die lahmende Wirtschaft in einigen Staaten sowie die hohe Jugendarbeitslosenquote, die nicht erst seit gestern besteht.

Trotzdem können wir uns über dieses Europa auch freuen. Es ist nämlich nicht nur ein Europa der Einfalt, sondern auch der Vielfalt. Wenn wir aufpassen – das müssen wir –, wird es auch kein Europa der Gleichheit. So unterschiedlich die Teile dieses Europas sind, müssen wir aber darauf achten, dass sie zusammen ein Puzzle bilden. Denn Italien ist nicht Deutschland, und Frankreich ist nicht Großbritannien. Das ist auch gut so.

Ich habe vor ein paar Wochen die Donauparlamentarierkonferenz in Ulm besucht. Was die Zusammenkunft von 14 Donauanrainerstaaten als politisches Hauptziel der Gemeinsamkeit gezeigt hat, gilt für ganz Europa. Allerdings müssen wir die Kräfte der Länder bündeln. Es kommt auf das Miteinander an. Dann können auch alle voneinander profitieren.

(Leopold Grimm)

Aber wir müssen aufpassen, dass wir keine Doppelstrukturen schaffen. Dieses Europa darf sich nicht in unüberschaubaren Institutionen und unterschiedlichen Wegen zerfleddern. Ein gemeinsamer Weg muss unser großes Ziel sein.

Mehr ein Gegeneinander statt eines Miteinanders ist es aber, wenn ein Land versucht, einem anderen Land nicht durch Wettbewerb, sondern durch Repressalien Konkurrenz zu machen. So war es auch in der Vergangenheit, wenn aus Gründen der Konkurrenz versucht wurde, einem deutschen Automobilhersteller Hindernisse in den Weg zu legen, z. B. durch Vorschriften über Klimaanlagen oder anderen Regulierungen wie die Reduzierung des Schadstoffausstoßes – so haben wir es in der Anhörung zum Thema „CARS 2020“ gehört.

Ob Europawährung oder Anzahl der Mitglieder der EU, vielleicht sollte man aus der Entwicklung unseres Europas – das ist auch schon angesprochen worden – Tempo herausnehmen. Für uns Liberale gehört zu Europa eine gemeinsame und stabile Währung. Wir müssen dafür kämpfen, dass sich alle Generationen darauf verlassen können. Wichtiges Fundament einer soliden Währung sind stabile Haushalte in allen Mitgliedsstaaten der Eurozone. Das setzt natürlich eine solide Arbeits- und Wirtschaftspolitik voraus. Nur so kann die EU eine Stabilitätsunion werden.

Hilfen für Länder der Eurozone darf es nur gegen strenge Auflagen geben; denn Solidarität sollte keine Einbahnstraße sein. Deshalb müssen auch private Gläubiger an der Lösung der Schuldenkrise beteiligt werden. Es muss selbstverständlich sein, dass der deutsche Steuerzahler das letzte Wort über finanzielle Hilfen hat.

Wichtig ist beim Thema Banken Folgendes: Die Bausparkassen hier im Lande werden in Europa wie ein Hedgefonds behandelt. Wir kennen die Bausparkassen und wissen, dass die dortigen Anlagen nicht hoch spekulativ sind. Ich denke, hier muss die Landesregierung nachverhandeln, sodass wir zu anderen Regelungen kommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dieses Modell der Bausparkassen darf nicht unter die Räder kommen. Übrigens wird es mittlerweile auch in anderen EU-Staaten übernommen.

Brennende Fragen nach der Energiesicherheit, der Rohstoffversorgung, dem Umwelt- und Klimaschutz, dem Welthandel sowie der inneren und äußeren Sicherheit können Nationalstaaten in Zukunft nicht mehr im Alleingang beantworten. Deshalb wollen wir Liberalen eine starke, selbstbewusste EU, die eine aktive Rolle in der Welt spielt. Die EU muss an den Stellen enger zusammenarbeiten, an denen es für die Bürger echte Vorteile gibt.

Ich denke, die kommende Europawahl wird Gelegenheit dazu geben. Wir haben schon darüber gesprochen: Am 25. Mai nächsten Jahres findet die Europawahl statt. Stellen Sie sich vor, viele Menschen in Baden-Württemberg gingen wieder nicht zur Wahl. Bekanntlich werden die Europawahl und die Kommunalwahlen zusammengelegt; dennoch liegt die Wahlbeteiligung weit unter 50 %. Das bedeutet, dass jeder zweite Bürger nicht zur Wahl geht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir den Bürgern deutlich machen, welche Vorteile Europa jedem bietet. Ich bin der Meinung, dass wir hier zu viel über Europa reden, aber zu wenig mit den Bürgern in Europa.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zeigen wir ihnen, dass Europa fast grenzenlose Freiheit bedeutet, dass Europa Freizügigkeit für Bildung und Arbeit und auch Wohlstand bedeutet. Wir sind alle gefordert, immer wieder auf die Vorzüge unseres Europas hinzuweisen.

Unser Haus Europa hat noch viele Baustellen. Da machen wir uns auch nichts vor. Aber wenn wir Europa nach außen hin positiv kommunizieren, dann – davon sind wir überzeugt – können wir die Wahlbeteiligung bei der Europawahl im kommenden Jahr steigern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Friedrich das Wort.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir können mit Stolz darauf blicken, dass Kroatien der Europäischen Union am 1. Juli dieses Jahres beigetreten ist. Das ist ein Erfolg, den Baden-Württemberg mit ermöglicht hat, und zwar durch eine langjährige gute Zusammenarbeit und eine praktische Kooperation bei den Themen, bei denen Hindernisse bestanden haben – Polizeizusammenarbeit, Umwelt, Bildung –, und anderen Themen.

Dieser Schritt, dass Kroatien Mitglied der Europäischen Union geworden ist, zeigt, dass Europa weit mehr ist als nur der Euro. Der Satz der Bundeskanzlerin: „Wenn der Euro scheitert, dann scheitert Europa“, ist schlicht und ergreifend falsch. Die europäische Idee ist weit mehr. Das Friedensprojekt Europa hat nach wie vor eine große Anziehungskraft. Es ist gut, dass weitere Länder Mitglied in der Europäischen Union werden wollen – ohne dass wir sozusagen Rabatte bei den Anforderungen für die Mitgliedschaft gewähren würden.

Es ist gelungen, ein Land in die Europäische Union aufzunehmen, in dem es noch vor 13 Jahren Kriegshandlungen gegeben hat. Dies zeigt, wie stark die Friedensidee Europa nach wie vor ist. Es ist ein großer Erfolg für die Europäische Union, gerade bei dem derzeitigen schweren Fahrwasser diesen Erweiterungsschritt gehen zu können. Ich bin froh, dass wir gemeinsam daran mitgewirkt haben.

Ich stehe in meinem Bericht über die aktuellen europapolitischen Themen noch ein bisschen unter dem Eindruck des Gipfeltreffens in Berlin am 3. Juli 2013 zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Wir müssen uns schon fragen, ob es sich dabei um eine reine Showveranstaltung gehandelt hat oder ob in der Sache wirklich etwas passiert. Im Rahmen der Jugendgarantie werden neben den ursprünglich vereinbarten 6 Milliarden € noch weitere 2 Milliarden € aufgewandt. Ich befürchte, dass damit Praktikumsgutscheine oder Beschäftigungsgelegenhei-

(Minister Peter Friedrich)

ten geschaffen werden, wodurch die Statistik für ein, zwei Jahre aufgebessert wird. Dann werden wir einen schönen Statistikeffekt feiern können. Damit sind dann allerdings keine Strukturen geschaffen worden.

Ich habe Bundesministerin von der Leyen, als das Gipfeltreffen angekündigt wurde, mit der Bitte angeschrieben, die Bundesländer – auch Baden-Württemberg – mit ihren praktischen Erfahrungen bei den Themen „Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit“ und „Aufbau einer dualen Ausbildung“ einzubeziehen. Wir führen Kooperationsprojekte am Oberrhein, am Hochrhein, am Bodensee durch. Wir haben Partner im Rahmen der Donauraumstrategie, im Rahmen der „Vier Motoren“. Ich habe ihr Beispiele dafür genannt, was wir tun können und was wir tun wollen. Der Brief, den ich darauf bekommen habe, war nicht einmal besserer Kanzleitrost. Mir wurde die Nummer des zuständigen Referenten im Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitgeteilt, falls ich noch Fragen hätte.

Der Bundesrat hat den Beschluss gefasst, dass die Bundesländer in Angelegenheiten der Europäischen Union beteiligt werden sollen. Es darf doch nicht sein, dass jede andere Regierung in Europa mehr mit den deutschen Bundesländern über das Thema „Duale Ausbildung“ spricht als die deutsche Bundesregierung.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das sollte nicht ernsthaft Sinn der Veranstaltung sein. Es wäre äußerst sinnvoll und notwendig, die Bundesländer hier einzubeziehen. Das ist übrigens auch für uns wichtig, weil es nicht nur darum geht, wie wir anderen Ländern helfen können, eine duale Ausbildung aufzubauen, sondern weil es auch darum geht, die duale Ausbildung bei uns zu internationalisieren, um deren Attraktivität zu steigern.

Ich finde, es muss normaler Bestandteil einer dualen Berufsausbildung sein, dass auch Auslandserfahrung erworben wird. Dazu haben wir erfolgreiche Programme, die wir in Baden-Württemberg umsetzen und verstärken: Go.for.europe, MobiPro-EU. Aber ich möchte, dass es ganz selbstverständlicher Teil dualer Berufsausbildung ist, so wie es auch bei einem Studium inzwischen normal geworden ist, für eine Zeit ins Ausland zu gehen. Das wird auch die Attraktivität der dualen Ausbildung deutlich steigern und damit gerade für Abiturientinnen und Abiturienten interessanter machen. Das sollten wir bei uns umsetzen. Ich finde, wir sollten die Instrumente Europas dafür nutzen. Ich hoffe, dass die Bundesregierung ein bisschen mehr auf Zuhören und nicht auf Weghören stellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Professor Reinhart, Sie haben vorhin gesagt, das Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag sei eine eindeutige Bestätigung für den Europakurs der Bundeskanzlerin gewesen. Das mögen Sie so sehen. Aber was heißt das denn? Was ist denn der Europakurs der Bundeskanzlerin? Was will denn die Bundeskanzlerin in Europa?

(Zuruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Was will sie denn? Es gab keine einzige Antwort, was denn eigentlich in der EU besser werden soll. Sie haben plakatiert: Die Dinge sollen so bleiben, wie sie sind. Das spielt auf ein gutes Gefühl an, das die Menschen vielleicht haben. Fakt ist: Diese Bundesregierung hat über 311 Milliarden € Schulden in Europa vergemeinschaftet – ohne ordentliche parlamentarische Kontrolle darüber. Fakt ist: Diese Bundesregierung hat Europapolitik entdemokratisiert.

Der große Frust, den viele Bürger ja haben – was gerade bei AfD-Wählern eine Rolle spielt –, resultiert daraus, dass sie das Gefühl haben, Europa entwickle sich von den Bürgerinteressen und dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern völlig weg. Im „Handelsblatt“ ist bereits angeklungen: Man will eben nicht die europäischen Institutionen stärken. Man will offensichtlich nicht die Demokratie, die Mitsprache der Parlamente in Europa stärken, sondern man setzt weiter darauf, auf Regierungskongressen und nächtlichen Gipfeln Entscheidungen zu treffen, sodass selbst die Bundestagsabgeordneten der CDU froh waren, dass die Grünen in Karlsruhe geklagt haben, damit der Deutsche Bundestag als Haushaltsgesetzgeber überhaupt noch ein Mitspracherecht hat.

Wo sind denn die Vorschläge, wie Europa tatsächlich besser werden soll und nicht nur die Krise vor sich hin verwaltet wird? Es mag so sein, aber ich glaube, es ist ein äußerst schwaches Mandat. Wir müssen genau darüber reden: Was sind die Impulse, um die EU, um Europa besser und demokratischer zu machen? Das Fenster ist jetzt offen, um hier zu Veränderungen zu kommen.

Das Thema Finanzmarktregulierung wurde schon mehrfach angesprochen. Es gibt sehr wichtige Themen, bei denen wir in Europa schnell Erfolge erzielen müssen. Ich nenne das Thema „Steuerharmonisierung und Bekämpfung von Steuerflucht“. Der EU-Kommissar Semeta hat uns vorgerechnet: Die EU-Mitgliedsstaaten verlieren jährlich 1 Billion € von den ihnen zustehenden Steuereinnahmen aufgrund der nicht abgestimmten Steuersysteme in Europa. Sie erinnern sich vielleicht an das deutsch-schweizerische Steuerabkommen. Inzwischen haben wir mehr Einnahmen durch Nachversteuerungen, als uns von der Schweiz überhaupt garantiert wurde. Jetzt ist das Fenster offen, um zu einer gemeinsamen europäischen Zinsrichtlinie zu kommen, damit wir eine vernünftige Mindestbesteuerung bekommen.

Ich kann nicht nachvollziehen, dass die Bundesregierung in Brüssel den Griechenland-Bericht abnickt, in dem steht: „Greece is broadly on track“ – also „alles läuft bestens“ –, obwohl bis heute griechische Familien, griechische Eigentümer keinen Cent Steuern in Griechenland zahlen. Wir reden uns den Mund fusselig bei der Frage, wie wir mit Hilfsangeboten dafür sorgen können, dass tatsächlich ein funktionierender Steuervollzug aufgebaut wird. In Griechenland hat sich in den letzten zwei Jahren in Sachen Steuervollzug überhaupt nichts getan. Da kann man Griechenland nicht sagen: „Ihr seid bestens auf dem Weg.“

Zu glauben, man könnte nur durch Maßnahmen auf der Ausgabenseite die Schlagseite der Haushalte in den Ländern beseitigen, ist ein Fehlschluss. Wir können uns kein Europa des Steuervermeidungswettbewerbs zwischen den Mitgliedsstaaten leisten. Deswegen ist die Zeit gekommen, auch das Thema Steuerharmonisierung in Europa weiter voranzutreiben, sei es bei der Zinsrichtlinie, sei es bei der Körperschaftsteuer, sei es beim Steuervollzug.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stratthaus? – Bitte.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Es geht ja wohl weniger um die Harmonisierung des Steuerrechts, sondern es geht darum, dass es dort eine Steuerverwaltung gibt, die wirklich Steuern erhebt. Meinen Sie ernsthaft, man könnte da von außen eingreifen? Meinen Sie ernsthaft, man könnte deutsche Beamte dorthin schicken? Was glauben Sie, was die dazu sagen?

Übrigens muss ich zu Ihren vorherigen Ausführungen auch noch eine Frage stellen. Sie haben gesagt, die Parlamente der einzelnen Staaten müssten intensiver mitreden können. Glauben Sie, dass dann Europa zusammenwächst, wenn alle 28 Staaten zu jedem einzelnen Problem erst einmal in ihren Parlamenten eine Mehrheit brauchen? Ich glaube es nicht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Zu Ihrer ersten Frage, Herr Stratthaus: Ich habe ausdrücklich das Thema Steuervollzug angesprochen. Ich habe auch gesagt, wir machen Angebote. Ich wünsche mir nur, dass nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmeseite der Staaten Druck gemacht wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das ist das, was momentan fehlt. Es fehlt auch der Druck der Bundesregierung, um zu erreichen, dass sowohl ein einheitlicher Vollzug stattfindet als auch gemeinschaftliche Regeln in Europa gelten. Wir bekommen nicht einmal in Deutschland hin, dass in Bayern genug Steuerprüfer eingestellt werden, damit dort nicht noch Werbung gemacht wird wie: „Kommt nach Bayern, zieht weg aus Baden-Württemberg, liebe Unternehmer, dann werdet ihr seltener geprüft“ – was ja so stattfindet.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben recht, es bedarf der Angebote. Wir werden dort nicht die deutsche Steuerverwaltung hinschicken. Aber wo ist der Druck der Bundesregierung, um Griechenland an dieser Stelle zum Handeln zu bringen? Wir müssen diesen Steuervermeidungswettlauf in Europa beenden.

Die zweite Frage bezog sich auf das Parlament. Herr Stratthaus, ich finde, das größte Problem ist, dass es ein gewähltes Europäisches Parlament gibt, das zu wesentlichen Fragen der europäischen Politik wie der Eurofrage überhaupt kein Mitspracherecht hat. Das ist ein Auseinanderfallen von demokratischen Prinzipien, von Gewaltenteilung und Parlamentarisierung der Macht, was die Bürger zu Recht gegen dieses Europa aufbringt, wenn wir das zulassen. Natürlich können wir nicht sagen, jedes einzelne Parlament und jeder einzelne Landtag – ich komme gleich noch zum EUZBLG – habe eine Vetoposition in jeder europäischen Frage. Aber dass Regierungschefs bei Strandspaziergängen entscheiden, was in Europa zu tun ist, und anschließend die Parlamente, weil die Verträge schon unterschrieben sind, gar nicht mehr mitreden können – im Zweifelsfall geht es sogar um mehr, als sie als Haushaltsgesetzgeber entscheiden dürfen –, das kann nicht sein. Deswegen ist die Parlamentarisierung europäischer Politik aus meiner Sicht eines der Hauptgebote, wenn Europa als Ganzes erfolgreich sein soll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das führt mich zum dritten Punkt: Wir hatten einen sehr guten, unter allen Bundesländern konsensualen Gesetzentwurf zur Beteiligung der Länder in europäischen Fragen eingebracht. Er war mit der Bundesregierung schlussverhandelt. Wir haben leider erleben müssen, dass dieser Gesetzentwurf jetzt in der Diskontinuität untergegangen ist, weil sich in diesem Fall ausgerechnet das Bundesfinanzministerium gegen diesen Gesetzentwurf ausgesprochen hat, in dem stand, was bereits im Grundgesetz steht, nämlich dass auch die Bundesministerien im Zweifel den Bundesländern mündlich Bericht über die Gipfelergebnisse erstatten müssen. Dies wurde abgelehnt, obwohl wir in den Entwurf hineingeschrieben hatten, dass das auf Verabredung geschieht, dass man also nicht sozusagen herbeizitiert wird, sondern dass das gemeinschaftlich verabredet wird. Auch da hat die Bundesregierung in der Frage, wie Bundesrat und Bundestag ordentlich beteiligt werden, keinen guten Dienst geleistet.

Wir werden diese Gesetzesinitiative wieder einbringen. Ich hoffe, dass es in der neuen Legislaturperiode – der Bundesrat kennt ja keine Diskontinuität – schnell zum Abschluss kommt, damit die Rolle der Länderparlamente wie des Landtags von Baden-Württemberg sowie des Bundesrats in der europäischen Gesetzgebung voll akzeptiert und respektiert wird und eben nicht die Parlamente außen vor gehalten werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der mehrjährige Finanzrahmen. Herr Professor Reinhart, ich sehe das immer noch etwas anders, was die Dimension des europäischen Haushalts angeht. Wenn wir von Europa mehr Impulse für Wachstum, mehr Impulse gegen Jugendarbeitslosigkeit, mehr Impulse für Innovation, Forschung und für die Förderung ländlicher Räume etc. wollen, dann kann man nicht sagen: „Wir geben Europa weniger Geld, damit es mehr macht.“ Das funktioniert nicht. Da gehört Haushaltsehrlichkeit und -wahrheit dazu, zumal es in der Vergangenheit immer so war und auch in dieser Förderperiode so sein wird, dass erhebliche Beträge des EU-Haushalts zurück in die nationalen Haushalte wandern, weil viele Strukturmittel gar nicht abgerufen werden. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

Insofern müssen wir auch über „Better Spending“, über die Frage, wie das Geld besser verwendet werden kann, diskutieren. Da haben Sie recht. Aber per se zu sagen, der europäische Haushalt müsse schrumpfen, obwohl die Aufgaben größer werden, das geht nicht zusammen.

Was Baden-Württemberg angeht, sehen wir momentan eine äußerst erfreuliche Entwicklung. Bei den Verhandlungen zum EFRE-Fonds liegen Zahlen auf dem Tisch, die zeigen, dass die Mittel, die wir für Baden-Württemberg in den nächsten Jahren veranschlagen können, von 143 Millionen € in der letzten Förderperiode auf 246 Millionen € in der neuen Förderperiode ansteigen. Wir haben den Anteil Baden-Württembergs bei den Strukturfördermaßnahmen um 75 % steigern können. Ich danke den Kollegen Dr. Schmid und Bonde sehr; wir drei haben dabei, glaube ich, gemeinsam eine gute Verhandlungslösung hinbekommen. Die anderen Bundesländer akzeptieren dies auch. Baden-Württemberg ist nun nicht mehr als letztes Bundesland in der Tabelle zu führen, sondern wir konnten den Etat deutlich verbessern und sind nun gleichgewichtig mit Bayern und anderen Ländern unterwegs.

(Minister Peter Friedrich)

Ich füge hinzu: Wir werden dies auch kofinanzieren müssen; auch das wird eine unserer Aufgaben sein. Aber die Mittel in diesem Bereich wachsen deutlich an, die wir in Baden-Württemberg dann in Innovation, Forschungsförderung, Technologietransfer, Energiewende, CO_2-Vermeidung – also alles, was im operationellen Programm enthalten ist – investieren können. Dies ist ein deutlicher Mittelaufwuchs.

Ich bin sehr optimistisch, dass wir in den ESF-Programmen und bei INTERREG ebenfalls einen deutlichen Aufwuchs hinbekommen werden. Dort sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, aber sie laufen sehr gut, und ich bin zuversichtlich, dass Baden-Württemberg auch hier von europäischen Förderprogrammen und von europäischer Politik stärker profitiert. Ich danke allen Kollegen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich will aber noch einen weiteren Punkt ansprechen, einen Punkt, bei dem Sie einen Dissens bemühen, den es nicht gibt. Ich finde, es ist wichtig, einen Unterschied zwischen Landwirtschaftsförderung, also direkten Zuschüssen für die Landwirtschaft, und der Förderung ländlicher Räume zu machen. Da besteht ein wichtiger Unterschied. Für Baden-Württemberg ist es wichtig, dass die Förderung auf die Bereiche Innovation, Forschung, Technologietransfer, Mittelstand, Energiewende ausgerichtet wird, also auf die Bereiche, in denen wir technologisch führend sind und bei denen wir in der Schwerpunktsetzung an der Spitze aller europäischen Regionen stehen.

Hiervon wird auch die Landwirtschaft profitieren; sie wird davon profitieren, wenn wir Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft unterstützen, wenn wir Technologietransfer vorantreiben und auch im ländlichen Raum mit europäischen Mitteln die entsprechende Infrastruktur ausgestalten können. Der RegioWIN-Wettbewerb ist ja genau in der Weise ausgeschrieben, dass wir regionale Ansätze, die gerade auch ländliche Räume ansprechen sollen, fördern und dafür sorgen, dass die Mittel genau in diese Richtung fließen.

Beachten Sie bitte den Unterschied. Wenn die Mittel für die Landwirtschaft in Europa anwachsen oder zumindest nicht abgesenkt werden – für die französische Landwirtschaft sollen noch einmal 1 Milliarde € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden –, hilft dies den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg überhaupt nicht. Den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg nützt es, wenn wir vernünftige Strukturförderfonds haben, mit denen wir dann Mittel für genau diese wichtigen Kernbereiche – für Innovation und für Mittelstandsförderung – in der Fläche des Landes ausbringen können, so, wie wir dies nun auch im RegioWIN-Wettbewerb sehr erfolgreich tun. Da gibt es keinen Dissens; wir können dort, glaube ich, gemeinsam viel erreichen. Etwas mehr Geld aus Europa konnten wir dafür einwerben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sehr geehrte Damen und Herren, nach § 83 a der Geschäftsordnung soll der Präsident bzw. die Präsidentin die Redezeiten der Fraktionen verlängern, wenn die Regierungsvertreter in einer Aussprache 50 % der Gesamtredezeit der Fraktionen überschritten haben. Dies ist nun der Fall.

(Minister Peter Friedrich: Ich habe auf die Fragen antworten müssen!)

– Die Zeit für die Beantwortung der Fragen haben wir in der Berechnung schon abgezogen.

Sofern gewünscht, können die Fraktionen noch einmal das Wort erhalten. – Das wird offenbar nicht mehr gewünscht.

(Vereinzelt Beifall)

Herzlichen Dank. Mir liegen also keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 15/3748. Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/3703, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 9. Oktober 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:14 Uhr